



Beilage zur Wochenzeitung

DasParlament

20. Januar 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Brigitte Sauzay *Essay*

Deutschland – Frankreich: Die Herausforderungen für die gemeinsame Zukunft

6 Peter A. Zervakis/Sébastien von Gossler

40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?

14 Ulrike Guérot

Die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation für den europäischen Integrationsprozess

21 Michael Meimeth

Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Offene Fragen und verdeckte Widersprüche

31 Joachim Schild

Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich

Politische Eliten, Parteien, Bürger

40 Hartmut Kaelble

Die sozialen und kulturellen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands seit 1945



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:

Dr. Klaus W. Wippermann
(verantwortlich)
Dr. Katharina Belwe
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer

Redaktion dieser Ausgabe:
Nicole Maschler

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **DasParlament**
Saar-Blies-Gewerbepark / In der Lach 8,
66271 Kleinblittersdorf-Hanweiler,
Telefon (0 68 05) 61 54 39,
Fax (0 68 05) 61 54 40,
E-Mail: parlament@sdv-saar.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **DasParlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ „Seit mehr als einem halben Jahrhundert arbeiten wir Hand in Hand. Zwischen uns ist die Aussöhnung abgeschlossen“, so beschrieb Frankreichs Präsident Jacques Chirac im Juni 2000 bei seinem Staatsbesuch in Berlin das Verhältnis zu Deutschland. Diese Feststellung beinhaltet zugleich eine Frage: Wie soll die gemeinsame Zukunft aussehen? Eine überzeugende Antwort haben die Partner bisher nicht gefunden.

■ Seit dem Abschluss des Elysée-Vertrages 1963 vermochten beide Länder ein engmaschiges institutionelles Netz zu knüpfen: vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik, auf wirtschaftlicher Ebene, im Erziehungs- und Jugendbereich. Diese Kooperation im bilateralen Rahmen hat sich zum Modus und Regelungsmechanismus auch für die europäischen Herausforderungen entwickelt, betont *Brigitte Sauzay* in ihrem Essay.

■ Doch nach dem weltpolitischen Umbruch 1989/90 mussten Deutschland und Frankreich ihr Verhältnis neu justieren. Dieser Herausforderung sind die Partner lange Zeit ausgewichen, meinen *Peter A. Zervakis* und *Sébastien von Gossler*. Zwar gab es in den vergangenen Monaten Überlegungen, den Vertrag – und mit ihm die bilateralen Beziehungen – auf eine neue Grundlage zu stellen, diese Idee wurde aber wieder fallen gelassen. Ohnehin seien es stets konkrete und vor allem unumstrittene Projekte gewesen, die den Partnerschaftsvertrag in der Vergangenheit mit Leben gefüllt hätten, so die Autoren.

■ Gerade an solchen gemeinsamen Vorhaben scheint es den Regierungen in Paris und Berlin aber derzeit zu fehlen. Bilaterale Initiativen dienten *Ulrike Guérot* zufolge in den vergangenen Jahren meist vor allem dazu, dem Partner bei der Durchsetzung seiner Interessen gegenüber Brüssel zur Seite zu springen. Nationale Egoisten überlagerten oftmals europäische

Visionen. Die bisher wenig konkrete Debatte um den künftigen Charakter der EU und die Reform der Gemeinschaftspolitik zeuge letztlich von der Ratlosigkeit der deutsch-französischen Akteure.

■ Unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle der USA in Europa und der Legitimität militärischer Macht verhinderten bislang auch gemeinsame Konzepte in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, stellt *Michael Meimeth* fest. Während Frankreich seine Streitkräfte für den weltweiten Einsatz ausrüstete, zeige sich Deutschland gegenüber militärischem Krisenmanagement zurückhaltend. Ein weiter gehender Souveränitätsverzicht in diesem sensiblen Politikbereich werde sich daher auf absehbare Zeit in beiden Ländern nicht durchsetzen lassen.

■ Je tiefer Europapolitik in tradierte nationale Strukturen und Besitzstände eingreift, desto wichtiger wird die innenpolitische Rückkopplung europäischer Entscheidungen. Doch während sich die politischen Eliten in Deutschland – in der Tradition der Selbsteinbindung in die westeuropäisch-atlantischen Strukturen – stark mit der EU identifizieren, zeigen sie sich in Frankreich weniger integrationsfreudig. Dabei, so *Joachim Schild*, werde das europäische Projekt von der Mehrheit der Franzosen durchaus befürwortet.

■ Auch wenn der Dialog der Bürger nur in begrenztem Maße eine Vorreiterrolle für die politische Zusammenarbeit spiele, könnten die Regierungen in Paris und Berlin doch von dieser Dynamik profitieren, glaubt *Hartmut Kaelble*. Seit 1945 hätten sich die Gesellschaften beider Länder gleichermaßen verändert und dabei auf vielen Feldern Interessengemeinschaften im europäischen Rahmen entwickelt. Dies ermöglichte es Deutschland und Frankreich, Konflikte abzumildern und gemeinsam über Fragen und Probleme der Zukunft zu entscheiden.

Nicole Maschler



Deutschland – Frankreich: Die Herausforderungen für die gemeinsame Zukunft

Am 22. Januar 2003 feiern Deutschland und Frankreich den 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Dieses Jubiläum ist nicht nur Anlass, um Bilanz zu ziehen. Vielmehr bietet dieser „Geburtstag“ auch Gelegenheit, über gegenwärtige Entwicklungen im deutsch-französischen Verhältnis und über unsere gemeinsame Zukunft nachzudenken. Der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, den Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle 1963 schlossen, besiegelte und krönte die Versöhnung zwischen unseren Gesellschaften. Gemeinsam sind Deutsche und Franzosen durch die Höhen und Tiefen der Geschichte gegangen. Adenauer und de Gaulle ist es gelungen, den tiefsten Graben – jenen, den Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg hinterlassen hatten – zu überwinden. Und ohne Übertreibung können wir sagen, dass unsere Gesellschaften heute so eng miteinander verflochten sind wie nie zuvor.

Der Elysée-Vertrag hat nicht nur eine einzigartige Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten begründet, die in halbjährlichen Regierungskonsultationen, der permanenten Kommunikation zwischen den Staats- und Regierungschefs, Ministern und Beamten sowie in bilateralen Initiativen im europäischen Rahmen ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Vielmehr erwuchs aus ihm eine bis heute einzigartige Verbindung zwischen zwei Nationen. Die Zivilgesellschaften beider Länder füllen zunehmend den Rahmen, den die Politik geschaffen hat. Aus einem Dialog der Regierungen ist ein Dialog der Gesellschaften entstanden. Wie steht es heute um das deutsch-französische Verhältnis?

I. Strukturwandel im deutsch-französischen Verhältnis

Die Wiedervereinigung Deutschlands läutete einen Strukturwandel in den bilateralen Beziehungen ein. Die deutsche Einheit, deren Tragweite vielen Franzosen erst mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin deutlich wurde, markiert das Wiedererstehen eines selbstbewussten

Deutschlands, das sich offen zu seiner nationalen Identität, seinen Interessen und seinen wachsenden internationalen Aufgaben bekennt und sich gleichzeitig seiner Verantwortung für Europa bewusst ist.

Eine noch grundlegendere Veränderung ist zweifellos mit dem Generationenwechsel eingetreten: Die Akteure der deutsch-französischen Beziehungen sind heute nicht mehr von dem Bedürfnis nach Aussöhnung geprägt, das in der Nachkriegszeit noch die stärkste politische und moralische Motivation für die Annäherung darstellte. Diese Feststellung gilt bei weitem nicht nur für die jüngere Generation von Politikerinnen und Politikern, die jene schmerzhaft Erfahrung des Krieges im Allgemeinen nicht gemacht hat; sie gilt für die gesamte neue Generation von Experten der deutsch-französischen Beziehungen, für Studenten und Arbeitnehmer und für jeden Bürger, der Kontakte zum Nachbarland hat. Die Mehrheit von ihnen ist mit außerordentlich engen bilateralen Beziehungen aufgewachsen, sie agieren auf einem bestellten Feld. Sie sind in einem europäischen Rahmen sozialisiert, der den selbstverständlichen Bezugspunkt für jeden Austausch zwischen Deutschland und Frankreich darstellt.

Dies ist ein kaum zu ermessender Erfolg des Elysée-Vertrages, der vielen von uns heute nicht mehr bewusst ist. Viele der Ideale und Ziele, die in der Aussöhnungsphase formuliert wurden, sind erreicht, besonders die Entmystifizierung des Partnerlands. Deutsche und Franzosen stehen heute vor denselben Alltagsschwierigkeiten, was zu einer Normalisierung, ja Banalisierung des bilateralen Verhältnisses geführt hat. Dies wird zuweilen von Kommentatoren beklagt. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern „leiden“ insofern unter ihrem eigenen Erfolg. Wer diesen Erfolg beklagt, sollte nicht vergessen, dass die gegenseitige Faszination auch im Zusammenhang mit dem historisch konfliktbeladenen Verhältnis, der Tradition des Hasses und der Feindseligkeit einherging.

Kennzeichnend für die jüngere Generation der Akteure auf dem deutsch-französischen Feld ist – auch dies ein Kennzeichen der Normalität – ein

unbefangener Umgang miteinander, eine neue Offenheit und Ehrlichkeit, die keineswegs Ausdruck von größerer Distanz, sondern ganz im Gegenteil von größerer Nähe und Vertrautheit ist. Heute sind die deutsch-französischen Beziehungen so weit gediehen, dass es keine Tabus mehr gibt und Meinungsverschiedenheiten offen angesprochen werden. Im Grunde liegt darin die größtmögliche Belohnung für all die Anstrengungen der vergangenen fünfzig Jahre.

Verändert haben sich mit dem Generationenwechsel aber auch die Inhalte der deutsch-französischen Kooperation. Während früher die Bewältigung der Vergangenheit und die Versöhnung die zentralen Themen waren, geht es heute vor allem um die Bewältigung der Zukunft. Das Verhältnis unserer beiden Länder zueinander ist nicht mehr der einzige Zweck der Kooperation, sondern gemeinsame Interessen im größeren – europäischen und globalen – Rahmen prägen nun die Zusammenarbeit. Die deutsch-französische Beziehung ist damit nicht mehr nur Selbstzweck und Inhalt, sondern sie ist Methode geworden, ein Modus und Regelungsmechanismus für Herausforderungen, die von außen an unsere Länder herangetragen werden. Dies dürfte im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) umso mehr gelten, als ein Europa der 25 von Krisen und Blockaden nicht verschont bleiben wird. Der deutsch-französische Dialog könnte hier wie schon in der Vergangenheit als Modell der Kompromissfindung dienen.

Und schließlich hat in den vergangenen Jahren die Zivilgesellschaft an Gewicht gewonnen. Standen bislang die Regierungszusammenarbeit, der Jugend- und Studentenaustausch und die Städtepartnerschaften im Zentrum, so gewinnen heute Kontakte zwischen Multiplikatoren und Entscheidungsträgern aus allen Gesellschaftsbereichen an Bedeutung. Überlegungen zu Zukunftsthemen finden auf der Basis eines dichten Netzwerkes statt, das Ergebnis eines starken politischen Willens und des konsequenten Engagements von Persönlichkeiten und Institutionen ist. Hier sind die stetige Zunahme der Austauschprogramme – insbesondere im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerks – zu nennen sowie der Erfolg politischer, wirtschaftlicher und kultureller Projekte, denken wir nur an die mutige Gründung des europäischen Fernsehkanals ARTE. Bei der Schaffung eines gemeinsamen Europas ist der weitere Aufbau von Netzwerken in allen Teilen der Zivilgesellschaft, auch über die nationalen Grenzen hinaus, von elementarer Bedeutung. Nur so werden die Bürger sich langfristig in Europa zu Hause fühlen.

II. Die Zukunft unserer Beziehungen

Mit dem Generationenwechsel, der Wiedervereinigung, dem Regierungsumzug nach Berlin und mit den neuen Herausforderungen im Rahmen der EU haben sich also die Grundkoordinaten des deutsch-französischen Verhältnisses verändert. Anhand einiger Politikfelder lässt sich skizzieren, wie Deutschland und Frankreich in Zukunft ein Labor für die zunehmende Integration in Europa sein könnten.

1. Europäische Öffentlichkeit

Mit der Einleitung des Post-Nizza-Prozesses und den Arbeiten des Europäischen Konvents rückt die Notwendigkeit einer europäischen Öffentlichkeit als unerlässlicher Bestandteil einer europäischen Demokratie und eines Europas der Bürger verstärkt ins Bewusstsein. Eine gemeinsame Verfassung wird nur dann mit demokratischer Legitimation erfüllt sein, wenn es zwischen den Völkern Europas Kommunikationskanäle für öffentliche Debatten gibt. Deshalb beschäftigte sich der Deutsch-Französische Gipfel in Schwerin im Juli 2002 schwerpunktmäßig mit dem Thema europäische Öffentlichkeit. Die Medien spielen dabei naturgemäß eine Schlüsselrolle. Wir brauchen deshalb:

- eine weitere Stärkung und Verbreitung von ARTE,
- eine verstärkte grenzüberschreitende Berichterstattung,
- einen starken europäischen Film- und Medienmarkt,
- eine europäische Zeitung und ein europäisches Verlagswesen,
- die Präsenz von Journalisten und Moderatoren aus dem Nachbarland,
- die gemeinsame deutsch-französische Ausbildung von Journalisten,
- europäische Talkshows, Presseclubs und Diskussionsrunden in den Medien.

Deutschland und Frankreich werden auch hier eine entscheidende Rolle spielen. Aber die Medien allein können ein Europa des politischen und intellektuellen Dialogs und der grenzüberschreitenden Kommunikation nicht schaffen. Nötig sind dazu auch europäische Parteien mit transnationalen Listen bzw. politischen Identifikationsfiguren. Nur durch grenzüberschreitende Verständigung entsteht auch Verständnis und wird

Europa als Lebenswelt Realität. Und nur so wird, frei nach Willy Brandt, in Europa künftig „zusammenwachsen, was zusammengehört“.

2. Europäischer Bildungsraum

Die Reform unseres Bildungssystems in der globalisierten Wissensgesellschaft hat eine europäische Dimension. Deutschland und Frankreich werden als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte umso wettbewerbsfähiger sein, je stärker Europa in diesem Bereich ist. Angesichts des *brain-drains*, der von amerikanischen Hochschulen und Forschungszentren ausgeht, scheinen europäische *centers of excellence* für Wissenschaft, Forschung und Anwendung notwendig. Diese müssen das vorhandene Potential an Intelligenz und Kreativität bündeln und nutzen. Um einen europäischen „Bildungsraum“ zu schaffen, ist es nötig,

- die Attraktivität der deutschen und französischen Sprache für unsere Schüler zu erhöhen,
- unsere Schulsysteme wie Hochschulen durch Auslandsjahre und die gegenseitige Anerkennung der Leistungen zu öffnen (eine Vorreiterrolle kann hier das von mir initiierte Voltaire-Programm bilden, das auch zahlreiche private Firmen und Stiftungen finanzieren),
- binationale Studiengänge und Doppeldiplome auszuweiten sowie die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken zu stärken,
- hochrangige Praktiker aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung in die Lehre an renommierten Hochschulen und Forschungszentren (wie dies z. B. am *Institut d'Etudes Politiques* und an der *ENA* in Paris üblich ist) einzubinden.

3. Europäischer Wirtschafts- und Rechtsraum

Deutschland und Frankreich sind füreinander die mit Abstand wichtigsten Wirtschaftspartner. Zunehmende deutsch-französische Kooperationen und Fusionen bilden den Kern für die Entwicklung einer europäischen Unternehmenslandschaft und -kultur, die eine Zwischenstufe zwischen nationalen Traditionen und globalen Entwicklungen darstellen kann. Zudem bieten sie die Chance, den Wirtschaftsstandort Europa zu stärken.

Bei der Gestaltung der Globalisierung kann Europa eine Vorbildfunktion einnehmen durch sein spezifisches Wirtschafts-, Rechts- und Sozialmodell, das geprägt ist von freier Marktwirtschaft und Liberalismus, aber auch von Solidarität, gesetzlich verankerten Arbeitnehmerrechten und den Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens in sozialer und ökologischer Verantwortung. Bei der weiteren Harmonisierung des Rechtsraumes Europa kommt Deutschland und Frankreich eine besondere Rolle zu. Denkbar sind hier folgende Ansätze:

- die Reflexion über eine europäische Unternehmensverantwortung und -kultur,
- die Stärkung des europäischen Wirtschaftsstandortes durch deutsch-französische Unternehmenskooperationen und -fusionen,
- die Annäherung des deutsch-französischen Rechtsrahmens und des europäischen Gesellschaftsrechts.

III. Ausblick

Wenn wir in diesen Tagen den 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages feiern, so sollten wir uns an den Mut und die Weitsicht erinnern, die Konrad Adenauer und Charles de Gaulle bewiesen haben. Die Generation der Pioniere auf dem „deutsch-französischen Feld“ kämpfte für mehr Austausch und den Aufbau enger Beziehungen. Weil diese Frauen und Männer an die deutsch-französische Aussöhnung und das europäische Aufbauwerk glaubten, als Europa sich gerade erst von der grauenhaften Erfahrung des Nationalsozialismus erholte, wurden diese möglich. Ohne die Magnetwirkung, welche die Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich im entstehenden Europa entwickelte, hätte unser Kontinent kaum zu seiner Einheit gefunden. Unsere beiden Länder haben die Welt dauerhaft verändert. Bewahren wir uns diese Kraft zur Veränderung auch für die Zukunft.

40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?

Am 22. Januar 2003 feiern Deutschland und Frankreich das vierzigjährige Bestehen des „Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit“, des so genannten „Elysée-Vertrags“ von 1963.¹ Dieser begründete erst die deutsch-französische Partnerschaft, die seither viele Höhen und Tiefen durchlebt hat. Einige ursprüngliche Determinanten wie die Bedrohung durch den Kommunismus sind entfallen, andere wie die Politik im Rahmen der Europäischen Union (EU) haben an Bedeutung gewonnen. Aber auch neue Aufgabengebiete wie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 zeichnen sich ab. Weshalb lässt sich rückblickend von einer Erfolgsgeschichte in der internationalen Politik sprechen? Und ist die „bonne entente“ (Valéry Giscard d’Estaing) nicht mittlerweile gar so gut eingespielt, dass die regelmäßigen Treffen als zuweilen langweilige Routine empfunden werden?

Ein wesentlicher Faktor für das Funktionieren des deutsch-französischen Tandems ist die doppelte Abhängigkeit vom Partner und von der EU, der „komplementäre“ Bilateralismus. Zwar scheint die Zusammenarbeit beider Länder auf den ersten Blick im Widerspruch zur multilateral ausgerichteten Außenpolitik Deutschlands zu stehen. Sie hat sich aber immer dann bewährt, wenn sie nicht als Alternative angelegt war.²

Nach einem kurzen Abriss der Entstehungsgeschichte des Vertrags und seiner Bedeutung für die deutsch-französische Partnerschaft werden im Folgenden die bisherigen Erfolge und die Strukturprobleme seit der Wiedervereinigung bilanziert. Die Analyse mündet in eine Reflexion über die

Zukunft des Partnerschaftsvertrages in einem stark veränderten Kontext.

I. Entstehungsgeschichte

An einen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag war nach Kriegsende nicht zu denken.³ Was also führte 1963 – gerade 18 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – zu einer radikalen Neuorientierung beider Länder? Der Staatsvertrag ist als Ergebnis einer fast zwei Jahrzehnte andauernden Politik der Aussöhnung und Verständigung über die gemeinsamen Interessen in Europa zu verstehen. Diese gründete auf der Erkenntnis, dass ein erneuter Krieg nur durch ein Ende der alten Feindschaften zu verhindern war.

Die deutsch-französische Verständigung ist dabei nicht nur als eine Politik der symbolischen Gesten, sondern auch als Mittel zur friedlichen Durchsetzung der eigenen Interessen zu verstehen. Eines der Motive für die Bereitschaft beider Länder, sich vertraglich langfristig zu binden, war die wechselseitige Furcht vor den negativen Folgen einer Ostpolitik im nationalen Alleingang: Während Paris sich sorgte, dass die Bundesrepublik trotz Anlehnung an den Westen in den Sog der Sowjetunion geraten könnte, fürchtete Bonn eine französische Entspannungspolitik auf deutsche Kosten. Beide Regierungen lehnten zwar die Stalin-Note vom März 1952 und den Vorschlag eines neutralen Gesamtdeutschlands ab. Aber dies geschah vor dem Hintergrund höchst unterschiedlicher nationaler Interessen.

Für eine enge Kooperation beider Länder gab es weitere außen- und interessenpolitische Motive. So bestand das Ziel Frankreichs darin, die Bundesrepublik aus dem Machtkreis der USA herauszulösen, um die eigene Rolle in Europa und den besonderen Rang als „grande nation“⁴ in der Weltpolitik

Für die anregenden Kommentare und wertvollen Hinweise danken wir insbesondere Clemens zur Hausen, Marcel Linden, Dr. Franz-Josef Meiers, Dr. Georg Michels und Oliver Sefrin.

1 Vgl. Vertragstext und Zusatzprotokolle von 1988, in: Hans-Peter Schwarz, Eine Entente Élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Bd. 47), Bonn 1988, erweiterte Neuauflage 1990, S. 35–44; vgl. ferner Adolf Kimmel/Pierre Jardin (Hrsg.), Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation (Frankreich-Studien, Bd. 6), Opladen 2002.

2 Vgl. Wichard Woyke, Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt, Opladen 2000, S. 11–13.

3 Vgl. Dokumente-Documents, Die deutsch-französischen Beziehungen/Les relations franco-allemandes 1948–1999. Chronologie und Dokumente, Bonn 2000.

4 Anzumerken wäre hier, dass das Bild der „grande nation“ eine zutiefst deutsche Perzeption ist, die eine lange historische Vorgeschichte hat.

zu stärken. Die Führungsposition der Amerikaner gegenüber der Bundesrepublik und in Europa war Paris stets ein Dorn im Auge gewesen, weil sie mit den eigenen nationalen und europäischen Interessen kollidierte. Bonn versprach sich dagegen von einer umfassenden Zusammenarbeit, die erfolgreiche Bindung an die westlichen Strukturen zu intensivieren und als verlässlicher außenpolitischer Akteur anerkannt zu werden. Zudem versuchte es, die ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber den USA zu mildern, um eine effektive Verständigung auch innerhalb der NATO zu garantieren. Die Bundesrepublik war von einer guten Partnerschaft mit Frankreich und den USA gleichermaßen abhängig. Somit konnte es nur im deutschen Interesse liegen, nicht zu einem Spielball der Machtansprüche beider Länder zu werden.⁵

Die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages 1963 ist als Höhepunkt der Verständigungspolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer zu verstehen. Ihr waren einschneidende Ereignisse vorausgegangen: 1952 begründete der Schuman-Plan die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion), die erste supranationale Einrichtung in Europa. Damit war Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied wieder in den Kreis der westeuropäischen Nachbarn aufgenommen, was entscheidend zur Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes beitrug. Am 1. Januar 1958 traten die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) in Kraft, welche die europäische Integration vertieften. Geplant war auch eine weit reichende Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik; die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte jedoch 1954 an der französischen Nationalversammlung. Die Übertragung von Kompetenzen in einem solch zentralen nationalen Souveränitätsbereich wie der Verteidigung ging den französischen Abgeordneten noch zu weit.

Weshalb war ein institutionalisierter „deutsch-französischer Bilateralismus“⁶ überhaupt notwendig, nachdem Deutschland seine gesamte Außenpolitik in kürzester Zeit multilateral angelegt hatte? Die gescheiterte Politische Union der sechs EGKS-Gründungsmitglieder hatte die Grenzen supranationaler Zusammenarbeit in bestimmten Kernbereichen aufgezeigt. Dadurch erkannten Deutschland wie auch Frankreich die Notwendigkeit, die

gemeinsame Politik stärker miteinander abzustimmen, nicht aber zu vereinigen. Paris wusste um die auf Vertrauen ausgerichtete Außenpolitik der noch jungen Bundesrepublik und glaubte, einen vermeintlich einfachen Juniorpartner zur Durchsetzung der eigenen Interessen in Europa gefunden zu haben. Bonn hingegen stand der antiamerikanischen Politik Frankreichs skeptisch gegenüber und sah in einer verstärkten Kooperation die Möglichkeit, diese positiv zu beeinflussen. Nicht zuletzt wollten beide Seiten mit einer vertraglichen Regelung den eingeschlagenen Weg der friedlichen Zusammenarbeit fortsetzen.⁷

Dennoch fiel die Entscheidung zu einer vertraglichen Bindung sehr kurzfristig. Bundeskanzler Adenauer hatte zunächst ein eher vertrauliches Abkommen im Sinn. Allerdings führten 1962 die Auseinandersetzungen zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ innerhalb der CDU/CSU-Fraktion und die so genannte „Spiegel“-Affäre zu einer tiefen Koalitionskrise, die ihn ein möglicherweise baldiges Ende seiner Kanzlerschaft befürchten ließ. Der Unionspolitiker ergriff die Möglichkeit, den deutsch-französischen Bilateralismus als Kernstück in der deutschen Europa-Politik zu verankern, und kam dem Konzept des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle von einem „Europa der Vaterländer“ mit einem eigenen Vertragsentwurf weitgehend entgegen: Es war der feste Wille Adenauers, seinen Nachfolgern mit dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag „ein feierlich beschworenes Instrument“⁸ zu hinterlassen und in der Zusammenarbeit mit Paris ein europäisches Gegengewicht zu den transatlantischen Beziehungen aufzubauen.⁹

So wurde der Vertragstext in kurzer Zeit verfasst und am 22. Januar 1963 in Paris feierlich unterschrieben. Der Elysée-Vertrag kann als Krönung der Adenauer'schen Kanzlerschaft verstanden werden. In der fast ausschließlich multilateral ausgerichteten deutschen Außenpolitik stellt er eine Besonderheit dar, und er lässt sich auch mit keinem anderen bilateralen Vertrag vergleichen.¹⁰

7 Vgl. Ansbart Baumann, Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Elysée-Vertrags 1958–1962 (dfi compact Nr. 1), Ludwigshafen 2002.

8 Maurice Couve de Murville, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Die dauerhaften Fundamente der Zusammenarbeit, in: Franz Knipping/Ernst Weisenfeld (Hrsg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988, S. 168–186, bes. 170. Vgl. Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1982, Stuttgart u. a. 1984³, S. 84.

9 Vgl. Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Darmstadt 1997, S. 148 f.

10 Vgl. Per Fischer, Ein Start mit Hindernissen. Wie der „Jahrhundertvertrag“ entstand und aufgenommen wurde, in: Dokumente, 48 (1992) 6, S. 461–467.

5 Vgl. H.-P. Schwarz (Anm. 1), S. 11 f.

6 Vgl. ders., Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages, in: ders./Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke (Hrsg.), Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zu Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1991, S. 212–220.

Der Vertragsabschluss erfolgte zu einem Zeitpunkt, da Frankreichs Präsident de Gaulle einen Beitritt Großbritanniens zur EWG grundsätzlich ausschloss.¹¹ Das deutsche Ja zum Vertrag führte daher bei der Opposition im Deutschen Bundestag und in der US-Regierung gleichermaßen zu Kritik. Sie fürchteten eine Anlehnung Bonns an die anglophobe Außenpolitik Frankreichs, die zu einer Abwendung von der NATO und dem Vereinigten Königreich hätte führen können.

Der Erfolg des Elysée-Vertrages war mehr als zweifelhaft, begann doch die deutsch-französische Entfremdung bereits unmittelbar nach seinem Abschluss. Der Deutsche Bundestag, der den Staatsvertrag ratifizieren musste, und der in der Bundesrepublik hoch angesehene Jean Monnet, der nach seinem Rücktritt als Präsident der Hohen Behörde der EGKS das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa gegründet hatte, setzten sich mit ihrer Forderung gegenüber Frankreich durch: Dem deutschen Ratifizierungsgesetz vom Mai 1963 wurde eine Präambel vorangestellt, welche die Verpflichtung zu engen politischen, wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Beziehungen mit den USA, Großbritannien sowie der NATO und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gleichermaßen bekräftigte¹². Dadurch wurde das Gleichgewicht zwischen Frankophilen und Atlantikern in der deutschen Außenpolitik wiederhergestellt. Beim französischen Staatspräsidenten löste die Präambel allerdings Unmut aus, da er durch sie sein „grand design“ auf den Kopf gestellt und entwertet sah.¹³

II. Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen

Auch nach Abschluss des Elysée-Vertrages haben sich die deutsch-französischen Beziehungen aufgrund der unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen beider Länder gegenüber der Sowjetunion erst spät normalisiert. Der Wert des Vertrages liegt vor allem darin, die bilaterale Kooperation sowie die Koordinierung in Politik, Verwaltung und

11 Vgl. Pierre Maillard, De Gaulle und der Elysée-Vertrag. Erinnerungen seines diplomatischen Mitarbeiters, in: Dokumente, 48 (1992) 6, S. 455–460.

12 Vgl. Matthias Schulz, Die politische Freundschaft Jean Monnet – Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die Präambel zum Elysée-Vertrag von 1963, in: Andreas Wilkens (Hrsg.), Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 299–327.

13 Vgl. Alfred Grosser, Deutschland in Europa, Hamburg 2000, S. 123.

Wirtschaft zum organisatorischen Regelfall gemacht zu haben; zumindest auf höherer Verwaltungsebene wurde die Arbeit beider Länder allmählich synchronisiert.

Das wichtigste Ergebnis des Vertragswerkes bilden die seit 1963 halbjährlich stattfindenden persönlichen Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Dabei soll zu aktuellen politischen Fragen eine möglichst konvergente Haltung ausgearbeitet werden. Außerdem treffen sich die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder alle drei Monate, leitende Beamte der beiden Außenministerien sogar monatlich. Zudem sieht der Vertrag regelmäßige Treffen zu Fragen von Erziehung und Jugend vor, wobei das Amt des „Bevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten“ turnusgemäß der Ministerpräsident eines Bundeslandes innehat. Aus diesen Treffen ging 1964 auch das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) hervor.¹⁴ In beiden Ländern ist eine interministerielle Kommission damit beauftragt, die vielfältigen Regierungskontakte zu koordinieren. Den Vorsitz hat der Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit.¹⁵

Mit den beiden Zusatzprotokollen zum Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1988, der ersten und bisher einzigen Vertragsrevision, wurde das Netz der gegenseitigen Verpflichtungen durch regelmäßige Arbeitstreffen auf allen institutionellen Ebenen noch enger geknüpft: Ein gemeinsamer Verteidigungs- und Sicherheitsrat, in dem sich die Staats- und Regierungschefs sowie die Außen- und Verteidigungsminister und die Generalstäbe beider Länder mindestens zweimal jährlich treffen, sowie ein Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat, in dessen Rahmen vierteljährlich Konsultationen zwischen den Finanz- und Wirtschaftsministern sowie den Zentralbankpräsidenten stattfinden, wurden neu eingerichtet. Sie sollen gemeinsame Konzeptionen entwickeln. Ein Deutsch-Französischer Kulturrat, in dem jeweils zehn führende Persönlichkeiten des Kulturlebens beider Länder vertreten sind, verleiht der Zusammenarbeit auch in diesem Bereich neue Impulse.

Inhaltlich ging es bei den bilateralen Konsultationen bisher vor allem um drei große Themenkomplexe:

- die Suche nach gemeinsamen Positionen in außenpolitischen Fragen, so z. B. im Rahmen der EG/EU, der NATO und sonstigen internationalen Organisationen. Dies soll eine einheit-

14 Zum DFJW siehe Kapitel III.

15 Vgl. Ulrich Lappenküper, Franco-Allemand. Der Weg zum Elysée-Vertrag, in: Information für die Truppe, 36 (1992) 2, S. 42–51.

liche Verhandlungsposition in den zuständigen Gremien ermöglichen;

- die Verteidigungspolitik und die Rüstungszusammenarbeit,¹⁶ für die gemeinsame Strategien und Taktiken sowie die Förderung des militärischen Personalaustausches vorgesehen sind (Beschluss zur Aufstellung der ersten gemischten deutsch-französischen Brigade als Kern einer zukünftigen europäischen Armee);¹⁷
- die bewusst in die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit in Erziehungs- und Jugendfragen. Sie gründet auf den historischen Erfahrungen. Ein reger Austausch zwischen Schülern, Studenten, Auszubildenden oder sonstigen Berufs- und Interessengruppen soll das Misstrauen gegenüber dem Nachbarn auflösen. Neben dem gesellschaftlichen Austausch sieht der Vertrag daher die Förderung des Sprachunterrichts, die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen und die wirtschaftliche Forschungszusammenarbeit vor.

III. Der Elysée-Vertrag: Eine Erfolgsgeschichte auf Raten?

Der Schwerpunkt der europäisch-amerikanischen Beziehungen verlagerte sich im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs Europas seit den siebziger Jahren zunehmend auf die Wirtschaftspolitik. Die Institutionalisierung der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation im Rahmen der gemeinsamen Währungspolitik, des Europäischen Währungssystems (EWS) und des Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrates sowie die zunehmenden industriellen Kapitalverflechtungen verstärkten die europäische Verhandlungsposition gegenüber den USA und führten zu einem Aufschwung in den deutsch-französischen Beziehungen¹⁸. Zwar gab es auch weiterhin unterschiedliche Ansätze in der Europapolitik, aber die Zusammenarbeit zeitigte einige wichtige Erfolge, so z. B. die Einheitliche Europäische Akte von 1986 mit der Festlegung auf einen gemeinsamen Binnenmarkt.

16 Vgl. Erhard Heckmann, Nach 30 Jahren Elysée-Vertrag. Die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit, in: Wehrtechnik, 25 (1993) 3, S. 5–10.

17 Vgl. Erwin Guldner, Le Traité de l'Elysée et la coopération franco-allemande en matière de défense, in: Stratégique, 41 (1989) 1, S. 133–149; Ottfried Ischebeck, 30 Jahre nach dem Elysée-Vertrag. Die deutsch-französischen Pläne eines Europäischen Korps, in: S + F – Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, 11 (1993) 1, S. 44–47.

18 Vgl. Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.), Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation (ZEI Discussion Paper C 90), Bonn 2001, S. 4.

Je weitreichender die Kompetenzen Brüssels wurden, desto stärker grenzten sie auf der einen Seite den Verhandlungsspielraum Deutschlands und Frankreichs ein; viele Leitlinien wurden mittlerweile von der EG/EU vorgegeben, nach denen sich beide Partner richten mussten. Auf der anderen Seite wuchsen beide Länder in die Rolle des europäischen Integrationsmotors hinein, von dem wichtige Impulse für die Vertiefung der Gemeinschaft ausgingen. So entstand eine Wechselbeziehung zwischen Bonn und Paris einerseits sowie der EG/EU andererseits; der schon von de Gaulle gestellten Frage nach der zukünftigen Architektur Europas konnten beide Länder jedoch lange ausweichen.¹⁹

In sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen war die Zusammenarbeit im Rahmen des Elysée-Vertrages wegen der gegensätzlichen Ausrichtung der Politik gegenüber den USA bis in die achtziger Jahre von Unstimmigkeiten und Blockaden gekennzeichnet. Zwar sprach das Scheitern der EVG keineswegs grundsätzlich gegen eine Verteidigungskooperation; die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte auch im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag im Mittelpunkt stehen. Die weit auseinander liegenden Ansätze beider Staaten führten aber zunächst nur zu einer begrenzten Zusammenarbeit: Während de Gaulle eine europäische, antiamerikanische Verteidigungspolitik anstrebte, setzte Adenauer nicht zuletzt aufgrund der multilateralen Verpflichtungen der Bundesrepublik und deren Vorzügen auf die Zusammenarbeit mit den USA.

Paris sah zudem die Gefahr, dass die Bundesrepublik im Sinne einer engeren Anbindung an Moskau nach Osten abdriften könnte – besonders vor dem Hintergrund der Verständigungspolitik von Willy Brandt. Es wollte den Nachbarn daher stärker in die westliche Gemeinschaft einbinden. Bonn hingegen versuchte darauf hinzuwirken, dass die eigenen Interessen in der französischen Ostpolitik stärker Berücksichtigung fanden.²⁰ Gerade die französische Sorge vor einer Hinwendung Deutschlands nach Osteuropa kann als Grund für die intensivere Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik angesehen werden (Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses durch François Mitter-

19 Vgl. Winfried Loth, Mitterrands Europa. Wie weit blieb seine Außenpolitik in den Spuren de Gaulles?, in: Dokumente, 48 (1992) 6, S. 468–473; Peter Zervakis/Peter J. Cullen (Hrsg.), The Post-Nice Process. Towards a European Constitution? (Schriften des ZEI, Bd. 49), Baden-Baden 2002, S. 9 ff.

20 Vgl. Renata Fritsch-Bournazel, Paris–Bonn. Mehr Gemeinsamkeiten in der Ostpolitik?, in: Dokumente, 43 (1987) 6, S. 427–436. Valérie Guérin-Sendelbach, Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre, Bonn 1993.

rand, Kooperation im Rahmen der WEU). Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildet zweifels- ohne das Zusatzprotokoll zum Elysée-Vertrag von 1988, das die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit der Schaffung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates institutionalisierte.

Neben den außen- und machtpolitischen Interessen waren sicher auch die zwischenmenschlichen Sympathien der Staats- und Regierungschefs beider Länder ein weiteres Erfolgsrezept des „couple franco-allemand“. So kam es jenseits der parteipolitischen Couleur immer wieder zu einer weitgehend harmonischen und emotional freundschaftlichen Zusammenarbeit. Genannt seien hier die Paare Adenauer – de Gaulle, Schmidt – Giscard d’Estaing oder Kohl – Mitterrand. Allerdings kann das zwischenstaatliche Verhältnis auch leiden, wenn die „Chemie“ zwischen den Partnern nicht stimmt, was offensichtlich bei Willy Brandt und Georges Pompidou sowie gegenwärtig bei Gerhard Schröder und Jacques Chirac der Fall war bzw. ist.

Aber nicht nur die Arbeit auf höchster zwischenstaatlicher Ebene hat die deutsch-französische Partnerschaft bisher geprägt; sehr wichtig ist auch die Zusammenarbeit auf der bürgernahen Ebene. Kommunalverwaltungen und gesellschaftliche Institutionen wie Vereine, Jugendwerke und Universitäten sowie unzählige Städtepartnerschaften haben ihren besonderen Anteil an der Festigung der Beziehungen.²¹ Hervorzuheben ist hier das DFJW – die einzige durch den Elysée-Vertrag dauerhaft geschaffene gesellschaftliche Institution. Mit seiner Gründung setzten die Vertragsväter bewusst auf die heranwachsenden Generationen, die – unbelastet von der vergangenen Feindschaft – die neue Partnerschaft mittels intensiver Kooperations- und Austauschprojekte glaubwürdig verkörpern sollten. Besonders gefördert wurde und wird der Austausch von Schülern, Auszubildenden und Studenten, die vor Ort die Kultur und Sprache des Nachbarlandes erlernen, um so eigene Vorurteile und Berührungängste abzubauen. Aber auch durch gezielten Sprachunterricht soll eine bessere Verständigung ermöglicht werden.²² An der Spitze des DFJW steht ein 20-köpfiges Kuratorium, dessen Vorsitz die in beiden Ländern zuständigen Minister innehaben.

21 Vgl. Ingo Kolboom, 35 Jahre Elysée-Vertrag, in: Dokumente, 53 (1997) 6, S. 478–484.

22 Vgl. Franz-Joseph Meißner, Französisch und Deutsch. Partnersprachen, Konkurrenten, Brückensprachen zur Mehrsprachigkeit?, in: Ingo Kolboom/Bernd Rill (Hrsg.), Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 35), München 2002, S. 47–62.

Nicht allein die formalisierte Regierungszusammenarbeit macht also den Kernbestandteil des Elysée-Vertrages aus. Auch die Zivilgesellschaft mit der unübersehbaren Vielfalt ihrer Netzwerke erhielt nach der Aussöhnung ein größeres Gewicht.²³ Zumindest in den Meinungsumfragen beider Länder wird der hohe Stellenwert der seit den fünfziger Jahren vollzogenen Annäherung überdeutlich: Im Januar 2001 gaben 81 Prozent der befragten Franzosen und 86 Prozent der befragten Deutschen an, dass sie „gute deutsch-französische Beziehungen“ als „wesentlich“ bzw. „wichtig“ für den europäischen Integrationsprozess betrachten.²⁴

IV. Strukturelle Veränderungen seit der Wiedervereinigung

Eine Zäsur in den deutsch-französischen Beziehungen stellt das Ende des Ost-West-Konflikts dar. Deutschland war wiedervereinigt, die Bedrohung und der Wettstreit mit dem Osten waren entfallen, die USA blieben als einzige Weltmacht übrig. Das geopolitische Machtverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hatte sich gewandelt: War Deutschland zuvor auf politischer Ebene stets der Juniorpartner gewesen, so hatte es nach der Vereinigung eine weit größere Einwohnerzahl und Fläche aufzuweisen als in der Vergangenheit. Dies stellte die bisherigen Parameter der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Frage: Paris sah sich durch die anstehende Osterweiterung der EG/EU zunehmend an den geographischen Rand Europas gedrängt, während Berlin nun im Zentrum stand und quasi als Bindeglied zwischen Ost und West fungierte. Diese neue Konstellation veränderte die Rolle und das Gewicht Deutschlands erheblich; Frankreich musste nun seinerseits befürchten, zum Juniorpartner degradiert zu werden. Aus Sicht der politischen Eliten in Deutschland war dagegen erstmals eine Gleichwertigkeit mit Frankreich erreicht.²⁵

Um die erfolgreiche bilaterale Kooperation nicht zu gefährden, setzten beide Seiten auf eine verstärkte europäische Integration: Im Rahmen der

23 Vgl. Julie Astorg/Elisabeth Gorecki-Schöberl, Strukturelle Veränderungen in den deutsch-französischen Beziehungen, in: Dokumente, 58 (2002) 4, S. 60–64. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Hartmut Kaelble in dieser Ausgabe.

24 Vgl. Ingo Kolboom, Deutsch-französische Beziehungen und (k) ein Ende. . ., in: Dokumente, 58 (2002) 4, S. 54–59, insbes. S. 56.

25 Vgl. Valérie Guérin-Sendelbach, Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999, S. 323 f.

Maastrichter Beschlüsse von 1992, welche die EU begründet hatten, wurde die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie die Einführung einer gemeinsamen Währung für alle teilnehmenden Länder beschlossen. Der Euro ist das wichtigste Projekt der deutsch-französischen Zusammenarbeit der vergangenen Dekade.²⁶ Aber seine Einführung hatte eben auch konkrete machtpolitische Hintergründe: Ein wiedervereinigtes Deutschland drohte noch dominierender gegenüber den europäischen Partnern – speziell Frankreich – zu werden. In der WWU sah Paris die Möglichkeit, die wahrgenommene Hegemonie Deutschlands einzuschränken und die europäische Wirtschaftspolitik selbst mitzubestimmen. Bonn hingegen wollte den europäischen Partnern mit der Aufgabe seiner Währung demonstrieren, dass es trotz der Wiedervereinigung an seiner bisherigen kooperativen Europa- und Frankreichpolitik festhält.

Doch auch diese freiwillige Vergemeinschaftung der nationalen Währungspolitik konnte die weiterhin bestehenden Divergenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nicht überdecken. Denn im Gegenzug drängte Deutschland auf eine baldige Erweiterung der EU nach Osten, während Frankreich eine weitere institutionelle Vertiefung als vorrangig ansah – nicht zuletzt, um eine Machtverschiebung zugunsten Deutschlands zu verhindern oder zumindest zu verzögern.²⁷ Bereits vor der Aufnahme Schwedens, Finnlands und Österreichs in die Union (1995) wurde vor einer Lockerung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und einem Zerfall der EU in einen südwestlichen und einen nordöstlichen Interessenkreis gewarnt.²⁸

Würde sich ein solches Szenario bewahrheiten, wäre die Zusammenarbeit in der EU in Zukunft immer mehr auf ein intergouvernementales Niveau herabgestuft. Um dies zu verhindern, erscheint die Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs innerhalb der Union umso wichtiger. Die beiden Länder haben bereits in der Vergangenheit entscheidende Impulse zur Integration gegeben: Mit einer vorab zwischen Deutschland und Frankreich bilateral abgestimmten Position wurde in den multilateralen Regierungskonferenzen oft ein großer Schritt hin zu einem Kompromiss innerhalb der Gesamt-EU getan.

26 Vgl. Nathalie Jouan, Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Konvergenzen und Divergenzen in den 90er Jahren, Bonn 2003 (unveröffentlichte Dissertation).

27 Vgl. Marieluise Christadler/Henrik Uterwedde, Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 360), Bonn 1999, S. 54.

28 Vgl. Ingo Kolboom, Dialog mit Bauchgrimmigen? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, in: Europa-Archiv, 9 (1994), S. 257–264.

Dennoch haben die regelmäßigen Konsultationen nicht verhindern können, dass der deutsch-französische Motor seit Maastricht ins Stottern geraten ist.²⁹ Beim Gipfeltreffen von Nizza entbrannte im Dezember 2000 ein schwerer Streit, als es um die Neugewichtung der Sitze im EU-Ministerrat ging. Hier kam die unmissverständliche Weigerung Frankreichs zum Ausdruck, Deutschland auf Grund seiner größeren Einwohnerzahl – wenn auch nur symbolisch – ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Dies hätte eine Abkehr von der bisherigen, politisch gewollten Parität bedeutet, welche nach französischer Lesart die Zusammenarbeit vierzig Jahre lang stabilisiert hatte.³⁰

Frankreich konnte sich letztlich durchsetzen, und die Parität wurde beibehalten – aber um welchen Preis? Die geforderte zusätzliche Stimme für Deutschland im Ministerrat hätte den dortigen Entscheidungsprozess wohl kaum beeinflusst. Die Bedeutung liegt in der Symbolik. Die Bundesrepublik hätte damit aus französischer Sicht auch die politische Führungsrolle in Europa übernommen, und das traditionelle System der deutsch-französischen Gleichwertigkeit wäre zerfallen. Das französische Nein war daher nicht nur eine Frage des nationalen Selbstverständnisses, sondern auch Ausdruck der unterschiedlichen europapolitischen Präferenzen. Während die Deutschen die EU am liebsten nach ihrem föderalen Regierungssystem formen würden, verharren die Franzosen in der Denktradition der zentralistisch verfassten, homogenen Staatsnation: Europäische Institutionen können demnach nicht autonom von den Mitgliedsstaaten agieren, solange es keine einigende europäische Nation gibt. Diese divergierenden Denkmuster sind der eigentliche Grund für das Stocken des deutsch-französischen Motors in der vergangenen Dekade.

V. Zur Zukunft des Elysée-Vertrags

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen zwei Szenarien:

29 *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Ulrike Guérot in dieser Ausgabe.

30 Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Frankreichs Europapolitik unter Chirac und Jospin. Abkehr von einer konstruktiven Rolle in und für Europa?, in: *Integration*, 24 (2001) 3, S. 258–273; Markus Jachtenfuchs, Deutschland, Frankreich und die Zukunft der Europäischen Union, in: Michael Meimeth/Joachim Schild (Hrsg.), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der Europäischen Union*, Opladen 2002, S. 279–294, insbes. 280.

- Der Intergouvernementalismus setzt sich durch, und Frankreich fällt in das überwunden geglaubte Gleichgewichtsdenken zurück. Dies würde unvermeidlich die Herausbildung von gegensätzlichen Lagern fördern, was Paris und Berlin langfristig entfremden könnte. Wechselseitige, historisch bedingte Fehlwahrnehmungen (besonders aus Sicht der französischen Regierung und Eliten) wären die Folge mit unmittelbaren Blockaden in der europäischen Politikgestaltung.
- Die politisch erwirkte Parität zwischen Berlin und Paris drängt beide Länder in das Lager der „Großen“, die gegen die „Kleinen“ – die Kleinst- und Mittelstaaten in der EU – opponieren, um nicht von diesen majorisiert werden zu können. Lagerübergreifende Kompromisse wären ebenso erschwert und würden stark an die historische Gemengelage im einstigen Deutschen Bund erinnern.³¹

In jedem Fall ist der deutsch-französische Konsens, wie er bisher im Elysée-Vertrag einen Rahmen gefunden hat, durch die Veränderungen des politischen Umfeldes ernsthaft unter Druck geraten. Zentrale Akteure wie Frankreichs Staatspräsident Chirac und sein Außenminister Dominique de Villepin, aber auch Bundeskanzler Schröder hatten zunächst eine Neufassung („refondation“) des bisherigen Gründungspakts gefordert. Dieser sollte die bilateralen Beziehungen auf ein neues Kooperationsniveau heben, das durch eine gehaltvolle politische Erklärung zur Finalität der europäischen Integration abzusichern sei.³² Sie erhofften sich eine neue Dynamik auf europäischer Ebene, wenn der deutsch-französische Motor wieder auf Hochtouren läuft.³³

Von anderer Seite wurde dagegen die Auffassung vertreten, ein Zusatzprotokoll würde diesem Ziel bereits entsprechen. Der altbewährte Elysée-Vertrag füge sich bestens als eine flexible Konstante in die erweiterten Beziehungen ein.³⁴ Beide Doku-

mente müssten schließlich von den Parlamenten in Deutschland und Frankreich ratifiziert werden. Der ehemalige CDU-Abgeordnete und Außenpolitik-Experte Karl Lamers schließlich hielt eine feierliche Erklärung zum 40. Jahrestag für völlig ausreichend, um die veränderten Realitäten im Sinne der alten Gründungsintention neu zu beschreiben. Zudem schlug er vor, den beiden Koordinatoren der deutsch-französischen Beziehungen (gegenwärtig der Historiker Rudolf von Thadden und der ehemalige französische Minister André Bord) ein stärkeres politisches Gewicht zu geben und den Austausch zwischen den Parlamenten und den Abgeordneten zu fördern.³⁵

Unter der Fragestellung „Welches Europa wollen wir?“ haben die Koordinatoren auf dem 79. Deutsch-Französischen Gipfel in Schwerin im Juli 2002 eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Diese sollen helfen, das zukünftige europäische Profil („l'Europe-puissance“) der deutsch-französischen Partnerschaft zu schärfen. Angestrebt wird

- ein offenes Europa, das zwar seine historische Identität zu wahren versteht, sich aber auch den globalen Herausforderungen stellt;
- ein Europa, das seine Einheit bejaht, ohne restaurativ zu wirken;
- ein selbstbewusstes Europa, das Platz für nationale und regionale Besonderheiten lässt;
- ein Europa auf der Grundlage der deutsch-französischen Partnerschaft, die ihren historischen Eigenwert behält;
- ein Europa der Bildung und Erziehung, das weniger materiellen Interessen als der menschlichen Kommunikation dient.³⁶

Hierzu haben die Koordinatoren ein Vorbereitungskomitee angeregt, das zusammen mit den Länderbevollmächtigten im Jubiläumsjahr zahlreiche Veranstaltungen planen soll.³⁷ Frankreichs Staatspräsident Chirac hatte bereits im Juni 2000 im Reichstag vorgeschlagen, jährlich eine deutsch-französische Großkonferenz abzuhalten: Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft, den Gewerkschaften und Verbänden, den Medien und aus dem Kulturbereich könnten zusammentreffen, um bila-

31 Vgl. I. Kolboom (Anm. 21), S. 58.

32 Vgl. Homepage der französischen Botschaft in den USA unter „Actualités, Relations France-Allemagne“ in: http://www.info-franc...tmnts/2002/france_alle230702.asp. Roger de Weck hat allerdings in diesem Zusammenhang auf das ganz unterschiedliche Verständnis von Verträgen in beiden Ländern hingewiesen: Während die Deutschen einen Vertrag zum beiderseitigen Nutzen abschließen, begründe dieser für die Franzosen ein neues Macht- und eben kein Partnerschaftsverhältnis (Frankreich, der hilflose Partner, in: Der Tagesspiegel vom 4. 10. 2002).

33 Ähnlich der Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, Bernd Posselt (<http://www.csu-europagruppe.de/aktuelles/mitteilungen/020612-1.htm>).

34 Vgl. Daniel Collard, Le Partenariat franco-allemand. Du Traité de l'Elysée à la République de Berlin (1963–1999), Paris 1999, S. 78.

35 Vgl. Le Monde vom 14. 10. 2002, in: <http://www.lemonde.fr/article/0,5987,3214-294107-,00.html>; Artikel aus dem Online-Magazin „Planetagrar“ (<http://www.planetagrar.de/article.php?sid=111>).

36 Vgl. gemeinsame Rede der Koordinatoren anlässlich des 79. Deutsch-Französischen Gipfels in Schwerin am 30. 7. 2002 (<http://www.auswaertigesamt.de/infoservice/presse/index.html>).

37 Auf dem Schweriner Gipfel wurde die Bildung von vier Arbeitsgruppen beschlossen – eine davon widmet sich den Vorbereitungen zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages.

terale Interessengegensätze zu erörtern und die Zukunft der Nationalstaaten in der europäischen Integration neu zu bestimmen.³⁸

In den letzten beiden Monaten des Jahres 2002, insbesondere nach den Bundestagswahlen in Deutschland, haben die Treffen auf oberster Ebene deutlich zugenommen. Der intensive Austausch gründet auf die Einsicht der Verantwortlichen in Berlin: „Zweck hat es nur, etwas gemeinsam mit Frankreich zu machen“.³⁹ So konnten sich beide Länder – auch gegen den Willen Londons und anderer europäischer Partner – auf einen Kompromiss in der Agrarpolitik sowie auf einen gemeinsamen Vorschlag im EU-Reformkonvent zum Ausbau der innen- und rechtspolitischen Zusammenarbeit und zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einigen.

Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags sollen den Planungen des Schweriner Gipfels und der Blaesheim-Runde in Storkow zufolge zum Anlass genommen werden, die vorhandenen Instrumentarien – insbesondere die regelmäßigen Treffen – intensiver als bisher zu nutzen und so das Arbeitsklima zwischen beiden Ländern zu verbessern.⁴⁰ Von der Option einer Neufassung des Vertrags wurde dagegen Abstand genommen.⁴¹

Fortschritte auf zentralen Feldern der Europapolitik könnten die bilaterale Zusammenarbeit entscheidend wiederbeleben:

- Im Bereich von Sicherheit und Rüstung hat sich die Institutionalisierung des gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsrates nie richtig entwickelt. Die Teilnahme erscheint den Verantwortlichen in beiden Ländern eher als lästige Pflicht denn als notwendige Abstimmung. Daher können die bisherigen Institutionen nur wenig zur Überwindung der Interessengegensätze in diesem Bereich beitragen. Ein kleines Sekretariat aus wenigen Ministerialbe-

amten beider Länder ist nötig, das als ständige Kontaktstelle den rechtzeitigen Informationsaustausch zwischen den Regierungen sicherstellt und vor unliebsamen Überraschungen schützt. Folglich ist es nur zu begrüßen, wenn deutsch-französische Vorschläge in diese Richtung gehen.⁴²

- Ein weiteres Feld gemeinsamen Handelns stellt die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion dar. Gerade in der Haushalts- und Steuerpolitik wäre Deutschland gut beraten, wenn es der französischen Initiative für eine stärker institutionalisierte makroökonomische Koordinierung auf europäischer Ebene folgen würde. Auch in der Standort- und Ordnungspolitik sowie im gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum, in der Wettbewerbspolitik und der sozialen wie regionalen Kohäsion liegen noch weitgehend unbeachtete Potenziale für den gemeinsamen Ausbau einer europäischen sozialen Marktwirtschaft.⁴³
- Schließlich ist die Zusammenarbeit auf Regierungsebene unbedingt durch Institutionen der Zivilgesellschaften zu ergänzen. Gerade die Arbeit im EU-Konvent bietet eine besondere Gelegenheit für gesellschaftliche Organisationen, europäische Parteien⁴⁴ sowie Wirtschafts- und Sozialverbände, die Debatte um gemeinsame Werte und Leitbilder in einen transnationalen Kontext zu stellen und dafür die bereits etablierten deutsch-französischen Bürgernetzwerke verstärkt in Anspruch zu nehmen.

Allerdings stößt das deutsch-französische Tandem immer dann an seine Grenzen, wenn divergierende Einstellungen zu den Grundfragen des politischen Systems (Nationsbegriff, Staatsstruktur, Regierungssystem) aufeinander prallen.⁴⁵ Eine Alternative zu der privilegierten Partnerschaft der vergangenen 40 Jahre ist jedoch schwer vorstellbar. Nur wenn sich die beiden Länder zumindest in den weniger stark von unterschiedlichen Präferenzen geprägten Bereichen einigen, kann sich auch die Gemeinschaft weiterentwickeln.

38 Vgl. Rede von Staatspräsident Jacques Chirac vor dem Deutschen Bundestag, 27. 6. 2000 (<http://www.bundestag.de/blickpkt/ImBlick/2000/chithie1.html>); vgl. auch M. Meimeth/J. Schild (Anm. 30).

39 Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 25. 11. 2002, S. 5.

40 Der so genannte Blaesheim-Prozess bezeichnet die Anfang 2001 in dem elsässischen Ort bei Straßburg eingeleiteten informellen Gespräche zwischen Staatspräsident, Bundeskanzler und den Außenministern. Die Treffen finden unabhängig von den im Elysée-Vertrag vorgesehenen Konsultationen statt.

41 Vgl. FAZ vom 6. 12. 2002, S. 3. *Anmerkung der Redaktion:* Die Arbeit an dem vorliegenden Beitrag wurde am 10. 12. 2002 abgeschlossen.

42 Vgl. Christoph Bertram/Joachim Schild u. a., *Starting over. For a Franco-German Initiative in European Defence*, Berlin 2002 (<http://www.swp-berlin.org/pdf/ap/startingover.htm>).

43 Vgl. Henrik Uterwedde, *Europas Motor*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 57 (2002) 12, S. 1423–1426.

44 Vgl. Karl Magnus Johansson/Peter Zervakis (Hrsg.), *European Political Parties between Cooperation and Integration* (Schriften des ZEI, Bd. 33), Baden-Baden 2002.

45 Vgl. Axel Sauder, *Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges*, Baden-Baden 1995.

Die Bedeutung der deutsch-französi- schen Kooperation für den europäischen Integrationsprozess

I. Wie steht es um die deutsch- französi-chen Beziehungen? Eine Bestandsaufnahme

Vier Jahrzehnte lang ist die deutsch-französi-
sche Partnerschaft die *Conditio sine qua non* für Fort-
schritte im europäischen Integrationsprozess
gewesen. Doch von dieser Dynamik war in den
vergangenen Jahren nur noch wenig zu spüren.
Sind Frankreich und Deutschland darauf vorberei-
tet, das erweiterte Europa zu gestalten und der
Europäischen Union (EU) eine geopolitische
Dimension zu geben? Diese Frage stellt sich nach
dem Kopenhagener EU-Gipfel vom Dezember
2002, auf dem die Aufnahme der Türkei so gut wie
beschlossen wurde, umso drängender.¹

Kein Zweifel, seit der Einrichtung des so genann-
ten „Blaesheim-Prozesses“ im Januar 2001 hat es
zahlreiche deutsch-französi-
sche Treffen und gemein-
same Erklärungen gegeben.² So haben sich
beide Länder beim EU-Rat in Brüssel im Oktober
2002 in groben Zügen auf die Finanzierung der
Osterweiterung geeinigt; im November 2002 veröf-
fentlichten Deutschland und Frankreich eine
Gemeinsame Erklärung zur Sicherheits- und Ver-
teidigungspolitik für den Europäischen Konvent,
Anfang Dezember 2002 legten sie gemeinsame
Vorschläge zur Vertiefung der Zusammenarbeit in
der Innen- und Justizpolitik vor.³ Doch all diese
Initiativen können nicht verdecken, dass es um die
bilateralen Beziehungen seit geraumer Zeit nicht
zum Besten steht.⁴ Wurden die Veränderungen,
die der weltpolitische Umbruch 1989/90 mit sich
brachte, bis Mitte der neunziger Jahre noch rhetori-
sch verbrämt, ist der Umgangston zwischenzeitlich
rauer geworden. Dies zeigte sich spätestens

beim Berliner EU-Gipfel im März 1999, auf dem
Deutschland und Frankreich um die Finanzierung
einer erweiterten Union rangen, und erneut auf
dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000, der die
EU institutionell auf die Erweiterung vorbereiten
sollte.⁵

1. Eine skeptische Sicht: Warum der Motor stottert(e)

Noch zu Beginn der neunziger Jahre hatte beide
Partner das Ziel geeint, Deutschland unwiderruf-
lich in ein integriertes Gesamteuropa einzubinden.
Dies war das Paradigma deutscher Außenpolitik
seit Konrad Adenauer gewesen. Mit Nachdruck
betonte gerade Bundeskanzler Helmut Kohl
immer wieder, dass die europäische Integration
mit dem Euro irreversibel werde. Wirtschafts- und
Währungsunion (WWU) und Politische Union
sollten Hand in Hand gehen. Der Vertrag von
Maastricht war daher auch der Versuch, die „deut-
sche Frage“ abschließend zu beantworten.

Nach der Verabschiedung der Einheitlichen Euro-
päischen Akte und der Vollendung des Binnen-
marktes, die den Integrationsprozess in den acht-
ziger Jahren beflügelt hatten, stellte der Euro
jedoch zugleich das letzte gemeinsame Großprojekt
beider Länder dar. Sowohl die Franzosen als auch
die Deutschen hatten mit ihm ein übergeordnetes
Interesse verfolgt: Frankreich wollte endlich die
strukturelle Asymmetrie des Europäischen Wäh-
rungssystems und die Dominanz der D-Mark über-
winden. Deutschland versuchte, die bisherige Rolle
als Leit- oder Ankerwährung innerhalb der WWU
abzuschütteln und zugleich die Politische Union zu
forcieren, auf die es wegen seiner Mittellage in
Europa mehr als andere Länder angewiesen ist.⁶

1 Vgl. Thomas Klau, Die Türkei gibt der EU eine neue
Ausrichtung, in: Financial Times Deutschland (FTD) vom
17. Dezember 2002, S. 35.

2 *Anmerkung der Redaktion:* Vgl. zum Blaesheim-Prozess
den Beitrag von Peter A. Zervakis und Sébastien von Gossler
in dieser Ausgabe.

3 Vgl. www.diplomatie.gouv.fr/actu/impression.asp
ART=29942.

4 Vgl. Ulrike Guérot, Nach der Krise die „relance“? An-
merkungen zum Stand der deutsch-französi-
schen Beziehungen, in: Politische Studien, März/April 2001, S. 31–49.

5 Vgl. dies., Nizza. Zur Genese eines unnötigen Psycho-
Dramas, in: Dokumente, 57 (2001) 1, S. 13–21.

6 Vgl. Carsten Hefeker, Between Efficiency and Stability.
Germany and European Monetary Union, in: Jean Pisani-
Ferry/ders./Hughes A.J. Hallet, The Political Economy of
EMU. France, Germany and the UK (Center for European
Policy Studies, Paper Nr. 69), Brüssel, Mai 1997, S. 39–69.
Eine ausführliche Übersicht der deutsch-französi-
schen Streitigkeiten bietet Ulrike Guérot, Deutschland, Frankreich und
die Währungsunion. Über Diskussion und Metadiskussion,
in: Frankreich-Jahrbuch 1997, hrsg. vom Deutsch-Französi-
schen Institut u. a., Opladen 1997, S. 223–241.

Mit der Verwirklichung der WWU kam Deutschland und Frankreich das gemeinsame Projekt abhandeln. Die Folge war ein Leerlauf in den deutsch-französischen Beziehungen. Für die Politische Union, die in Maastricht nur am Rande behandelt worden war, gab und gibt es kein überzeugendes bilaterales Konzept – weder in Amsterdam 1997 noch in Nizza 2000 oder im Verfassungskonvent.⁷ Die EU-Osterweiterung, für Deutschland ein Schlüsselprojekt, war nie wirklich ein französisches Anliegen.⁸ Frankreichs Angst, im erweiterten Europa marginalisiert zu werden, und sein „jakobinischer“ Rückzug auf den Nationalstaat führten in Deutschland zu Frustrationen. Diese nährten eine Rhetorik des „nationalen Interesses“, die man in der Bundesrepublik bisher nicht vernommen hatte.

2. Systemische Brüche

Unmittelbar vor der anstehenden EU-Osterweiterung sind die besonderen deutsch-französischen Beziehungen in doppelter Hinsicht gefährdet. Es fehlt nicht nur eine gemeinsame Vision, die Partnerschaft hat auch ihre traditionelle „Hebelwirkung“ verloren: Das deutsch-französische Engagement ist nicht mehr hinreichende Bedingung für die erfolgreiche Umsetzung europäischer Initiativen. Gerade das erweiterte Europa eröffnet eine Vielzahl von Ad-hoc-Allianzen jenseits der „strategischen Partnerschaften“. Zudem zeigte Deutschland wie Frankreich bereits in den späten neunziger Jahren die Tendenz, den Partner durch Avancen gegenüber Großbritannien zu provozieren: Hier ist das „Schröder-Blair-Papier“ zum „Dritten Weg“⁹ ebenso zu nennen wie die britisch-französische St. Malo-Initiative zur europäischen Verteidigung.¹⁰

7 Vgl. Joachim Schild, Französische Positionen in der ersten Phase des EU-Konvents. Raum für deutsch-französische Gemeinsamkeiten? (SWP-Studie 26), Berlin, August 2002. Eine gemeinsame deutsch-französische Initiative zum Europäischen Verfassungskonvent ist allerdings am 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages geplant.

8 Als Blockademanöver sind z. B. Vorschläge des damaligen französischen Außenministers Hubert Védrine anlässlich der im November 2001 vorgestellten Fortschrittsberichte der EU-Kommission zur Osterweiterung zu interpretieren: Er riet, doch gleich alle 12 Beitrittskandidaten, also auch Rumänien und Bulgarien, in der ersten Runde aufzunehmen. Vgl. Pressekonferenz Védrines zur Osterweiterung der EU auf der Sitzung des Allgemeinen Rates am 19. November 2001 in Brüssel. Die deutsch-französische Initiative zur Aufnahme der Türkei vor dem Gipfel in Kopenhagen vom 12./13. Dezember 2002 berechtigt indes zu der Annahme, dass beide Länder jetzt ein gemeinsames Konzept zur EU-Erweiterung entwickeln.

9 Tony Blair/Gerhard Schröder, Europe. The Third Way/Die Neue Mitte, London – Bonn, 8. Juni 1998.

10 Vgl. die französisch-britische Erklärung von St. Malo am 4. Dezember 1998 (www.france.diplomatie.fr/actual/evenements/stmalo2.html).

Auffallend ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris in den vergangenen Jahren oft einzig darin bestand, dem Partner bei der Durchsetzung nationaler Interessen in der EU zu assistieren. So gab Bundeskanzler Gerhard Schröder dem französischen Premierminister Lionel Jospin auf dem Göteborger Gipfel im Juni 2001 Rückenbedeckung im Kampf gegen die von der EU-Kommission forcierte Liberalisierung des französischen Energiemarktes. Jospin wiederum unterstützte das deutsche Ansinnen, den EU-Beitrittskandidaten erst nach einer Übergangsphase volle Freizügigkeit im Personenverkehr zu gewähren.¹¹ So verbündeten sich Deutschland und Frankreich zwar gegen unliebsame EU-Entscheidungen, der europäischen Sache war damit aber keineswegs gedient – der Erfolg des einstigen „Integrationsmotors“ hinterließ einen schalen Nachgeschmack. Zum gemeinsamen Krisenmanagement waren beide Länder noch fähig. Doch die inhaltliche Tragfähigkeit dieser bilateralen Initiativen ist fraglich.

II. Frankreich, Deutschland und das „Große Europa“: Ein Blick zurück

Nach dem Umbruch 1989 tat sich Frankreich schwer, die neue Rolle Deutschlands in Europa zu akzeptieren.¹² Die Zurückhaltung von Präsident François Mitterrand angesichts der sich anbahnenden Wiedervereinigung und mehr noch seine Versuche, diese Entwicklung aufzuhalten, haben auf deutscher Seite für Irritationen gesorgt und die bilateralen Beziehungen erheblich gestört.

Die Atmosphäre konnte bereinigt werden, da Deutschland sich konsequent für den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses einsetzte und beim Europäischen Rat in Straßburg im Dezember 1989 der Einberufung von zwei Regierungskonferenzen über die Schaffung einer Politischen Union und einer Wirtschafts- und Währungsunion zustimmte. Entsprechend der außenpolitischen Philosophie, dass die deutsche und die europäische Wiedervereinigung zwei Seiten derselben Medaille sind, konnte es damit sein ungebrochenes europäisches Engagement unter Beweis stellen und so den französischen Ängsten entgegenwirken.

11 Vgl. Herbert Brücker und Christian Weise, EU-Osterweiterung. Abschottung oder regulierte Öffnung. Zu den Fristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit, in: Wochenbericht des DIW 31/2001, Berlin 2001.

12 Vgl. zu den französischen Reaktionen auf die Wiedervereinigung Valérie Guérin-Sendelbach, Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999.

Die Pariser Diplomatie hatte hingegen Schwierigkeiten, sich auf die veränderte politische Lage einzustellen. Föderalen Konzepten für ein GesamtEuropa stand Frankreich ablehnend gegenüber, wie Mitterrands Vorschlag einer „Europäischen Konföderation“ zeigte: Die mittel- und osteuropäischen Staaten sollten aus französischer Sicht in einer Art „special-relationship“ mit der Europäischen Union verbunden, nicht aber integriert werden. Dagegen verfolgte Deutschland aus Gründen der Selbstbindung weiter einen föderalen Ansatz. Damit fehlte Frankreich jedoch die Energie, die Politische Union innerhalb der bestehenden EU voranzutreiben. Mit seiner ablehnenden Reaktion auf das 1994 vorgelegte „Schäuble-Lamers-Papier“ zu „Kerneuropa“¹³ wurde die vielleicht letzte Möglichkeit zu einer institutionellen Vertiefung der EU vor der anstehenden (Nord)-Erweiterung verpasst.¹⁴ Bei den anschließenden Verhandlungen über den Amsterdamer Vertrag 1996/1997 konnten zentrale Fragen wie die künftige Zahl der Kommissare, die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen bzw. die Neugewichtung der Stimmen im Rat nicht zufriedenstellend gelöst werden. Entsprechende deutsch-französische Initiativen blieben aus; stattdessen stritten sich die Regierungen beider Länder über die Ausgestaltung der Währungsunion.

Kurz vor der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags kam es auf dem Deutsch-Französischen Gipfel von Poitiers im Juni 1997 zu heftigen Auseinandersetzungen über die makroökonomische und monetäre Ausrichtung der Währungsunion. Das Einzige, worauf sich Deutschland und Frankreich einigen konnten, war eine Initiative zum Subsidiaritätsprinzip.¹⁵ Erstmals zielte ein deutsch-französischer Vorschlag damit nicht auf die Stärkung der EU-Strukturen, sondern sollte im Gegenteil nationale Vorbehalte erleichtern. Eine von den Außenministern beider Länder vorgelegte Initiative für eine Flexibilitätsklausel, insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, fand zwar Eingang in den Amsterdamer Vertrag.¹⁶ Ihre politische Wirkung verpuffte aber rasch. Damit war die deutsch-französische Dynamik in institutionellen Fragen vollends erschöpft.

Der Grabenkampf um die Stimmenverteilung im Rat, den sich beide Länder auf dem Gipfel von

13 Vgl. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Überlegungen zur Europapolitik, 1. September 1994; Vgl. zu den französischen Reaktionen *Le Monde* (LM) vom 18. Oktober 1994, 23. November 1994 sowie 12. Dezember 1994.

14 1995 wurde die EU um Finnland, Österreich und Schweden erweitert.

15 Vgl. den gemeinsamen Brief anlässlich des EU-Gipfels in Florenz im Juni 1996.

16 Hierbei handelt es sich um die so genannte „Nürnberger Erklärung“. Vgl. LM vom 12. Dezember 1996.

Nizza lieferten, zeigte, dass der deutsch-französische Motor von der Parität in den EU-Institutionen abhängt. Um seinem spezifischen Gewicht – insbesondere in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – mehr Ausdruck zu verleihen, verfolgte Frankreich seit Ende der neunziger Jahre zunehmend einen intergouvernementalen Ansatz. Während es fortan verstärkt inhaltliche Fragen in den Vordergrund stellte,¹⁷ wollte Deutschland zunächst den institutionellen Rahmen für eine weitere Kooperation schaffen.¹⁸ Die Diskussion entwickelte sich zu einem „dialogue des sourdes“, einem Dialog von Tauben. Anhand der drei Schlüsselthemen Währungsunion, Osterweiterung und Verfassungsdebatte soll dies im Folgenden beschrieben werden.

III. Die Agenda der Zukunft: Raum für deutsch-französische Initiativen?

1. Die Währungsunion und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Schaffung der Währungsunion hat vor allem in den Jahren 1992 bis 1998 zu großen Verwerfungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt.¹⁹ Die Nachbeben dieser Diskussion um die konkrete Ausgestaltung und die Modalitäten der Währungsunion sind bis heute zu spüren, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen um den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Frankreich hatte von Anfang an das Gefühl, in dieser Frage unter einem „deutschen Diktat“ zu stehen. Die im Maastrichter Vertrag festgelegten Statuten der Europäischen Zentralbank (EZB) entsprachen der Verfassung der Bundesbank, die EZB sollte ihren Sitz in Frankfurt nehmen, der Name „Ecu“ wurde – auf deutschen Wunsch – in „Euro“ umgewandelt. Der auf dem Europäischen Rat in Dublin 1996 beschlossene „Stabilitätspakt“ folgte einem deutschen Plan und, nach französi-

17 Vgl. die Rede von Premierminister Lionel Jospin in Berlin vom 28. Mai 2001; dazu ausführlich: Beate Neuss, Die Krise als Durchbruch. Die EU zwischen Vertragsreform und Verfassungsentwurf, in: *Internationale Politik*, 67 (2002) 1, S. 9–16.

18 Vgl. u. a. den Leitantrag „Verantwortung für Europa“ auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg vom 19. bis 22. November 2001, auszugsweise abgedruckt in: *Internationale Politik*, 66 (2001) 1, S. 102 ff.

19 Vgl. dazu ausführlicher Eric Aeschmann/Pascal Riché, *La Guerre de sept ans. Histoire secrète du franc fort*, Paris 1996; Ulrike Guérot, *Le débat sur l'UEM en Allemagne. Essai d'analyse* (Groupement d'Etudes et de Recherches Notre Europe, Série Problématiques Européennes, Nr. 1), Paris April 1997.

scher Lesart, einer Art deutscher „Zusatzforderung“. Die fiskalischen Konvergenzkriterien bezüglich des Defizits und der Staatsverschuldung sollten auf einmal nicht mehr – wie im Maastrichter Vertrag eigentlich vorgesehen – „dynamisch“ erfüllt werden, sondern „punktgenau“ (3,0 Prozent). Was den Deutschen als Mittel geldpolitischer Stabilität erschien („Der Euro: Stark wie die Mark“), bedeutete für die Franzosen geldpolitische Rigidität, die angesichts der ohnehin angespannten Konjunkturlage nur zusätzliche Arbeitsplätze kostete („Maastricht tue l’emploi“).²⁰

Deutschland tat recht daran, die geldpolitische Stabilität des Euro zu verteidigen und auf einen ausgeglichenen Haushalt der EU-Mitglieder zu drängen. Aber auch das französische Argument, geldpolitische Rigorosität allein führe nicht zu einer volkswirtschaftlichen Gesundung, hatte seine Berechtigung. Umso heftiger war der Schlagabtausch zwischen beiden Ländern. Der Streit konnte nur dadurch beendet werden, dass Deutschland einem „Beschäftigungskapitel“ im Amsterdamer Vertrag und einem „Europäischen Sondergipfel zur Beschäftigung“ im November 1997 in Luxemburg zustimmte.

Die aktuelle Debatte um den Stabilitätspakt zeigt, dass die damaligen französischen Einwände berechtigt waren. Sowohl Deutschland als auch Frankreich werden im Jahr 2003 das Defizitkriterium von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich verfehlen. Angesichts der derzeitigen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion um die Maastricht-Kriterien sind Reformen und Modifikationen des Paktes zu erwarten;²¹ diese könnten den französischen Bedenken Rechnung tragen.²² Die bereits getroffene Entscheidung, künftig auf strukturelle Defizite abzuheben und konjunkturelle Faktoren herauszurechnen, entspricht im Kern dem alten französischen Anliegen, eine bereits schwächelnde Wirtschaft nicht durch exzessive Haushaltskonsolidierung weiter „abzuwürgen“ und Spielräume für die automatischen Stabilisatoren zu lassen.²³ Deutschland und Frankreich haben hier bereits auf eine Anpassung des Vertrages an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Eurozone hingewirkt, und dieser Vorstoß ist zu begrüßen.²⁴ Es bleibt jedoch abzu-

warten, ob daraus eine europäische Initiative für die Neufassung des Paktes entsteht.

2. Die Finanzierung und Gestaltung der EU-Osterweiterung

Bei der Frage der Finanzierbarkeit der Osterweiterung ging es im Kern stets um die klassische deutsch-französische Auseinandersetzung über den EU-Haushalt. Die Interessen von Deutschland als größter Nettozahler und Frankreich als eines der Länder, die finanziell massiv von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) profitieren, könnten gegensätzlicher nicht sein.²⁵ Zuletzt bestimmte dieser Konflikt die Verhandlungen um die Agenda 2000, die mittelfristige Finanzplanung der EU, sowie die nachfolgenden Versuche zur Lösung der Agrarfrage.

Insofern ist es höchst beachtlich, dass die EU-Mitgliedstaaten auf den Gipfeltreffen in Brüssel am 24./25. Oktober 2002 und Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 in dieser Frage eine Übereinkunft erzielt haben – auf der Grundlage einer deutsch-französischen Initiative. Die Staats- und Regierungschefs vereinbarten, die Agrarausgaben (abgesehen von einem 1-prozentigen Inflationsausgleich ab 2007) auf dem Niveau von 2006 einzufrieren;²⁶ lediglich die Hilfen für den Strukturwandel in ländlichen Regionen sind davon ausgenommen. Da die Mittel nach der EU-Erweiterung auch an die neuen Mitgliedsländer fließen, werden sich die Landwirte künftig auf niedrigere Subventionen einstellen müssen. In Kopenhagen wurde der in Brüssel vereinbarte Plafond für die Agrarausgaben auf polnischen Druck zwar geringfügig erhöht, es blieb aber im Wesentlichen bei dem zuvor von Deutschland und Frankreich ausgehandelten Kompromiss.

Ohne Zweifel lässt sich diese Einigung als Erfolg für die EU und das deutsch-französische Tandem werten. Immerhin haben Deutschland und Frankreich die historisch und politisch wichtigste Herausforderung für die Union, die Osterweiterung, nicht an der Agrarfrage scheitern lassen. Am Ende verzeichneten beide Seiten einen Erfolg: Frankreichs Präsident Jacques Chirac konnte seine Bauern ver-

20 Dt.: „Maastricht tötet Arbeitsplätze“. Vgl. zur Fülle der französischen Pressereaktionen ebd.

21 Vgl. Sparpläne bei Ökonomen umstritten, in: FTD vom 1. Oktober 2002, S. 12.

22 Vgl. Prodi: Der Stabilitätspakt ist dumm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 18. Oktober 2002.

23 Vgl. Martin Wolf, The eurozone should plot a faster economic course, in: Financial Times, 20. Oktober 2002

24 Vgl. Schröder und Chirac einig gegen Zentralbank, in: FTD vom 6. Oktober 2002.

25 Vgl. Christian Weise u. a., Die Finanzierung der Osterweiterung der EU, Baden-Baden 2002.

26 Vereinbart wurde eine nominale Steigerung um ein Prozent pro Jahr. Liegt die tatsächliche Inflationsrate über diesem Wert, bedeutet dies eine reale Senkung der Ausgaben. Vgl. FTD vom 28. Oktober 2002. Für die neuen Beitrittsstaaten ist ein so genanntes „phasing-in“ in die GAP vorgesehen: Ihnen werden im Jahre 2004 zunächst 25% der Direktbeihilfen, 2005 dann 30%, 2006 dann 35% etc. ausgezahlt, bis sie im Jahr 2013 das Niveau der Altmitglieder erreichen. Zu den Details vgl. Ulrike Guérot, Annäherung in der Agrarpolitik. Trägt der deutsch-französische Kompromiss?, in: Internationale Politik, 67 (2002) 1, S. 53–57.

trösten, dass bis zur Neufassung des EU-Finanzrahmens im Jahre 2006 alles beim Alten bleibt. Bundeskanzler Schröder erreichte durch die Deckelung der Agrarreformen, dass die deutschen Nettoausgaben im Zuge der Osterweiterung zumindest nicht ins Uferlose steigen – auch wenn er die angestrebte Haushaltsneutralität nicht durchsetzen konnte.²⁷ Und: Die Beitrittskandidaten werden nicht zu Mitgliedstaaten zweiter Klasse degradiert.

Doch Reformpolitik und die Gestaltung der Integration in einer auf 27 Mitglieder angewachsenen EU sehen anders aus. Die positive Resonanz auf den deutsch-französischen Schulterchluss zeigt wohl vor allem, wie gering die Erwartungen inzwischen sind.²⁸ Eine inhaltliche Reform der Agrarpolitik wurde erneut verschoben.²⁹ Damit steht Frankreich und Deutschland in der Zeit von 2003 bis 2006 noch viel Arbeit bevor, und es bieten sich einige Reibungsflächen. Denn letztlich geht es auch um die Frage, ob die EU weiterhin rund die Hälfte ihres Haushaltes für die Landwirtschaft und damit für nur fünf Prozent der europäischen Bevölkerung ausgibt³⁰ oder ob das Geld stattdessen nicht in Zukunftsprojekte – wie den Ausbau der europäischen Verteidigungspolitik, den gemeinsamen Grenzschutz oder die Hochtechnologie – investiert werden sollte. Frankreich und Deutschland tragen hier eine große Verantwortung. Trotz ihres Krisenmanagements im Vorfeld der EU-Osterweiterung steht eine entsprechende langfristige konzeptionelle Planung noch aus.

3. Die künftige Verfassung Europas ist mehr als ein Vertragstext

Fast alle Fragen der institutionellen Gestaltung Europas, die im vergangenen Jahrzehnt zu Kontroversen zwischen Deutschland und Frankreich geführt haben, liegen in den unterschiedlichen Verfassungstraditionen begründet: Auf der einen Seite steht das semi-präsidentiell regierte und zentralistisch organisierte Frankreich, auf der anderen Seite das parlamentarisch regierte und föderal organisierte Deutschland. Nur vordergründig streiten sich beide Länder um Begriffe – Föderation oder Subsidiarität. De facto geht es um Demokra-

27 Vgl. Berlin und Paris feiern sich als Sieger im Finanzpoker, in: FTD vom 28. Oktober 2002.

28 Vgl. die Aussage des polnischen Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz: „Wichtiger als der Inhalt des Kompromisses ist, dass überhaupt eine Entscheidung gelungen ist.“ Zitiert nach: Handelsblatt vom 28. Oktober 2002, S. 7.

29 Vgl. Christian Weise, Deutsche Debatte um den EU-Haushalt. Senkung des Nettobeitrags kein Reformersatz, Wochenbericht des DIW 40/1997, S. 730–737.

30 Derzeit beträgt der EU-Haushalt etwa 100 Milliarden Euro, davon fließen ca. 48 Milliarden in die Gemeinsame Agrarpolitik.

tikonzepte und die Frage, wie die europäischen Institutionen sui generis zu gestalten sind.

Lange Zeit hatte Deutschland auch im EU-Rahmen föderale Strukturen befürwortet: die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen, eine starke Kontrolle der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament (EP) und die zumindest tendenzielle Entwicklung der Kommission zu einer europäischen Regierung bei gleichzeitiger Respektierung des Subsidiaritätsprinzips. Dagegen bevorzugte Frankreich einen intergouvernementalen Ansatz und wollte den Europäischen Rat als Exekutive fördern.³¹

Zwar vertritt die Bundesregierung offiziell nach wie vor die Position, dass der Präsident der Kommission durch das Europäische Parlament gewählt werden soll. Aber Frankreich zeigte wenig Offenheit für das, was die Deutschen „Demokratisierung durch Politisierung“ nennen. Das deutsche Modell würde die Kommission und das Europäische Parlament dadurch aufwerten, dass die Bürger bei Europawahlen ihre „europäische Regierung“ wählen könnten. Doch Frankreich hat damit gleich zwei Probleme, ein prinzipielles und ein praktisches. Zum einen fehlt ihm ein starkes Parlament. Zum anderen werden durch die Beschlüsse von Nizza künftig weniger französische als deutsche Abgeordnete im EP sitzen; schon deshalb lehnt Frankreich einen Machtzuwachs für das Gremium ab.

Die Diskussion verläuft jedoch längst nicht mehr entlang nationaler Grenzen. Der im Februar 2002 eingesetzte Verfassungskonvent unter der Leitung des früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing muss einer Vielzahl von Akteuren gerecht werden; diese gruppieren sich zunehmend entlang der Trennungslinie „föderal“ versus „intergouvernemental“. Zudem hat der deutsch-französische Disput über den Begriff der „Föderation“³² in den vergangenen Jahren nur dazu geführt, dass die Debatte um die institutionelle Zukunft Europas zunehmend von Großbritannien besetzt wurde. Zwar gab es mit der Erklärung von Laeken, in der Deutschland und Frankreich im Dezember 2001 die Einberufung eines Europäischen Verfassungskonvents forderten, eine gemeinsame Initiative – diesmal sogar von beiden Parlamenten getragen.³³ Aber Berlin und Paris

31 Vgl. den Verfassungsentwurf von Alain Juppé und Jacques Toubon, zu finden im Policy-Forum „Europäische Verfassung“ unter www.weltpolitik.net.

32 Vgl. Ulrike Guérot, Eine Verfassung für Europa? Neue Regeln für den alten Kontinent, in: Internationale Politik, 67 (2002) 1, S. 28–37.

33 Vgl. die Gemeinsame Erklärung bei den 78. Deutsch-Französischen Konsultationen über die großen europapolitischen Prioritäten vom 23. November 2001 in Nantes, abgedruckt in: Internationale Politik, 67 (2002) 1, S. 101.

konnten sich mit ihrem Anliegen nicht durchsetzen. Nach einem entsprechenden britisch-spanischen Vorschlag vom Februar 2002 dreht sich die Diskussion inzwischen um die Frage, ob ein Präsident des Europäischen Rates die EU nach außen vertreten soll. Frankreich hat sich dem Vorschlag bereits angeschlossen. Und auch der am 28. Oktober 2002 präsentierte Entwurf des Konventpräsidiums unter Federführung von Giscard d'Estaing hat diesen aufgegriffen.³⁴ Problematisch ist jedoch, dass dieses Konzept maßgeblich die intergouvernementale Komponente der EU-Institutionen stärken würde. Dafür spricht auch, dass der von Giscard d'Estaing vorgesehene „Kongress der Europäischen Völker“ aus nationalen Abgeordneten zusammengesetzt sein soll.

Deutschland nimmt hier eine zögerliche und uneinheitliche Position ein. Während Bundeskanzler Schröder sich bereits positiv zu diesem Vorschlag geäußert hat,³⁵ scheint Außenminister Joschka Fischer noch immer föderalen Konzepten anzuhängen, wie er sie in seiner Rede an der Humboldt-Universität in Berlin skizziert hat. Es wird sich zeigen, inwieweit Fischer den Konvent beeinflussen und sich gegenüber Schröder durchsetzen kann. Nachdem sich Frankreich – von wenigen Ausnahmen abgesehen³⁶ – scheinbar endgültig von föderalen Konzepten verabschiedet hat, führt Deutschland eine Art Rückzugsgefecht. Der deutsche Ansatz zielt nun auf eine Stärkung des Europäischen Rates, aber unter Beibehaltung des Machtgleichgewichts der EU-Institutionen – d. h. ohne Schwächung der Kommission und des Europäischen Parlaments. In diesem Sinne setzt Deutschland mit seinen jüngsten Vorschlägen auf eine Doppelspitze – einen Präsidenten des Europäischen Rates und einen gewählten Kommissionspräsidenten.³⁷

Das deutsche Problem ist, dass es wenig überzeugende Vorschläge für eine Stärkung von Kommis-

sion und Parlament gibt. Denn eine „Politisierung“ der Kommission könnte mittelfristig auch ihre Schwächung bedeuten. Wichtige Bereiche der heutigen Kommissionsarbeit, z. B. das Wettbewerbsrecht, müssten in unabhängige europäische Agenturen überführt werden. Eine politische Kommission könnte ihrer Rolle als „Hüterin der Verträge“ nicht mehr nachkommen. Am problematischsten aber ist, dass Deutschland für ebendiese Pläne der strategische Verbündete Frankreich fehlt. Es ist zum derzeitigen Zeitpunkt zweifelhaft, ob sich beide Länder in der zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages geplanten Gemeinsamen Erklärung zur Europäischen Verfassung aufeinander zu bewegen werden. Zwar hat der französische Außenminister Dominique de Villepin vor kurzem deutliche Zugeständnisse hinsichtlich der Stärkung von Europäischem Parlament und Kommission gemacht.³⁸ Was die Frage der zukünftigen europäischen Exekutive – die Kernfrage der Verfassungsdiskussion – anbelangt, so sind die Divergenzen zwischen Deutschland und Frankreich aber noch nicht ausgeräumt.

IV. Fazit: Vom „Muddling through“ zum „Agenda Setting“?

Nach einer langen Phase der schleichenden Entfremdung haben sich die deutsch-französischen Beziehungen in den vergangenen Wochen wieder verbessert. Deutschland und Frankreich versuchen zumindest, ihr europapolitisches Engagement in allen Politikbereichen aufeinander abzustimmen. Das ist begrüßenswert. Denn noch immer ist ihr Schulterschluss eine notwendige Bedingung für Fortschritte in Europa – auch angesichts der Tatsache, dass beide Länder eine große Blockademacht besitzen.

Nun müssen der Rhetorik konkrete Schritte folgen. Den EU-Haushalt gilt es grundlegend zu modernisieren und für Zukunftsaufgaben zu rüsten. Frankreich und Deutschland haben es in der Hand, diese Reform vorzubereiten. Voraussetzung ist jedoch die Bereitschaft, die Besitzstände in der überkommenen Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik anzutasten. In der Justiz- und Innenpolitik wäre es ein wirklicher Fortschritt, wenn der

tisch verantwortlich, Mehrheitsentscheidungen würden ausgedehnt und das Europäische Parlament erhalte volle Rechte. Vgl. die Rede von Premierminister Tony Blair in der Old Library Cardiff „The Future of Europe. Strong, Effective, Democratic“, gehalten am 28. November 2002.

38 Vgl. die Rede des französischen Außenministers Dominique de Villepin zu Europa, gehalten in Marseille am 2. Dezember 2002 (www.botschaft-frankreich.de).

34 Vgl. European Convention, Dokument CONV 369/02, Brüssel, 28. Oktober 2002.

35 Vgl. Schröder backs EU presidency, in: Financial Times vom 11. Oktober 2002.

36 Vgl. Robert Badinter, Convention sur l'avenir de l'Europe. Entretien avec Robert Badinter, in: LM vom 27. September 2002.

37 Vgl. Hans-Gert Pöttering, Wie die EU geführt werden soll, in: FAZ vom 19. Oktober 2002. Dagegen befürworten britische Vertreter einen einzigen Präsidenten des Rates, der zugleich der Kommission vorsteht. Allerdings hat Tony Blair jüngst in einer beachtlichen Rede klargestellt, dass die EU eine starke Kommission braucht; er sprach in diesem Zusammenhang von einer möglichen „partnership“ zwischen Kommission und Rat. Dies baut zumindest eine Brücke zu den Initiativen der EU-Kommission für den Verfassungskonvent, die stark föderale Tendenzen haben: Demnach würde der Kommissionspräsident vom Parlament gewählt, die Kommission wäre sowohl dem Parlament als auch dem Rat poli-

so genannte „Dritte Pfeiler“ in die integrierten EU-Strukturen überführt würde.³⁹ Als größte Volkswirtschaften in Europa tragen beide Länder zudem Verantwortung dafür, dass die Eurozone durch beherzte und koordinierte Reformschritte insbesondere im Bereich der Renten- und Steuerpolitik auf Wachstumskurs gebracht wird.

Hauptaufgabe ist indes die Konzeption eines effizienten, transparenten und demokratischen politi-

³⁹ *Anmerkung der Redaktion:* Im Maastrichter Vertrag werden die verschiedenen Politikbereiche drei Subsystemen – den drei Säulen oder Pfeilern – mit unterschiedlichen Graden an Verfasstheit und demokratischer Kontrolle zugewiesen. Nur die erste und älteste Säule – die EG – ist supranational verfasst. Die zweite und dritte Säule – also die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Kooperation in der Innen- und Justizpolitik – dienen lediglich einer intergouvernementalen Zusammenarbeit unter dem Dach der EU.

schen Systems auf europäischer Ebene. In der nunmehr erweiterten Union ist die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips eine Kernforderung, um die Handlungsfähigkeit auch in Zukunft sicherzustellen. Zudem müssen Frankreich und Deutschland eine geopolitische Vision für Europa entwickeln. Dazu gehören die künftigen Grenzen der Union ebenso wie die Ausgestaltung einer nachhaltigen Nachbarschaftspolitik, etwa gegenüber den EU-Anrainerstaaten im südlichen Mittelmeerraum. Die Gestaltung einer Politischen Union, die als globaler Akteur Stimme und Macht hat, ist die Zukunftsaufgabe, die beide Partner angehen müssen. Das Nachdenken über die „Weltmacht Europa“ und ihre politische Verfasstheit hat gerade erst begonnen. Frankreich und Deutschland werden die Skizze einer EU des Jahres 2010 nicht alleine anfertigen können. Aber ein gemeinsamer Entwurf hätte nach wie vor Gewicht.

Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Offene Fragen und verdeckte Widersprüche

I. Einleitung

Helmut Schmidt bezeichnete die Europäische Gemeinschaft einst als wirtschaftlichen Riesen, aber politischen Zwerg. Um aus diesem einen weltpolitisch handlungsfähigen Akteur zu machen, verständigten sich der damalige Bundeskanzler und der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing Anfang der achtziger Jahre darauf, die bilaterale Zusammenarbeit auf den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszuweiten. Diese Kooperation sollte in einen Vertrag über eine deutsch-französische Militärallianz münden.¹

Der Plan, der an der Wahlniederlage Giscard im Mai 1981 scheiterte, stand ebenso wie die darauf folgenden Initiativen zur Wiederbelebung der Sicherheits- und Verteidigungskooperation ganz in der Tradition des Elysée-Vertrages von 1963. All diese Initiativen stießen jedoch dort an ihre Grenzen, wo sie mit der Logik des internationalen Systems kollidierten. So hatte Charles de Gaulle bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erfolglos versucht, seine europäische Konzeption durchzusetzen – ein Entwurf, der Westeuropa einen größeren Handlungsspielraum in der Weltpolitik eröffnen sollte und mit der Vision eines Europas der Vaterländer vom Atlantik bis zum Ural langfristig auf die Überwindung der europäischen und damit auch der deutschen Teilung zielte.

De Gaulles Konzept – dem sich auch seine Nachfolger zumindest bis zu einem gewissen Grad verpflichtet fühlten – scheiterte, weil es der bipolaren Struktur des Ost-West-Konflikts entgegenstand. In diesem Konflikt war Frankreich zugleich Konflikt-

partei und Teil der Konfliktstruktur, die seinen sicherheits- und verteidigungspolitischen Spielraum bedingte und begrenzte. Daran änderte auch die unabhängige Nuklearstreitmacht nichts, die doch mit dem erklärten Ziel aufgebaut worden war, diese Struktur zu überwinden.²

Für Deutschland stellte die französische Konzeption unter den bestehenden internationalen Bedingungen nie eine Alternative dar. Aufgrund der prekären weltpolitischen (Grenz-)Lage der Bundesrepublik war die Einbindung in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft stets das unumstrittene Ziel deutscher Politik. Dies bedeutete allerdings auch, dass für sie die Option der Nichtteilnahme an der gemeinsamen Verteidigung im NATO-Rahmen theoretisch wie praktisch ausgeschlossen blieb.

Mit dem weltpolitischen Umbruch zu Beginn der neunziger Jahre haben sich für Deutschland und Frankreich jedoch neue Handlungsspielräume eröffnet. Sie nutzten diese kontinuierlich für gemeinsame Initiativen zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Eigenständigkeit Europas.³ Den vorläufigen Höhepunkt bilden die „Gemeinsamen Vorschläge zum Bereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, die Außenminister Joschka Fischer und sein französischer Amtskollege Dominique de Villepin den Mitgliedern des Europäischen Konvents am 22. November 2002 unterbreitet haben. Demnach soll der Vertrag über die Europäische Union (EU) „auch die Fortentwicklung der ESVP zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion umfassen, die auch zur Stärkung des europäischen

1 Vgl. Michael Meimeth, Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing (Aktuelle Materialien zur internationalen Politik, Bd. 24), Baden-Baden 1990, S. 58 ff.

2 Vgl. ders., Frankreichs Sicherheitspolitik unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts. Interessen und Handlungsspielräume, in: Hanns W. Maull/ders./Christoph Neßhöver (Hrsg.), Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1997, S. 37–53.

3 Vgl. Peter Schmidt, The special Franco-German security relationship in the 1990s (Chaillot Papers, Nr. 8), Paris June 1993.

Pfeilers in der Allianz beitragen soll“⁴. Dabei griffen Fischer und de Villepin auf den bewährten Mechanismus zurück, der es einer Gruppe von Mitgliedstaaten erlaubt, „eine verstärkte Zusammenarbeit zu entwickeln und gleichzeitig einen Bezug zu den bestehenden Institutionen und Politiken der EU herzustellen“⁵.

Ob mit diesem neuerlichen deutsch-französischen Vorstoß ein unumkehrbarer Prozess in Richtung auf eine dauerhafte europäische Zusammenarbeit eingeleitet worden ist, sei allerdings dahingestellt. Die Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 lässt jedenfalls Zweifel daran aufkommen: Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus wird nationalstaatlich geführt – ohne Beteiligung der die Nationen überwölbenden Institutionen. Dies gilt für die NATO, die zwar bereits zwei Tage nach den Anschlägen den Bündnisfall ausrief, aber seither nur eine Nebenrolle spielt. Dies gilt ebenso und vor allem für die Europäische Union. Nicht die EU, sondern ihre Mitgliedstaaten beteiligen sich an der UN-Friedenstruppe für Afghanistan. Die viel gepriesenen EU-Krisenstreitkräfte sind noch nicht vorhanden. Ob sie jemals zum Einsatz gelangen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Mit dem 11. September, der geradezu eine Renaissance des Nationalstaates zur Folge hatte, rückt ein Sachverhalt in den Blickpunkt, der in der Diskussion um die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bisher nur wenig Beachtung gefunden hatte: Zwischen Deutschland und Frankreich besteht zwar mittlerweile Konsens über die Natur der sicherheitspolitischen Gefährdungen, denen Europa heute ausgesetzt ist.⁶ Ungeklärt ist aber, welche Konsequenzen beide Länder daraus auf konzeptioneller und operativer Ebene ziehen. Dies betrifft zum einen die noch weitgehend ungeklärte transatlantische Dimension einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zum anderen stellt sich die Frage, welchen materiellen Beitrag Deutschland und Frankreich zu leisten bereit bzw. in der Lage sind.

Deutschland und Frankreich diskutieren gegenwärtig nur über die Instrumente und Institutionen, nicht aber über die Ziele einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Soll Europa künftig auf internationaler Ebene als Zivilmacht

4 „Gemeinsame deutsch-französische Vorschläge für den Europäischen Konvent zum Bereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, CONV 422/02, CONTRIBUT 150, Brüssel, 22.11.2002. ESVP = Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

5 Ebd.

6 Vgl. Christoph Bertram u. a., *Starting Over. For a Franco-German Initiative in European Defence* (SWP-Studie), Berlin November 2002.

agieren, weil es aufgrund seiner spezifischen Gegebenheiten nicht zur traditionellen Großmacht taugt?⁷ Oder gehört zu der von den europäischen Staats- und Regierungschefs angestrebten weltpolitischen Handlungsfähigkeit der EU auch eine ausreichende machtpolitisch-militärische Fundierung? Letztlich geht es also um den Stellenwert, den Deutschland und Frankreich militärischer Sicherheit und militärischer Macht bei der Bewältigung der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen einräumen.

II. Die Europäische Union zwischen strategischer Eigenständigkeit und transatlantischer Einbindung

Weitgehend ungeklärt ist in beiden Ländern bislang die Frage, wie sich eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die transatlantischen Strukturen einordnen lässt. So wiederholen französische Vertreter zwar stets gebetsmühlenartig, dass die NATO und damit das amerikanische Engagement für die Sicherheit Europas auch in Zukunft unverzichtbar bleibt.⁸ Zugleich stellt Paris die amerikanische Präsenz in Europa aber seit Beginn der neunziger Jahre immer wieder unter den Vorbehalt, dass diese die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in keinem Falle gefährden dürfe.

1. Frankreich: Strategische Autonomie Europas

Von der NATO weitgehend unabhängige Strukturen sind aus französischer Sicht notwendig geworden, weil die Sicherheitsinteressen der USA und Europas mit dem Wegfall der gemeinsamen Bedrohung nicht mehr überall und zu jedem Zeitpunkt identisch sein müssen. Deshalb solle Europa allmählich in die Lage versetzt werden, seine sicherheitspolitischen Interessen eigenständig, notfalls auch ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu verfolgen.⁹ Entscheidend bleibt in diesem Zusammenhang die französische Annahme, dass die USA ihr militärisches Engagement auf

7 Vgl. Hanns W. Maull, *Europa als Weltmacht? Perspektiven für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*, in: Thomas Jäger/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), *Europa 2000. Szenarien einer politischen Entwicklung*, Opladen 1997, S. 81–95.

8 Vgl. hierzu mit weiteren Belegen Michael Meimeth, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO – Alter Wein in neuen Schläuchen?*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1998*, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut u. a., Opladen 1998, S. 171–190.

9 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 18.6.1999.

dem alten Kontinent über kurz oder lang drastisch reduzieren, wenn nicht gar vollständig aufgeben werden. Der Aufbau einer weitgehenden strategischen Autonomie der EU ist aus Pariser Sicht der einzig mögliche Weg, um das amerikanische Disengagement aufzufangen und zugleich eine Risikovorsorge gegen militärische Eventualfälle zu schaffen. Nicht in dem entschlossenen Eingreifen zur Beendigung des Bosnien-Krieges sah Frankreich die langfristig bestimmende Haltung Washingtons gegenüber den europäischen Sicherheitsproblemen, sondern vielmehr in der schwankenden, zögerlichen US-Politik der Vorjahre.¹⁰ Während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes erhielten die französischen Befürchtungen neue Nahrung, als George W. Bush die europäischen Verbündeten aufforderte, Bodentruppen für Friedensmissionen auf dem Balkan bereitzustellen und die USA dadurch zu entlasten.¹¹

Das Ziel einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde und wird in Paris jedoch zuerst und vor allem mit der Logik des europäischen Integrationsprozesses begründet. Die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion müsse notgedrungen ein Torso bleiben, wenn sie nicht auf lange Sicht um eine Politische Union – mit weit reichenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen – ergänzt werde. So betonte Staatspräsident Jacques Chirac in einer Rede vor dem Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale (IHEDN) im Mai 2000, dass Europa als Wertegemeinschaft und Weltmacht nur dann wahrgenommen werden könne, wenn es seine Werte und Interessen notfalls auch militärisch verteidige.¹² Dahinter steht die französische Vision einer multipolaren Welt, „in der Europa den ihm zustehenden Platz einnehmen wird, welcher nicht anders als herausragend sein kann“¹³. Diese Konzeption ist bewusst als Kontrapunkt zur unipolaren Weltordnung mit den USA als „hyperpuissance“ (Hubert Védrine) gedacht.

Die Herausbildung eines europäischen Machtpols heißt für Frankreich jedoch keineswegs Verzicht auf jegliches US-Engagement in Europa, sondern lediglich Herstellung von Symmetrie – einer Struktur also, in der für eine amerikanische Führungsposition kein Platz mehr ist und keiner der beiden

Partner ohne Zustimmung des anderen auf die wichtigsten Fragen der internationalen Politik Einfluss nehmen soll.

Wie stark die Tendenz zu einem einseitigen Vorgehen in der US-Politik mittlerweile ausgeprägt ist, hat Frankreich im Verlauf des „Krieges gegen den Terror“ schmerzlich erfahren müssen. So beklagten sich die militärischen Planer in Paris nicht nur über die mangelnde Abstimmung bei der Zielplanung der gemeinsamen Operation in Afghanistan.¹⁴ Sie kritisierten auch, dass die USA den französischen Militärbeitrag auf eine rein humanitäre Unterstützung reduzieren wollten.¹⁵ Viel schwerer wog für Paris indes ein anderer Punkt: Der Verzicht auf wirkliche Konsultation führte aus französischer Perspektive bislang dazu, dass sich die USA im Kampf gegen den Terrorismus einseitig und ausschließlich auf militärische Mittel stützten. Dies veranlasste den damaligen Außenminister Hubert Védrine dazu, der amerikanischen Politik – auch mit Blick auf die von Präsident Bush beschworene „Achse des Bösen“ – eine vereinfachende Sicht vorzuwerfen.¹⁶

Für die französische Politik der frühen neunziger Jahre war zunächst das Streben handlungsbestimmend gewesen, die Rolle der NATO und damit das europäische Engagement der Vereinigten Staaten drastisch einzuschränken. So hatte sich Paris energisch jeder Funktionsausweitung des Bündnisses widersetzt und entsprechende Entwicklungen zu konterkarieren versucht, indem es die Westeuropäische Union (WEU) systematisch als Konkurrenzinstitution förderte.¹⁷ Mitte der neunziger Jahre nahm Frankreich jedoch eine proatlantische Kurskorrektur vor. Diese erfolgte vor dem Hintergrund einer flexibleren Haltung der Clinton-Administration hinsichtlich einer größeren sicherheitspolitischen Eigenständigkeit der Europäer und der Lehren aus der Bosnien-Krise. Die Verantwortlichen in Paris mussten eingestehen, dass Europa dieser Herausforderung weder politisch noch militärisch gewachsen war. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Staatspräsident Chirac Washington dazu gedrängt hatte, die Initiative zur Beilegung des Konfliktes zu ergreifen. Zudem musste Frankreich einsehen, dass es unter den Bedingungen einer fortschreitenden Risikodiffusion auch auf europä-

10 Vgl. Frédéric Bozo, *La France et l'Alliance. Les limites du rapprochement*, in: *Politique Etrangère*, 60 (1995) 4, S. 865–877.

11 Vgl. *Le Monde (LM)* vom 25.10.2000.

12 Vgl. *FAZ* vom 31. 5. 2000.

13 Staatspräsident Jacques Chirac in seiner Ansprache vor der Versammlung der Atlantischen Gesellschaft am 19. Oktober 1999 in Straßburg, zitiert nach: *Internationale Politik*, 65 (2000) 3, S. 90.

14 Vgl. Jacques Isnard, *Les Français ont été amenés à refuser des missions fixées par les Américains*, in: *LM* vom 11. 3. 2002.

15 Vgl. Judy Dempsey, *Europeans chafe at picking up the pieces after US*, in: *Financial Times* vom 21. 2. 2002.

16 Vgl. David Ignatius, *France's constructive critic*, in: *Washington Post* vom 22. 2. 2002.

17 Vgl. Peter Schmidt, *Frankreichs Ambitionen in der Sicherheitspolitik*, in: *Außenpolitik*, 44 (1993) 4, S. 335–343.

ischer Ebene immer schwieriger sein würde, gemeinsame Sicherheitsinteressen zu definieren und eine kohärente Politik zu betreiben. Die deutsch-französischen Differenzen zu Beginn des Krieges im ehemaligen Jugoslawien belegen dies. Obwohl die Streitigkeiten sehr bald beigelegt wurden, blieben weite Teile der französischen „classe politique“ von der Furcht beherrscht, dass Deutschland durch seine selbst verschuldete sicherheitspolitische Blockade letztlich „europaunfähig“ werden könnte.

Diese latente Sorge hat inzwischen neue Nahrung erhalten: Weil Frankreich anders als Deutschland eine Beteiligung an einem möglichen Waffengang gegen den Irak nie ausgeschlossen hat, sorgte das kategorische „Nein“ der Bundesregierung in Paris für erhebliche Irritationen. So kritisierte der neu gewählte Vorsitzende der bürgerlichen *Union pour un Mouvement Populaire (UMP)*, Alain Juppé, Ende September 2002 in einer Rede vor der CDU/CSU-Fraktion, „dass das von Gerhard Schröder verteidigte Disengagement Europa und die Suche nach einer gemeinsamen Haltung auf der internationalen Bühne schwächt“¹⁸. Und ganz im Stile traditioneller Neutralismus-Perzeptionen fragte der stellvertretende Direktor des renommierten Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Dominique Moïsi, ob in der deutschen Haltung nicht ein Nationalismus zum Ausdruck komme, der nicht mit sich im Reinen sei und daher zu Entgleisungen neige.¹⁹

Angesichts derartiger „incertitudes allemandes“ hatte Frankreich – aus der Not eine Tugend machend – seit Mitte der neunziger Jahre immer wieder nach Optionen gesucht, um die deutsch-französische Verteidigungskooperation in ihrer Bedeutung für die europäische Entwicklung zu relativieren. Zeitweilig rückte Großbritannien in den Blickpunkt.²⁰ So ging der eigentliche Anstoß zu einer substantiellen Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von einer britisch-französischen Initiative im Dezember 1998 aus. Deutschland war am so genannten „St. Malo-Prozess“ zunächst nicht beteiligt. Dies bestätigte aus Pariser Sicht „den Niedergang der besonderen deutsch-französischen Beziehung auf dem Gebiet der Verteidigung“²¹. Obwohl Deutschland den ursprünglich bilateralen Prozess in der Folgezeit mit großem Geschick zu

europäisieren verstand, was erst die Voraussetzung für die weit reichenden Beschlüsse der EU-Gipfeltreffen in Köln (Juni 1999) und Helsinki (Dezember 1999) schuf,²² sind die Konturen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus französischer Sicht nach wie vor mehr oder minder unscharf. Deshalb bleibt es Frankreichs vorrangiges Ziel, sich gegenüber den Vereinigten Staaten als wertvoller und vor allem verlässlicher Partner zu profilieren.²³

Die französische Haltung in der jüngsten Irak-Krise belegt dies: Einseitige Initiativen, gestützt auf die traditionell guten Beziehungen Frankreichs zum arabischen Raum, hätten angesichts der unzureichenden machtpolitischen Fundierung nur wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. Die Alternative, nämlich eine Europäisierung der französischen Politik, ist angesichts der bestehenden Kakophonie der EU-Mitglieder in Bezug auf den Nahen und Mittleren Osten ebenfalls wenig realistisch. Aus dieser Perspektive kann es nicht überraschen, dass die jüngste Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrates in Paris nicht nur mit großer Genugtuung aufgenommen, sondern von politischen Beobachtern auch als ein „französisch-amerikanischer Sieg“ gefeiert worden ist.²⁴

Der offenkundige proatlantische Kurswechsel Mitte der neunziger Jahre und die Zusammenarbeit mit Washington in der Irak-Frage bedeuten freilich nicht, dass Frankreich endgültig dem Ziel abgeschworen hätte, die Rolle der NATO und den Einfluss der USA in Europa zu relativieren. Nach wie vor steht der Aufbau einer weitgehenden strategischen Autonomie Europas unter Einschluss Deutschlands auf der sicherheitspolitischen Agenda Frankreichs. Dies haben alle Regierungen – seien sie bürgerlicher oder sozialistischer Couleur – in öffentlichen Erklärungen und schriftlichen Beiträgen immer wieder klar und deutlich dokumentiert.

Das Festhalten an eigenständigen europäischen Strukturen zeigt sich aber auch und vor allem an der seit Frühjahr 1997 stagnierenden Wiederannäherung Frankreichs an die Allianz und an der Ablehnung des von den USA favorisierten Konzepts der Combined Joint Task Forces (CJTF), das auf die Stärkung der militärischen Handlungsfähigkeit der europäischen Bündnispartner zielt. Damit sollen „trennbare, aber nicht getrennte

18 Zitiert nach Jean-Paul Picaper, Franzosen befürchten den deutschen Kurs in die Neutralität, in: Die Welt vom 21. 9. 2002.

19 Vgl. Frankfurter Rundschau (FR) vom 27. 9. 2002.

20 Vgl. M. Meimeth (Anm. 8), S. 171–190, hier S. 187 ff.

21 François Heisbourg, Trittbrettfahrer? Keine europäische Verteidigung ohne Deutschland, in: Internationale Politik, 65 (2000) 4, S. 35–42, hier S. 36.

22 Vgl. Franz-Josef Meiers, Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)? (ZEI Discussion Paper C 79), Bonn 2000, S. 2ff.

23 Vgl. Dominique Moïsi, Irak-Etats-Unis. Le jeu complexe de la France, in: Les Echos vom 23. 9. 2002.

24 Vgl. LM vom 12. 11. 2002.

militärische Fähigkeiten entstehen“, die es der Europäischen Union erlauben, überall dort militärisch einzugreifen, wo die Vereinigten Staaten nicht handeln wollen oder können. Weil Frankreich bei einer konsequenten Realisierung des CJTF-Konzepts eine weitgehende Degradierung der EU zum Subunternehmer der NATO befürchtet, besteht es bis zum heutigen Tag hartnäckig auf einer echten europäischen Entscheidungsautonomie in allen Krisenfällen jenseits der kollektiven Verteidigung.

Daran ändert auch die Zustimmung zu der auf dem NATO-Gipfel Ende November 2002 in Prag beschlossenen Schnellen Eingreiftruppe nur wenig. Staatspräsident Chirac hat bei dem Treffen unmissverständlich klargestellt, dass „diese Truppe nach den Modalitäten entwickelt werden [muss, d. Verf.], die mit den Verpflichtungen, die einige von uns im Rahmen der Europäischen Union eingegangen sind, vereinbar sind. Die Bestandteile der Truppe sollten der EU oder der NATO ohne Ersteinsatzrecht zur Verfügung gestellt werden können. . . . Wir haben auch klargemacht, dass wir uns an dieser Truppe beteiligen werden, wenn sie nach den Modalitäten entwickelt wird, die mit den Engagements der EU von Helsinki übereinstimmen, und wenn sie den Status unserer Kräfte gegenüber der integrierten Verteidigungsstruktur einhält“²⁵.

In letzter Konsequenz läuft Frankreichs Forderung nach einer deutlich sichtbaren europäischen Eigenständigkeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik also auf eine Duplizierung von NATO- und EU-Strukturen und damit auf eine erhebliche Relativierung des Bündnisses und des amerikanischen Engagements in allen europäischen Sicherheitsangelegenheiten hinaus. Bislang konnte sich Frankreich mit dieser Position gegenüber dem deutschen Partner jedoch nicht durchsetzen.

2. Deutschland: Europäische Strukturen als Ergänzung zur NATO

Anders als Paris verbindet Berlin mit den Initiativen zur Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunächst nur die mittelfristige Zielsetzung, europäische Handlungsfähigkeit zu ermöglichen, wenn dieses im transatlantischen Kontext nicht bzw. noch nicht möglich ist oder geboten erscheint. Aus dieser Perspektive wird die Stärkung der europäischen Eigenständigkeit nicht als Alternative, sondern als Ergänzung

25 Ansprache von Staatspräsident Jacques Chirac beim Treffen der Staats- und Regierungschefs des NATO-Rates in Prag am 21. November 2002, zitiert nach: Frankreich-Info vom 25. 11. 2002.

zur NATO und zum amerikanischen Engagement in Europa verstanden.²⁶ Andernfalls würden auch die transatlantischen Beziehungen über kurz oder lang zerbrechen, so die zentrale Begründung – weil „Amerika entlastet werden will und erwartet, dass Europa einen angemessenen Part in der transatlantischen Sicherheitspolitik übernimmt“²⁷. Selbst wenn also die Europäische Union bis 2003 militärisch handlungsfähig sein sollte, ist aus deutscher Sicht kein Krisenszenario vorstellbar, bei dem die EU wirklich autonom, d. h. ohne Unterstützung der NATO und der USA, handeln könnte.²⁸

Gleichwohl war auch die deutsche Sicherheitspolitik hinsichtlich einer strategischen Autonomie Europas in der Vergangenheit nicht frei von Widersprüchen: So hatte die unionsgeführte Bundesregierung mit der Unterschrift unter die Petersberger Erklärung vom 16. Juni 1992 die oben beschriebenen, eher begrenzten sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielsetzungen relativiert. Denn bei dem Petersberger Treffen wurde nicht zuletzt auf Drängen Frankreichs eine regionale Entgrenzung der militärischen Aktivitäten der WEU durchgesetzt und diese – zumindest auf deklaratorischer Ebene – der NATO im Hinblick auf die kollektive Verteidigung gleichgestellt.

Unter dem Eindruck des Kosovo-Krieges hat auch Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Rede vor der Nationalversammlung in Paris am 30. November 1999 das französische Konzept „Europe-puissance“ für den Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausdrücklich begrüßt.²⁹

Ob dieses klare Bekenntnis für die deutsche Sicherheitspolitik „realpolitisch bestimmend werden kann“³⁰, ist zur Zeit noch offen. Denn bislang hat Deutschland alles vermieden, was es dem Verdacht aussetzen könnte, die Vereinigten Staaten aus Europa verdrängen zu wollen. Dass die Bundesrepublik ihren Kandidaten für den Chefposten des EU-Militärstabs durchgesetzt hat, zeugt von dem Bemühen, Spannungen zwischen EU und NATO zu vermeiden und die operative Planung zwischen beiden Organisationen auf das Engste zu vernetzen.³¹ Deshalb hat sich Deutschland auch ablehnend gegenüber dem jüngsten französischen

26 So der frühere Verteidigungsminister Rudolf Scharping, zitiert nach: Die Welt vom 18. 11. 2000.

27 Volker Rühle, zitiert nach: Süddeutsche Zeitung vom 5. 3. 1997.

28 Lothar Rühl, Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution (ZEI Discussion Paper, C 83), Bonn 2001, S. 30 ff.

29 Vgl. FAZ vom 1. 12. 1999.

30 So Werner Link, Für eine europäische Sicherheitspolitik, in: Merkur, 54 (2000) 9/10, S. 916–928, hier S. 927.

31 Vgl. FAZ vom 20. 11. 2000.

Vorschlag verhalten, der EU im Januar 2003 die Führung der bislang unter NATO-Kontrolle stehenden (und inzwischen in „Allied Harmony“ umbenannten) Operation „Amber Fox“ in Mazedonien zu übertragen. Die Bundesregierung neigt vielmehr der von den USA und Großbritannien vertretenen Position zu; diese wollen in jedem Fall verhindern, dass die EU über einen fest vereinbarten Rahmen hinaus und auf der Grundlage von Ad-hoc-Entscheidungen Zugriff auf die Planungskapazitäten sowie andere Mittel und Fähigkeiten des Bündnisses erhält.³² Damit hat sich die Bundesregierung jedoch in offenen Gegensatz zu Paris gestellt, das nach wie vor eine EU-Streitkräfteplanung anstrebt, die nicht mit der NATO-Planung verbunden ist.³³ Nicht ganz zu Unrecht setzt sich Deutschland so dem Vorwurf aus, mit seiner Haltung des Sowohl-als-auch letztlich zu einer „Natoisierung“ der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beizutragen.

III. Zur Bedeutung militärischer Macht in der deutschen und französischen Sicherheitspolitik

Die konzeptionellen Vorstellungen, die Deutschland und Frankreich in den vergangenen Jahren zur künftigen institutionellen Ausgestaltung der transatlantischen und europäischen Sicherheitspolitik entwickelt haben, finden ihre Entsprechung in den militärischen Planungen beider Länder – allerdings mit deutlich unterschiedlichem Akzent.

1. Frankreich: Globale Einsatzfähigkeit

Schon bald nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten die Verantwortlichen in Paris erkannt, dass militärische Operationen in Zukunft nicht im Bereich der kollektiven Verteidigung, sondern der Krisenintervention stattfinden würden. Die französische Militärpolitik hatte sich daher seit Beginn der neunziger Jahre konsequent an den Bedürfnissen des militärischen Krisenmanagements orientiert und die Modernisierung der konventionellen Streitkräfte vorangetrieben. Kern dieser Reformen war die bereits Mitte der achtziger Jahre eingeleitete Zweiteilung der französischen Landstreitkräfte in schwere Verbände für die Verteidigung

Frankreichs und schnelle Eingreiftruppen für Kriseneinsätze innerhalb und außerhalb Europas; deren Auf- und Ausbau sollte eindeutig zu Lasten der Verteidigungskräfte gehen.³⁴ Bereits damals hatten die politisch Verantwortlichen in Paris klar erkannt, dass eine Anpassung der Streitkräfte auch eine weitgehende Professionalisierung der entsprechenden Verbände notwendig machen würde.³⁵

Mit seiner Entscheidung vom Februar 1996, eine neue Wehr- und Streitkräftestruktur einzuführen, hat Staatspräsident Chirac diese Überlegungen konsequent weiterentwickelt. Im Zentrum steht die Abschaffung der Wehrpflicht sowie die Absicht, die Streitkräfte in einer Größenordnung von 50 000 bis 60 000 Soldaten mit einer globalen Projektionsfähigkeit auszustatten. Damit sollen sie in die Lage versetzt werden, eine größere Intervention mit 30 000 Mann für die Dauer von bis zu einem Jahr ohne Verlängerung der Einsatzzeit oder bei nur geringfügiger Rotation (ca. 5 000 Mann) durchführen zu können. Darüber hinaus sollen zusätzlich 5 000 Soldaten für länger andauernde Missionen zur Verfügung stehen, was ein operatives Minimum von 15 000 Mann für derartige Einsätze erforderlich macht.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der angekündigten Reformen wurden allerdings sehr schnell deutlich: Zum einen hätte ein solcher Eingreifverband zu großen Teilen aus den nach dem Jahr 2002 noch verbliebenen Heeressoldaten gestellt und dafür ein Drittel der gesamten Heeresstärke reserviert werden müssen;³⁶ damit könnte Frankreich für die Landes- und Bündnisverteidigung gerade 92 000 Mann bereitstellen. Zum anderen gingen die Verantwortlichen im französischen Verteidigungsministerium bereits Mitte der neunziger Jahre davon aus, dass die für die Umstrukturierung notwendige Verdoppelung von 30 000 auf 60 000 Freiwillige bis zum Jahr 2002 nicht möglich sein würde.³⁷ Schließlich ist der Verteidigungshaushalt in den vergangenen Jahren nicht in ausreichendem Maße erhöht worden, um die notwendige Ausrüstung zu finanzieren.³⁸ Die Regierung unter Lionel Jospin hatte für das Programmgesetz 2003 bis 2008 noch eine Reduzierung von rund 1 Milliarde Euro gegenüber der vorangegangenen Periode vorgesehen.³⁹

32 Vgl. Laurent Zecchini, Macédoine. La France isolée sur le dossier défense, in: LM vom 21. 11. 2002. Ein solcher vertraglicher Rahmen, der die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bei militärischen Krisenmanagement-Einsätzen regelt, ist bislang an den Einwänden der Türkei und Griechenlands gescheitert.

33 Vgl. Horst Bacia, Solanas letzter Versuch, in: FAZ vom 28. 10. 2002.

34 Siehe hierzu insbesondere Axel Sauder, Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990–1993), Baden-Baden 1995, S. 274 ff.

35 Vgl. Le Figaro vom 4. 10. 1993.

36 Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 1. 12. 1996.

37 Vgl. NZZ vom 23./24. 11. 1996.

38 Vgl. LM vom 10. 11. 1999.

39 Vgl. Le Figaro vom 1. 8. 2001.

Dieser negative Trend hätte sich vermutlich im Jahr 2002 fortgesetzt. Unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September hat sich bei den politisch und militärisch Verantwortlichen in Paris jedoch sehr schnell die Auffassung durchgesetzt, dass auch die großen europäischen Staaten unmittelbar durch den internationalen Terrorismus bedroht sind. Entsprechend sieht die revidierte Programmplanung 2003 bis 2008 vor, dass die Streitkräfte kurzfristig die Fähigkeit zu operativen Schlägen in die Tiefe erlangen;⁴⁰ zudem sollen unverzüglich gut ausgerüstete Spezialkräfte eingesetzt werden können. Besonderer Wert wird auf die Fähigkeit gelegt, eine Eingreiftruppe aus allen drei Teilstreitkräften über große Distanzen hinweg im nationalen und multinationalen Rahmen zum Einsatz zu bringen.⁴¹ In Zahlen bedeutet dies: Für das Jahr 2002 wurden noch im Juli zusätzliche 910 Millionen Euro in den Verteidigungshaushalt eingestellt; im Jahr 2003 wird er um weitere 7,5 Prozent auf insgesamt 31,07 Milliarden Euro steigen, wobei die investiven Ausgaben im Vergleich zu den Vorjahren um 11,2 Prozent gestiegen sind. Mit diesen Anstrengungen will Frankreich seine Führungsposition beim Aufbau einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter zementieren.⁴²

2. Deutschland: Zurückhaltung gegenüber militärischer Krisenreaktion

Demgegenüber wird der deutsche Beitrag für die militärische Krisenreaktion – allen Bemühungen und Ankündigungen der Bundesregierung zum Trotz – eher gering ausfallen. Nach Aussage des ehemaligen Generalinspektors Harald Kujat wird Deutschland mittelfristig allenfalls in der Lage sein, sich in einer Größenordnung von 10 000 Soldaten an entsprechenden Operationen zu beteiligen.⁴³ Zwar werden die Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräfte im Zuge der Bundeswehrreform zu Einsatzkräften mit einem Gesamtumfang von 150 000 Mann zusammengeführt, womit die für Auslandseinsätze bereitgestellten Truppenverbände praktisch verdreifacht werden.⁴⁴ Wie die Bundesregierung angesichts des ständig sinkenden Verteidigungsetats aber die Einsatzfähigkeit dieser Verbände herstellen will, ist derzeit noch nicht absehbar. So haben sich die zwischen 1990 und

1998 nicht getätigten Investitionen für die notwendige Modernisierung der Bundeswehr auf rund 20,5 Milliarden Euro kumuliert. Nach der Planung für 2002 bis 2006 besteht ein jährlicher Bedarf von 25,3 bis 26,2 Milliarden Euro; die Höhe des Verteidigungshaushaltes ist von der Bundesregierung für diesen Zeitraum jedoch auf lediglich 24,4 Milliarden Euro pro Jahr festgeschrieben worden. Zu dem bereits vorhandenen Defizit kämen also noch rund 6 Milliarden Euro hinzu.⁴⁵ Unter diesen Voraussetzungen ist „die Anpassung der Bundeswehr an die veränderten Erfordernisse gescheitert, bevor sie begonnen hat“⁴⁶.

Die Konsequenzen dieser Unterfinanzierung betreffen nicht nur die Bundeswehr selbst, sondern haben auch unmittelbare Auswirkung auf die sicherheitspolitischen Ziele der EU. Denn für das beschlossene europäische Eingreifkorps müssen neben moderner Informationstechnik und ebensolchen Kommunikationsmitteln auch und vor allem Transportkapazitäten beschafft werden. Bundeskanzler Schröder hatte deshalb im Juni 2000 beim deutsch-französischen Gipfeltreffen in Mainz zugesagt, dass Deutschland 73 Flugzeuge des gemeinsamen Beschaffungsprojekts „Future Large Aircraft“ bestellen wird. Noch im Januar 2002 hat der Bundestag trotz der bestehenden Haushaltsengpässe beschlossen, an dieser Zahl festzuhalten. In der Haushaltsdebatte am 5. Dezember 2002 verkündete jedoch Verteidigungsminister Peter Struck, dass die Anzahl der Transportflugzeuge vom Typ A 400M, welche die Bundeswehr bis 2008 erhalten soll, auf insgesamt 60 reduziert wird.⁴⁷ Weil damit „Entwicklungskosten von mehreren hundert Millionen Euro in der Luft hängen“,⁴⁸ so der Vorsitzende der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS), steht das gesamte Beschaffungsprogramm und damit das Projekt eines europäischen Eingreifkorps insgesamt in Frage. Entsprechende Befürchtungen werden auf französischer Seite schon seit geraumer Zeit mehr oder minder offen geäußert.⁴⁹ Ohne Deutschland direkt beim Namen zu nennen, haben Staatspräsident Chirac und Premierminister Jean-Pierre Raffarin den Partner in jüngsten Stellungnahmen nachdrücklich gemahnt, die Verpflichtungen ohne Abstriche zu erfüllen.⁵⁰

40 Hier handelt es sich um die so genannten „deep strike capabilities“, lufttransportfähige Waffen und Fluggeräte wie Raketen, Marschflugkörper oder Hubschrauber.

41 Vgl. Etienne de Durand, French Security policy under the new Government (The Brookings Institution, U.S.-France Analysis Series), Washington, November 2002.

42 Vgl. Jacques Isnard, L'armée française revendique sa place en Europe, in: LM vom 30. 9. 2002.

43 Vgl. Tagesspiegel vom 25. 11. 2001.

44 Vgl. FAZ vom 4. 7. 2001.

45 Vgl. FAZ vom 5. 12. 2002

46 FAZ vom 26. 6. 2001.

47 Vgl. FAZ vom 6. 12. 2002.

48 FAZ vom 27. 11. 2002.

49 Vgl. Jean-Pierre Neu, A400M. L'Allemagne placée par ses partenaires européens face à ses responsabilités, in: Les Echos vom 1./2. 2. 2002, sowie Jacques Isnard, L'Europe de l'armement en panne, in: LM vom 13. 8. 2002.

50 Staatspräsident Jacques Chirac in seiner Ansprache am 21. November 2002 (Anm. 25) sowie Premierminister Jean-

Die quantitative Beschränkung des deutschen Beitrags zum militärischen Krisenmanagement ist jedoch nicht ausschließlich auf budgetäre Zwänge zurückzuführen, sondern bis zu einem gewissen Grad – wie oben gesehen – auch politisch gewollt; die deutschen Reaktionen auf Chiracs Entscheidung für eine Berufarmee machten dies deutlich. So hatte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe erklärt, dass die Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik größer würden. Während Frankreich auf weltweite Kräfteprojektion setze, bleibe die Landes- und Bündnisverteidigung die zentrale Aufgabe der Bundeswehr.⁵¹ Deutschland benötige Streitkräfte als Stabilitätsfaktor in Europa – und zwar nicht nur für die Verteidigung des eigenen Landes und des Bündnisterritoriums, sondern auch um die militärische Präsenz der USA in Europa sicherzustellen.⁵² Einen Aufbau deutscher Streitkräfte nach französischem Vorbild hatte die Kohl-Regierung daher strikt abgelehnt. Dies war lange Zeit auch die von der Regierung Schröder zumindest nach außen hin vertretene Position. „Kollektive Verteidigung hat grundsätzlich Vorrang vor laufenden Einsätzen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“, heißt es in dem im Frühjahr 2000 veröffentlichten Bericht über die „Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Bundeswehr“ des damaligen Generalinspektors Hans-Peter von Kirchbach.⁵³

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat diese Position insbesondere in den vergangenen Monaten schrittweise aufgegeben und ihre Prioritäten zunehmend zugunsten des militärischen Krisenmanagements gesetzt.⁵⁴ Damit droht der deutschen Politik jedoch neues Ungemach. Weil die territoriale Integrität auf absehbare Zeit nicht existentiell bedroht ist und die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit militärischen Mitteln nicht wirkungsvoll beantwortet bzw. ausbalanciert werden können,⁵⁵ wird nun die Bündnis- und Europafähigkeit als Argument für die deutsche Beteiligung am kollektiven militärischen Krisenmanagement herangezogen.⁵⁶ Nach

Auffassung der Befürworter einer uneingeschränkten deutschen Teilnahme am kollektiven militärischen Krisenmanagement geht es dabei um nicht weniger als die künftige außenpolitische Orientierung des vereinten Deutschland. Die politischen Verantwortlichen in Deutschland haben jedoch immer wieder betont, dass diese prinzipiellen Überlegungen zur Begründung eines Einsatzes deutscher Streitkräfte im konkreten Einzelfall nicht ausreichen. Eine deutsche Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen müsse immer das Ergebnis einer intensiven Prüfung des Einzelfalls sein und sich wesentlich an den deutschen Interessen orientieren.⁵⁷ Offenkundig ist, dass diese Interessen eben auch von innenpolitischen Konstellationen und Konfliktlinien bestimmt werden.

Nicht zuletzt mit Blick auf die damals mangelnde innenpolitische Akzeptanz der Afghanistan-Operation hat die Bundesregierung daher in einer Protokollerklärung ihres Antrags vom 7. November 2001 ausdrücklich festgestellt, dass die „letztendliche Entscheidung über den konkreten Einsatz der bewaffneten deutschen Streitkräfte ausschließlich bei der Bundesregierung“ liegen wird. Damit wird aber das zugunsten einer deutschen Beteiligung angeführte Argument der Bündnis- und Europafähigkeit Deutschlands bis zu einem gewissen Grad konterkariert. Denn „trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken“.⁵⁸ Wie der diplomatische „Eiertanz“ der Bundesregierung in der Frage einer deutschen Beteiligung an der Sicherung eines möglichen Rückzugs der UNO-Truppen aus Bosnien 1994/95 gezeigt hat, zeichneten sich bereits zum damaligen Zeitpunkt Situationen ab, in denen die Teilnahme der Bundeswehr an kollektiven Militäreinsätzen den deutschen Interessen entgegenstehen könnte.

Dieses Problem ist mit der Entscheidung der Bundesregierung, deutsche Truppen zur Unterstützung der US-Operation in Afghanistan bereitzustellen, keinesfalls gelöst. Trotz der von Bundeskanzler Schröder erklärten „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA werden in der deutschen Debatte

Pierre Raffarin am 14. Oktober 2002 in einer Ansprache vor dem IHEDN, zitiert nach: Frankreich-Info vom 18. 10. 2002.

51 Vgl. FAZ vom 2. 3. 1996.

52 Vgl. FAZ vom 19. 3. 1997.

53 Vgl. FAZ vom 24. 5. 2000.

54 Verteidigungsminister Peter Struck hat dies in der Haushaltsdebatte am 5. 12. 2002 in die Formel gekleidet, die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt, vgl. FR vom 6. 12. 2002.

55 Vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien 1992, Ziffer 18.

56 Am klarsten und eindringlichsten hat der frühere außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, dies vor einigen Jahren formuliert: „Deutschland ist derart mit der ganzen Welt, vor allem mit seinen

Partnern in Europa, verflochten, eingegliedert, es ist ein so bedeutendes und unersetzliches Glied der westlichen und europäischen Gemeinschaft, dass seine Stellung in fundamentalen Fragen keine grundsätzlich andere sein kann als die seiner Partner, ohne dass Deutschland und Europa schwersten Schaden nähmen . . . Ohne Deutschland aber könnte es keine gemeinsame europäische Verteidigung geben. Ohne diese aber keine gemeinsame Sicherheitspolitik und ohne diese keine gemeinsame Außenpolitik, d. h. keine Politische Union.“ Karl Lamers, Zum Einsatzzweck deutscher Streitkräfte, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn, Januar 1993.

57 Vgl. FAZ vom 14. 7. 1994.

58 Verteidigungspolitische Richtlinien 1992, Ziffer 7.

um die Ereignisse des 11. September 2001 deutlich andere Akzente gesetzt als in den Vereinigten Staaten und auch in Frankreich. Während die Attacke auf das World Trade Center in Deutschland zuerst und vor allem als Terrorakt interpretiert wird, betonen amerikanische Beobachter vornehmlich die strategische Dimension: Die Anschläge werden als Teil einer weltweiten Auseinandersetzung zwischen fundamentalistischen Kräften und den USA sowie ihren Verbündeten gesehen, die auch gravierende Implikationen für die internationale Stabilität besitzt. Dass der Sinn militärischer Maßnahmen entsprechend unterschiedlich gewichtet wird, leuchtet unmittelbar ein.

Zudem wird die deutsche Politik – und zwar gleich welcher politischen Couleur der Regierung – ungeachtet der Beteiligung deutscher Streitkräfte am Kampf gegen den Terrorismus auch in Zukunft einer sicherheitspolitischen Kultur verpflichtet sein, die eher auf Prävention und diplomatische Konfliktregulierung setzt als auf militärische Mittel. Das kategorische „Nein“ der Bundesregierung zu einem möglichen gemeinsamen Waffengang gegen den Irak belegt dies und ist eben nicht ausschließlich mit wahltaktischen Überlegungen von Bundeskanzler Schröder zu erklären. Eine solche Position birgt aber auch die Gefahr einer „Absage an unsere europäischen und atlantischen Überzeugungen, keine deutschen Alleingänge mehr zu beschreiten“⁵⁹.

Wie diese offenkundige Diskrepanz zwischen dem Anspruch, die Mitwirkung an internationalen Militäreinsätzen unter nationalen Vorbehalt zu stellen, und der quasi bedingungslosen Einordnung in integrierte transatlantische oder europäische Militärstrukturen überwunden werden kann, ist derzeit noch nicht absehbar. Weil die multinationale Einbindung deutscher Streitkräfte für die Bundesrepublik auch und vor allem symbolischen Wert besitzt und sich nicht allein an militärisch-operativen Notwendigkeiten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts orientiert, läuft die deutsche Sicherheitspolitik Gefahr, zum Verfall gerade der multilateralen Sicherheitsstrukturen beizutragen, derer sie zum Erhalt der eigenen Sicherheit so dringend bedarf.

IV. Schlussfolgerungen

Wie nimmt sich im Lichte dieser Analyse die eingangs gestellte Frage nach der Tragfähigkeit der

⁵⁹ Karl Dietrich Bracher, zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11. 8. 2002.

Europäisierungstendenzen auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus? Kann von den jüngsten deutsch-französischen Initiativen ein wirklicher Impuls ausgehen, und können Deutschland und Frankreich auch in diesem höchst sensiblen Bereich eine europäische Führungsfunktion übernehmen? Diese Fragen lassen sich nicht mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ beantworten.

Dass sowohl Deutschland als auch Frankreich keine Alternative zu einer multilateralen Sicherheitskooperation sowie einer schrittweisen Übertragung von Souveränitätsrechten sehen und ein prinzipieller Konsens im Hinblick auf die veränderten außen- und sicherheitspolitischen Gefährdungen besteht, ist unbestritten. Entscheidend ist aber die Frage, was diese veränderten Risiken für die nationalen Sicherheitsinteressen in Deutschland und Frankreich bedeuten und welche Konsequenzen sie daraus auf konzeptioneller und operativer Ebene ziehen. Trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten besteht hierüber zwischen Deutschland und Frankreich ein tief greifender Dissens. Geographisch unterschiedlich gelagerte Sicherheitsinteressen und vor allem die uneinheitliche Bewertung der Legitimität von militärischer Macht werden sich aller Voraussicht nach als kritische Größen erweisen. Zwar können sich beide Länder in offiziellen Dokumenten sehr schnell darauf verständigen, dass Europa künftig in der internationalen Politik als Zivil- und Militärmacht auftreten und Konfliktprävention – in Form einer aktiven Stabilisierungspolitik und militärischen Krisenmanagements – die tragende Säule einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie sein müsse. Auf die Frage, wie dabei das Mischungsverhältnis zwischen militärischen und nichtmilitärischen Elementen aussehen sollte, haben Berlin und Paris allerdings bisher keine überzeugende Antwort gefunden. Eine Sicherheitspolitik, die insbesondere in Deutschland (aber auch in Frankreich) an dem Ziel einer umfassenden internationalen Stabilität unter Einschluss militärischer Instrumente festhält, könnte zunehmend kollidieren „mit dem unkontrollierten Einbrechen demokratischer Öffentlichkeit in die Außenpolitik, was den demokratischen Regierungen das konsequente Durchhalten einer Perspektive immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich macht“⁶⁰. Damit wächst die Gefahr, dass die Europäische Union künftig auf Krisen und Konflikte zunehmend mit Agonie reagiert.

⁶⁰ So Peter Graf Kielmansegg, zitiert bei: Michael Meimeth, Diskussionsbericht, in: Hartmut Jäckel (Hrsg.), Ist das Prinzip der Nichtintervention überholt? (Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Bd. 12), Baden-Baden 1995, S. 163–169, insbes. S. 169.

Aus dieser Perspektive wird die deutsch-französische Verteidigungskooperation ihre privilegierte Bedeutung für die weitere europäische Entwicklung vermutlich verlieren. Sie wird aber keinesfalls durch eine französisch-britische Zusammenarbeit ersetzt werden können, weil eben nur Deutschland und Frankreich in vollem Umfang am europäischen Einigungsprozess beteiligt sind.⁶¹ Für Paris ist ein engeres sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammengehen mit London vor allem „auch ein Weg, um Großbritannien an Europa anzubinden“.⁶²

Vor diesem Hintergrund ist selbst für eine Kerngruppe – bestehend aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien – ein weiter gehender Souveränitätsverzicht, der Europa aus seiner selbst verschuldeten sicherheitspolitischen Unmündigkeit herausführen könnte, nur schwer vorstellbar. Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Sicher-

heits- und Verteidigungspolitik werden sich in absehbarer Zukunft nicht durchsetzen lassen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit sollte sich daher künftig weniger darauf konzentrieren, die ESVP zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion weiterzuentwickeln. Diese ist ein Ziel, das allenfalls auf lange Sicht realisierbar erscheint. Beide Länder sollten vielmehr – wie in dem gemeinsamen Vorschlag an den Europäischen Konvent vorgesehen – ihre konkrete militärische und rüstungspolitische Zusammenarbeit verbessern. Hier liegt mittelfristig die wirkliche Chance für ein erfolgreiches deutsch-französisches Zusammenwirken im Dienste Europas. Die weiterführende Perspektive einer Europäischen Union, die sich auch sicherheitspolitisch in das Konzept der Multipolarisierung und kooperativen Balance gegenüber den Vereinigten Staaten einfügen soll, bleibt hingegen zwischen beiden Partnern umstritten. Mit Ausnahme Frankreichs ist sie derzeit in der europäischen Politik nicht handlungsbestimmend, und es spricht nur wenig dafür, dass sich dies – trotz aller gut gemeinten bilateralen Initiativen – in absehbarer Zeit ändern wird.

61 Auf diesen Punkt weisen die Autoren der SWP-Studie (Anm. 6) hin.

62 So die französische Verteidigungsministerin Michèle Aillot-Marie in einem Gespräch mit der FAZ vom 29.07.2002.

Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich

Politische Eliten, Parteien, Bürger

I. Europäische Verfassung und europäische Identität

Seit dem 28. Februar 2002 tagt in Brüssel der Europäische Konvent. Sein Ziel ist die Formulierung eines europäischen Verfassungsvertrages. Ob dieser eine Stärkung von Effizienz, Transparenz und demokratischer Legitimation der EU bewirken kann, hängt von der Bereitschaft der politischen Eliten und Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten ab, den Weg einer europäischen Verfassungsentwicklung mitzugehen. Der Willen wird umso größer sein, je stärker nationale politische Identitäten einen Prozess der Europäisierung durchlaufen haben. Eine sich schrittweise herausbildende Kongruenz zwischen verfassungsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnungsstrukturen einerseits und einer europäischen politischen Kultur andererseits – beruhend auf gemeinsamen politischen Werten und einem Mindestmaß an Identifikation der Eliten und Bürger mit der EU – kann als Überlebensbedingung der neuartigen europäischen Verfassungsordnung betrachtet werden. Gleichzeitig wird eine erfolgreiche Verfassungsentwicklung ihrerseits zu einer europäischen Identitätsstiftung beitragen und die Herausbildung eines „europäischen Verfassungspatriotismus“ befördern können. Dabei handelt es sich aber um einen langfristigen Prozess. Ein kritischer Testfall für die Reichweite und politische Belastbarkeit der Europäisierung nationaler Identitäten wird jedoch sehr viel schneller eintreten – dann nämlich, wenn das Ergebnis der Konventsarbeit und der nachfolgenden Regierungskonferenz zur Reform der Verträge in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. In Frankreich kann eine Ratifizierung in Form eines Referendums nach dem Vorbild des Maastricht-Referendums vom September 1992 als wahrscheinlich gelten.

Den Vertretern aus Frankreich und Deutschland wird eine zentrale Rolle im Konvent zukommen.¹

1 Die Regierungen in Paris und Berlin haben hier mit gemeinsamen Vorschlägen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur Verwirklichung eines Raums

Die integrationspolitische Reichweite der Vorschläge dürfte eng mit dem Handlungsspielraum zusammenhängen, den die Konventsakteure beider Länder, insbesondere die Regierungsvertreter, gegenüber den politischen Eliten, Parteien und der breiteren Öffentlichkeit besitzen. Je stärker sich nationale politische Identitäten „europäisiert“ haben, je höher die europapolitischen Erwartungen in bestimmten Politikbereichen sind, desto größer dürfte prinzipiell der europapolitische Spielraum der Akteure im Konvent sein.

II. Interne und externe Dimensionen nationaler Identität

Bei der Untersuchung des Verhältnisses zwischen nationaler und europäischer Identität kann zwischen internen und externen Aspekten von Identität unterschieden werden. Peter J. Katzenstein hat vorgeschlagen, „Staatsidentitäten“ von „nationalen Identitäten“ abzugrenzen: „State identities are primarily external; they describe the actions of governments in a society of states. National identities are internal; they describe the processes by which mass publics acquire, modify and forget their collective identities.“² In ganz ähnlicher Weise spricht Thomas Banchoff von einer internen und einer externen Dimension nationaler Identität.³

Nur wenn diese nationalen Identitäten einen Prozess der Europäisierung durchlaufen, können wachsende Spannungen zwischen europäischen Realitäten und nationalen Befindlichkeiten vermieden werden. Wie lässt sich ein EU-System

der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bereits wichtige Anstöße gegeben; eine gemeinsame Initiative zu den zentralen Fragen der Institutionenreform ist angekündigt.

2 Peter J. Katzenstein, *United Germany in an Integrating Europe*, in: ders. (Hrsg.), *Tamed Power. Germany in Europe*, Ithaca 1997, S. 20.

3 Vgl. Thomas Banchoff, *National Identity and EU Legitimacy in France and Germany*, in: ders./Mitchell P. Smith (Hrsg.), *Legitimacy and the European Union. The Contested Polity*, London–New York 1999, S. 182.

gegenüber den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten legitimieren, in dem die eigene Nation in wichtigen politischen Fragen überstimmt werden kann, das europäische gegenüber dem nationalen Recht Vorrang besitzt, eine Einheitswährung mit zentraler Geldpolitik existiert und erhebliche finanzielle Ressourcen in der Struktur- und Agrarpolitik zwischen den Mitgliedsländern umverteilt werden, wenn nicht an europäische Identifikationen angeknüpft werden kann, die neben die nationalen treten? Eine Legitimierung des europäischen Systems allein über seinen „Output“ und seine Leistungsfähigkeit bleibt fragil und wenig belastbar. So erscheint eine Kombination aus nationalen und europäischen, internen und externen Identitäten dem Entwicklungsstand und auch der wahrscheinlichen Entwicklungsdynamik der EU am ehesten angemessen: Einer „hybriden“ Form des Regierens im Rahmen eines Mehrebenenverfassungsverbundes⁴ würden demnach „hybride“ kollektive Identitäten entsprechen, die zwar im Nationalstaat verankert sind, gleichzeitig aber über diesen hinausweisen.

III. Historische Voraussetzungen für eine Europäisierung nationaler Identitäten

1. Die externe Dimension

Die historischen Voraussetzungen für die Europäisierung nationaler Identität⁵ sind in Frankreich

4 *Anmerkung der Redaktion:* Die EU ist ein politisches System, das allgemein verbindliche Entscheidungen trifft, ohne Staatsqualität zu besitzen. Diese Entscheidungen betreffen alle Mitgliedstaaten und müssen von diesen umgesetzt werden. Dieser Sachverhalt erfordert ein System mehrerer interagierender Ebenen, die in wechselseitiger Abstimmung politische Entscheidungen treffen und umsetzen. Die europäische Integration besteht also aus einem Prozess des verhandelnden Regierens zwischen verschiedenen politischen Systemen sowie dem politischen System der EU, der in seiner Gesamtheit als Mehrebenensystem umschrieben worden ist. Vgl. zur Frage des Mehrebenenverfassungsverbundes Ingolf Pernice, *Multilevel Constitutionalism and the Treaty of Amsterdam. European Constitution-Making Revisited?*, in: *Common Market Law Review*, 36 (1999) 4, S. 703–750.

5 Im Folgenden wird auf Ergebnisse eines Forschungsprojekts zurückgegriffen, das von der ASKO EUROPA-STIFTUNG und der Robert Bosch Stiftung finanziell gefördert wurde: Michael Meimeth/Joachim Schild (Hrsg.), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven*, Opladen 2002; vgl. dort insbesondere die beiden Beiträge des Verfassers: *Europäisierte Nationalstaaten. Deutschland und Frankreich im europäischen Mehrebenensystem*, S. 11–77, sowie *Nationale und europäische Identitäten – komplementär oder unvereinbar? Orientierungen von Deutschen und Franzosen im europäischen Mehrebenensystem*, S. 81–106.

und Deutschland sehr verschieden. Nach dem Zivilisationsbruch des nationalsozialistischen Terrorregimes und dessen Hegemonialkriegen stellte eine Staatsidentität in Gestalt eines nach innen und außen souveränen Nationalstaates für die bundesdeutschen Eliten – im Gegensatz zu den französischen – keine attraktive und zukunfts-trächtige Option dar. Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in das internationale Staatensystem und die zumindest teilweise Wiedergewinnung nationaler Souveränität war nach 1949 nur über eine feste multilaterale Eingliederung in die westliche Werte- und Sicherheitsgemeinschaft sowie über den Weg der Selbsteinbindung in die entstehenden westeuropäischen Integrationsstrukturen – Montanunion und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – denkbar. Erleichtert wurde diese Verankerung in europäisch-atlantischen Strukturen durch die jahrhundertalte föderale Tradition in Deutschland.

Eine „reflexartige“ Präferenz für multilaterale Politikmuster⁶ und eine seit Ende der fünfziger Jahre innenpolitisch weithin unstrittige und konstante Unterstützung der europäischen Integration wurden zu Markenzeichen deutscher Außen- und Europapolitik. Mit anderen Worten: Die Staatsidentität wurde grundlegend europäisiert. Das paradigmatische Leitbild westdeutscher Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik war dasjenige der Integration.⁷ Das nationale außenpolitische Rollenverständnis folgte dem Selbstbild einer Zivilmacht, die sehr zurückhaltend gegenüber dem Gebrauch militärischer Machtmittel bleibt, eine multilateral eingebettete Außenpolitik im Dienste der „Zivilisierung“ – d.h. der Verregelung und Verrechtlichung – internationaler Beziehungen betreibt und außenpolitische Alleingänge meidet.⁸

In Frankreich hingegen behielt das Paradigma der nationalen Souveränität einen ungleich höheren Stellenwert. Die frühe Nationalstaatsbildung, die enge Verbindung zwischen Nationalstaats- und Demokratieentwicklung, das Fehlen eines mit Deutschland vergleichbaren historischen Bruches, die jakobinisch-zentralistische Tradition und die historische Rolle Charles de Gaulles und des Gaullismus begünstigten ein wesentlich stärkeres Fest-

6 Vgl. Jeffrey J. Anderson, *Hard Interest, Soft Power, and Germany's Changing Role in Europe*, in: P. J. Katzenstein (Anm. 2), S. 85.

7 Vgl. Axel Sauder, *Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges*, Baden-Baden 1995.

8 Vgl. Hanns W. Maull, *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik*, in: *Europa Archiv*, 47 (1992) 10, S. 269–278, sowie ders./Sebastian Harnisch (Hrsg.), *Germany as Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester 2001.

halten an der Selbstdefinition als souveräner Nationalstaat im Verhältnis zur internationalen Umwelt und zu den europäischen Integrationsstrukturen. Das nationale Rollenverständnis in der Außen- und Sicherheitspolitik wurde als dasjenige einer „residual world power“ beschrieben, charakterisiert durch das Selbstbild einer aktiven regionalen Führungsmacht mit weltpolitischen Ambitionen und weltweiter Präsenz.⁹

Dieses divergierende Rollenverständnis wiederum beeinflusste die Definition „nationaler“ Interessen im Verhältnis zur internationalen und europäischen Umwelt: Während Frankreich nie Probleme damit hatte, nationale gegen europäische Interessen zu stellen, haben sich die Bundesregierungen in der Vergangenheit stets bemüht, „nationale Interessen“ in einer Art und Weise zu definieren, dass sie kaum je in Konflikt zu „europäischen Interessen“ geraten konnten.¹⁰

2. Die interne Dimension

Hinsichtlich der Voraussetzungen für eine europäische Transformation nationaler kollektiver Identität, d. h. der internen Dimension nationaler Identität, bietet sich ein weniger eindeutiges Bild. Gewiss haben die historischen Brüche in der deutschen Geschichte, die späte Einigung im 19. Jahrhundert und die 40-jährige staatliche Teilung im 20. Jahrhundert dazu beigetragen, dass eine „nationale“ Identität in Deutschland sehr viel schwieriger zu definieren war als in Frankreich. Nach der NS-Zeit war diese in wichtigen Inhalten zutiefst diskreditiert. Die europäische Öffnung nach dem Krieg nahm häufig die Form einer bewussten Abgrenzung von der historisch schwer belasteten nationalen Identität an.

In Frankreich hingegen war es nicht nur aufgrund der kontinuierlicheren (Fort-)Entwicklung nationaler Identität – Fernand Braudel benutzt das Bild von Sedimentationsprozessen¹¹ – einfacher als in Deutschland, die eigene nationale Identität als entwicklungs- und zukunfts offen zu begreifen.¹² Auch das für Frankreich charakteristische *politische* Verständnis als Bürgernation erleichterte ten-

denziell eine europäische Öffnung der eigenen nationalen Identität, ohne diese in Abgrenzung zu jener konstruieren zu müssen. Denn eine Nation, die auf dem bewussten Zugehörigkeitswillen ihrer „citoyens“ gründet – und nicht allein auf einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft, einer vorpolitischen Volkszugehörigkeit –, sollte hinsichtlich einer auf universalistischen Werten beruhenden europäischen politischen Kultur und Identität offen sein. So ist es in Frankreich prinzipiell möglich, eine europäische Identität als erweiterten Rahmen für die eigene nationale Identität, Geschichte und Kultur sowie für die Verwirklichung der eigenen republikanischen Werte zu begreifen.¹³

Dieser Weg war den Deutschen durch den Geschichts- und Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus versperrt: Für viele Franzosen war Europa die Verlängerung der eigenen Geschichte, für zahlreiche Deutsche dagegen die Lehre aus der eigenen Geschichte.¹⁴ In Deutschland sind somit keineswegs generell günstigere Voraussetzungen für eine europäische Öffnung der nationalen kollektiven Identität gegeben als in Frankreich.

IV. Reichweite der Europäisierung nationaler Identitäten

1. Die externe Dimension

„Staatsidentitäten“ bzw. die externe Dimension nationaler Identitäten werden einerseits durch das konkrete Handeln der Regierungen, andererseits durch Diskurse und programmatische Äußerungen der politischen Eliten und Parteien geprägt, fortgeschrieben und gegebenenfalls verändert.

In Deutschland hat sich an der Bereitschaft, auf die Herausforderungen in zentralen Politikbereichen mit dem Streben nach Integrationsvertiefung statt mit nationalen Alleingängen zu reagieren, von den Maastrichter Vertragsverhandlungen bis zur aktuellen Arbeit des Verfassungskonvents im Grundsatz wenig geändert.¹⁵ Allerdings sind Stil

9 Vgl. Ulrich Krotz, *National Role Conceptions and Foreign Policies. France and Germany Compared*, (Harvard University, Program for the Study of Germany and Europe, Working Paper 02.1), Cambridge 2002, S. 10 ff.

10 Vgl. Gunther Hellmann, *Deutschland in Europa: Eine symbiotische Beziehung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48/2002, S. 24–31, hier S. 28.

11 Vgl. Fernand Braudel, *L'identité de la France*, Bd. 1: *Espace et Histoire*, Paris 1986, S. 17.

12 Vgl. Rudolf von Thadden, *Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, in: Bernhard Giesen (Hrsg.), *Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit*, Frankfurt/M. 1991, S. 494 f.

13 Vgl. Martin Marcussen u. a., *Constructing Europe? The Evolution of French, British and German Nation State Identities*, in: *Journal of European Public Policy*, 6 (1999) 4, S. 614–633.

14 Vgl. Thomas Risse, *A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities*, in: Maria Green Cowles u. a. (Hrsg.), *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*, Ithaca–London 2001, S. 209.

15 Vgl. Christian Deubner, *Rückkehr nationaler Interessen in die deutsche Europapolitik?*, in: M. Meimeth/J. Schild (Anm. 5), S. 153–172; vgl. auch die Beiträge in: Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz, *Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen*, Bonn 2002.

und Rhetorik bei der Vertretung „nationaler“ Interessen in der Europapolitik im vergangenen Jahrzehnt „robuster“ geworden. Dies gilt insbesondere in der Frage der deutschen Beiträge zum EU-Budget sowie in Bereichen, in denen nationale industriepolitische Interessen mit der europäischen Wettbewerbspolitik in Konflikt geraten. Auch lässt sich der Eindruck kaum widerlegen, dass die Bereitschaft zur weiteren Integration stärker als in der Vergangenheit an eine Wahrung der Kompetenzen sowie der politischen und verfassungsrechtlichen Strukturen der Mitgliedstaaten gekoppelt ist. Vor allem die Unionsparteien und die Bundesländer setzten in ihren politischen Stellungnahmen zur Arbeit des Verfassungskonvents hier den Schwerpunkt.¹⁶

Programmatische Äußerungen deutscher Parteien zur Europapolitik, speziell zu Kernfragen europäischer Verfassungsentwicklung, vermitteln seit Jahrzehnten und bis auf den heutigen Tag das Bild, dass „in Deutschland ein breiter und stabiler Konsens zwischen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen existiert“¹⁷. Die europäischen Verfassungsideen deutscher Parteien sind „tief im föderalen politischen Denken verwurzelt“, und es fällt diesen nicht schwer, sich „die EU als eine politische Institution mit überlappenden Identitäten, mit vertikaler Machtteilung abhängig von der Problemlösungsfähigkeit der jeweiligen Regierungsebenen, parlamentarischer Kontrolle auf jeder Ebene und einem Schutz individueller Rechte sowie der jeweiligen Kompetenzen von Gebietskörperschaften durch eine unabhängige Rechtsprechung vorzustellen“¹⁸.

Eine internationale Expertenbefragung zur europapolitischen Positionierung von Parteien, durchgeführt in 17 europäischen Ländern im Zeitraum zwischen 1984 und 1996, bestätigt diesen Befund. Für Deutschland ergibt sich im Expertenurteil alles in allem ein Bild stabiler integrationsfreundlicher Positionen von Christ-, Frei- und Sozialdemokraten. Während für die CSU eine Abschwächung

der proeuropäischen Orientierung seit 1988 – allerdings ausgehend von einem hohen Niveau – diagnostiziert wurde, gilt umgekehrt für die Grünen, dass ihre ursprüngliche integrationskritische Grundhaltung in den neunziger Jahren einer immer stärkeren Zustimmung Platz gemacht hat,¹⁹ personifiziert durch Außenminister Joschka Fischer.

Selbst die Debatte um den Maastrichter Vertrag und die Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro konnte keine tief reichende und anhaltende europapolitische Spaltungslinie innerhalb der deutschen politisch-gesellschaftlichen Eliten hervorrufen. Hier zeigte sich exemplarisch, wie fest gefügt der bundesdeutsche Europakonsens und die europäische Identität der Eliten ist, wenn selbst die Aufgabe des nationalen Identitätssymbols D-Mark und die schwer vorhersehbare Verteilung von wirtschaftlichen Kosten und Nutzen kaum Anlass zu einer Grundsatzdebatte über die europäische Integration boten. Nicht einmal an dieser entscheidenden Wegmarke deutscher Europapolitik eröffnete sich europakritischen Parteien und Kandidaten ein nennenswerter politischer Betätigungsraum. Auch blieben die etablierten Parteien von polarisierenden europapolitischen Richtungsdebatten in ihren Reihen weitgehend verschont.

Solche tief reichenden europapolitischen Spaltungslinien waren hingegen innerhalb der politischen Eliten und Parteien Frankreichs seit den heftigen Auseinandersetzungen um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) von 1954 immer wieder zu beobachten. Als Schlüsselmoment für die Entwicklung französischer Europapolitik und die Europäisierung nationaler Identität ist sicherlich das Scheitern der zwischen 1981 und 1983 verfolgten Beschäftigungspolitik im nationalen Rahmen zu werten. Der Fehlschlag dieses keynesianischen wirtschaftspolitischen Experiments war der entscheidende Katalysator für eine radikale Infragestellung eingespielter nationalstaatlicher Politikmuster – staatliche Konjunktursteuerung und Kreditpolitik, expansive Geldpolitik und eine aktive nationale Industriepolitik der „grands projets“. Alle Regierungen seit 1984 unterstützten nach dieser schmerzlichen Erfahrung konstant das liberale Binnenmarktprojekt, das Ziel einer europäischen Währungsunion und die dafür unerlässliche Politik des „harten“ Franc. Die Einsicht in die Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik beförderte einen Prozess der europäischen Neudefinition der Staatsidentität. Es handelte sich um nichts

16 Vgl. „Vorschläge von CDU und CSU für einen Europäischen Verfassungsvertrag“, vorgestellt von der CDU-CSU-Arbeitsgruppe „Europäischer Verfassungsvertrag“ in Berlin am 26. 11. 2001 (www.eiz-niedersachsen.de/futurum/2001-11-26-cdu-csu.pdf), sowie die gemeinsame Entschließung der Bundesländer im Bundesrat zur Kompetenzabgrenzung: „Kompetenzabgrenzung im Rahmen der Reformdiskussion zur Zukunft der Europäischen Union“, BR-Drucksache 1081/01 vom 20. 12. 2001.

17 Markus Jachtenfuchs, Deutschland, Frankreich und die Zukunft der Europäischen Union, in: M. Meimeth/J. Schild (Anm. 5), S. 281.

18 Ebd., S. 283. Eine ausführliche Untersuchung der Entwicklung europäischer Verfassungsideen deutscher, französischer und britischer Parteien bietet Markus Jachtenfuchs, Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden 2002.

19 Vgl. Leonhard Ray, Measuring Party Orientations Towards European Integration. Results from an Expert Survey, in: European Journal of Political Research, 36 (1999) 2, S. 299.

weniger als um einen Paradigmenwechsel in Teilen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten Frankreichs, die sich einem „euroliberalen Konsens“ verbunden fühlten.

Dieser „euroliberale Konsens“, der innerhalb der gemäßigten Links- und Rechtsparteien seit Mitte der achtziger Jahre mehrheitsfähig war, fand seine Entsprechung auch in der Entwicklung der grundlegenden europäischen Verfassungsideen der Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien. Die Unterschiede zwischen den traditionell konföderalen Positionen der (Neo-)Gaullisten und den stärker föderalistischen Positionen der Sozialisten haben sich seither tendenziell verringert.²⁰ Dieses Bild wird durch das Ergebnis der Expertenbefragung bestätigt. Zwischen 1984 und 1992 lässt sich eine wachsende proeuropäische Orientierung der französischen Sozialisten konstatieren, die unschwer mit den Lehren aus dem Scheitern des keynesianischen Experiments 1981 bis 1983 zu erklären ist. Die Neogaullisten als zweite zentrale Kraft im französischen Parteiensystem haben sich dem Expertenurteil zufolge im Zeitraum zwischen 1984 und 1996 stetig proeuropäischer orientiert – diesen Positionswandel aber mit deutlich wachsenden internen Auseinandersetzungen um den europapolitischen Kurs der Partei erkaufte. Insgesamt lässt sich zwischen 1984 und 1996 eine Annäherung zwischen Neogaullisten und französischen Sozialisten beobachten.

In wenigen Jahren – von 1983 bis 1990 – sind mit dem Scheitern einer für den Rahmen des Nationalstaats konzipierten voluntaristischen Wirtschaftspolitik und dem dramatischen Wandel des internationalen Umfeldes durch das Ende des Ost-West-Konflikts zentrale Pfeiler weggebrochen, die bis dahin die interne kollektive Identität und die externe Staatsidentität Frankreichs stabilisiert hatten.²¹ Diese beiden Einschnitte in der jüngeren französischen Geschichte ließen innerhalb der Eliten und der Parteienlandschaft einen tiefen Gra-

ben entstehen: Auf der einen Seite befinden sich diejenigen, die die europäische Option verfolgen und Elemente des französischen Modells und Identitätsdiskurses auf die europäische Ebene übertragen wollen – z. B. die weltpolitische Rolle als „puissance“, eine aktive Industrie- und Technologiepolitik, die „zivilisatorische Mission“, das an egalitär-solidarischen Werten orientierte Sozialmodell und die „exception culturelle“. Auf der anderen Seite stehen die Verteidiger einer französischen „exception“, welche die egalitären Werte des Republikanismus im nationalen Rahmen erneuern, sich weiterhin am gaullistischen Modell einer unabhängigen nationalen Außenpolitik wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts orientieren und Schutzwälle gegen die Wogen der Globalisierung und gegen ein neoliberales europäisches Projekt errichten wollen.

Dieser in der Maastricht-Debatte überdeutlich sichtbar gewordene Riss zwischen den dominanten Strömungen der „Herzens-“ und „Verstandeseuropäer“²² einerseits und den Nationalrepublikanern und „Souveränisten“²³ andererseits prägt die konkreten europapolitischen Debatten ebenso wie die tiefer reichenden „Identitätsdiskurse“. Im Vergleich zu Deutschland erwies sich diese Spaltungslinie in Frankreich als ungleich folgenreicher für die Parteienlandschaft. Sowohl für die rechtsextreme Partei *Front national* von Jean-Marie Le Pen als auch für die in jüngerer Zeit bei Europa- und Präsidentschaftswahlen erfolgreichen trotzkistischen Listen und Kandidaten gehört der Kampf gegen die europäische Integration zum Standardrepertoire. Der Konflikt um die Europapolitik hat zudem zu Abspaltungen von etablierten Parteien geführt – in Form des antieuropäischen *Mouvement pour la France* um den erzkatholischen Ex-UDF-Abgeordneten Philippe de Villiers, des *Rassemblement pour la France* um Charles Pasqua (zu Beginn gemeinsam mit de Villiers) als Abspaltung von den Neogaullisten und der linksrepublikanischen „Bürgerbewegung“ (*Mouvement des citoyens*, inzwischen unter dem Namen *Pôle républicain*) um den Ex-Sozialisten und Nationalrepublikaner Jean-Pierre Chevènement. Während in Deutschland Versuche einer Parteibildung und Beteiligung an Wahlen unter „souveränistischer“ Flagge kläglich gescheitert sind – so etwa der „Bund freier Bürger“ des ehemaligen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner mit 1,1 Prozent bei den Europawahlen 1994 –, konnten „souveränistische“ Parteien und

20 Vgl. M. Jachtenfuchs (Anm. 17), S. 282. Umfassende Darstellungen der europapolitischen Programmentwicklung der Sozialisten und der Neogaullisten bieten Ulrike Guérot, *Die PS und Europa. Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten 1971–1995*, Bochum 1996, sowie Ralf Joas, *Zwischen Nation und Europa. Die europapolitischen Vorstellungen der Gaullisten 1978–1994*, Bochum 1996. Einen europäischen Vergleich der Entwicklung von Parteipositionen zu Grundfragen der europäischen Integration im Zeitraum von 1986 bis 1997 bietet Andreas Maurer, *Der Wandel europapolitischer Grundorientierungen nationaler Parteien in der europäischen Integration*, in: Mathias Jopp/ders./Heinrich Schneider (Hrsg.), *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung*, Bonn 1998, S. 301–363.

21 Vgl. Frédéric Bastien, *L'identité française et l'intégration européenne*, in: *Relations internationales*, 23 (1997) 90, S. 203–220; L. Ray (Anm. 19), S. 299.

22 Vgl. Sylvie Goulard, *Frankreich und Europa. Die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft*, in: M. Meimeth/J. Schild (Anm. 5), S. 175 ff.

23 Die Vertreter dieser Richtung bezeichnen sich selbst als „souveränistisch“, um zum Ausdruck zu bringen, dass sie sich einem „Souveränitätsverlust“ Frankreichs widersetzen.

Gruppierungen in Frankreich zeitweise beachtliche Wahlerfolge feiern, zumal bei Europawahlen.²⁴ Die europapolitische Spaltungslinie manifestierte sich aber in erster Linie *innerhalb* der etablierten Parteien, in den neunziger Jahren vor allem innerhalb der (inzwischen in der neuen Partei *Union pour un mouvement populaire* aufgegangenen) neogaullistischen Partei *Rassemblement pour la République* (RPR) von Staatspräsident Jacques Chirac. Seit den bitteren Wahlniederlagen bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2002 hat die Auseinandersetzung um die Europapolitik auch in den Reihen der Sozialisten wieder erheblich an Virulenz gewonnen. Die europapolitische Positionierung wird – wie schon in den siebziger Jahren²⁵ – erneut zu einem deutlichen Unterscheidungsmerkmal zwischen der Parteilinken und -rechten.

Allerdings berührte die europapolitische Spaltungslinie die *Struktur* des Parteiensystems bei nationalen Parlamentswahlen in Frankreich ebenso wenig wie in Deutschland, da sie durch alle Parteien geht und damit gewissermaßen „quer“ zur Bipolarisierungslogik französischer Parlamentswahlen – also der Verfestigung eines linken und eines rechten politischen Blocks – steht. Dennoch wird diese Konfliktlinie bei jeder wichtigen französischen Wahl stets aufs Neue sichtbar: zuletzt in besonders dramatischer Form, als Le Pen als Kandidat in der zweiten und entscheidenden Runde der Präsidentschaftswahlen den Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union forderte. Die Souveränisten setzen somit die etablierten Regierungsparteien beständig unter Druck und begrenzen deren „Europäisierung“ – und somit potentiell auch die Reichweite des europapolitischen Engagements der französischen Regierungen. Auf Eliten- und Parteebene produziert demnach die Einfügung der Bundesrepublik in das europäische Mehrebenensystem mit seinen zahlreichen föderalen Charakteristika weniger „Anpassungsstress“ als im unitarisch-zentralistischen Frankreich, für dessen Staatsdenken und politische Legitimationsvorstellungen der Begriff der Staatsnation weiterhin zentral bleibt.²⁶

24 Vgl. Pascal Perrineau, *L'enjeu européen, révélateur de la mutation des clivages politiques dans les années 1990*, in: François d'Arcy/Luc Rouban (Hrsg.), *De la Ve République à l'Europe. Hommage à Jean-Louis Quermonne*, Paris 1996, S. 45–59; Joachim Schild, *Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung*, in: *Aktuelle Frankreich-Analysen*, (1999) 14, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut (www.dfi.de/analysen/afa14.pdf).

25 Vgl. Geneviève Lemaire-Prosche, *Le PS et l'Europe*, Paris 1990, S. 66 ff.

26 Vgl. A. Sauder (Anm. 7), S. 303 ff., sowie Sabine Jung, *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute*, Baden-Baden 1999, S. 146 ff.

2. Die interne Dimension: Bevölkerungsidentitäten zwischen Nation und Europa

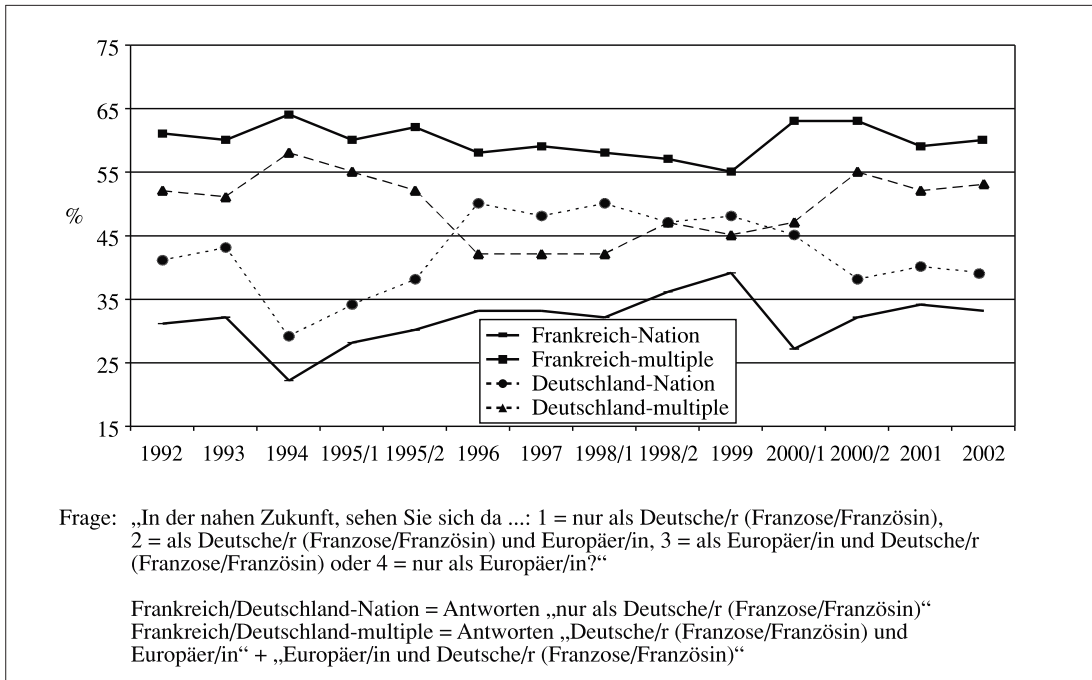
Der Grad der Europäisierung der Eliten- und Staatsidentitäten und deren Entwicklung über die Zeit findet keine einfache Entsprechung auf der Ebene der Bevölkerung beider Länder. Das markanteste Phänomen, das sich seit Beginn der achtziger Jahre anhand der Eurobarometer-Umfragen der EU-Kommission beobachten lässt, ist eine in der Bundesrepublik ungleich stärkere „Nationalisierung“ politisch-territorialer Identitäten.²⁷ Nur für die frühen achtziger Jahre (frühere vergleichbare Daten liegen nicht vor) stimmt das Bild, dass (West-)Deutsche sich stärker europäisch definieren als Franzosen. Danach kehrte sich die Entwicklung um: Seit Mitte der achtziger Jahre sind in Frankreich stets mehr Bürger zu finden, die sich nicht ausschließlich national, sondern auch europäisch definieren – ungeachtet der föderalen Tradition, unsicherer nationaler Identität und des sehr weitgehenden europäisch-föderalen Parteienkonsenses in der Bundesrepublik. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre definierte sich die relative Mehrheit der deutschen Bevölkerung sogar rein national (s. Schaubild). Erst in den vergangenen beiden Jahren bezeichnete sich wieder eine absolute Mehrheit der Bürger nicht nur als Deutsche, sondern auch als Europäer. In Frankreich hingegen waren seit Mitte der achtziger Jahre permanent absolute Mehrheiten der Befragten zu finden, die eine multiple territoriale Identität bekundeten, sich also nicht nur als Franzosen, sondern auch als Europäer betrachteten. Der Abstand zur Gruppe derjenigen, die sich ausschließlich als Franzosen sehen, betrug zeitweise bis zu 40 Prozentpunkten!

Die in Frankreich ungleich heftiger geführten europapolitischen Auseinandersetzungen seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages, das Auftauchen von souveränistischen Parteien und Präsidentschaftskandidaten, die Renaissance eines in der Publizistik breit verankerten neorepublikanischen Diskurses in den neunziger Jahren²⁸ – all dies hat in der französischen Bevölkerung keineswegs zu generell europaskeptischeren Einstellungsmustern und einer weiteren Verbreitung exklusiv nationaler Identifikationen geführt als in Deutschland.

27 Vgl. zum Folgenden J. Schild (Anm. 5), insb. S. 90. Zum Begriff der territorialen Identität vgl. André-Paul Frogner, *Les identités territoriales. Concepts, constitution et diffusion*, in: *Revue Internationale de Politique Comparée*, 5 (1999) 1, S. 11–19.

28 Vgl. François Beilecke, *Diskursive Rehabilitierung des republikanischen Modells und Neoliberalismus-Kritik in der französischen Presse seit 1990*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1999*, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut u. a., Opladen 1999, S. 97–112; Marieluise Christadler, *Neorepublikanismus gegen die Krise der Republik?*, in: ebd., S. 31–55.

Schaubild: Nationale Identität und multiple (nationale und europäische) Identitäten in Frankreich und Deutschland 1992–2002



Quelle: Eurobarometer 37.0, 40, 42, 43-1, 44-1, 46.0, 47-1, 49, 50.0, 52.0, 53, 54-1, 56-2, 57-1

Schon eher den Erwartungen entsprechen die Antworten auf eine Frage, die auf den Grad der Verbundenheit mit unterschiedlichen territorialen Einheiten – von der Gemeinde bis Europa – zielt. Hier zeigt sich, dass sich mit 44 Prozent deutlich mehr Franzosen als Deutsche (33 Prozent) der eigenen Nation „sehr verbunden“ fühlen. Im Hinblick auf Europa zeigen die Antworten jedoch keine ausgeprägteren Verbundenheitsgefühle auf deutscher Seite (16 Prozent fühlen sich jeweils „sehr verbunden“).

Wie lässt sich erklären, dass eine im Vergleich zu Frankreich stärker europäisierte Staatsidentität in Deutschland zumindest seit Mitte der achtziger Jahre keineswegs mit einer „europäischeren“ Bevölkerungsidentität einhergeht? Man kann sich angesichts der Befunde zu den Eliten- und Bevölkerungsidentitäten in beiden Ländern fragen, ob eine offen und kontrovers geführte Europadebatte nicht eine wichtige Voraussetzung für die solide Verankerung europäischer Identifikationsmuster im Bewusstsein der Bürger ist. Der fest gefügte europäische Elitekonsens in Deutschland hat verhindert, dass die weit verbreitete und in zahllosen Umfragen belegte Euro-Skepsis der deutschen Bevölkerung einen politischen Ausdruck fand. Gerade der Umstand, dass eine breitere politische Artikulation der Bindung vieler Deutscher an das

nationale Identitätssymbol D-Mark fehlte, hat möglicherweise zu einer unterschweligen „Nationalisierung“ kollektiver Identität und zur Wahrnehmung eines Gegensatzes zwischen europäischer und nationaler Identität in Deutschland beigetragen.

Eine Erklärung für die deutsch-französischen Unterschiede auf der Bevölkerungsebene könnte die stärker politische Definition nationaler Identität in der französischen Bürgernation sein. Sie kontrastiert mit der tradierten ethnischen Definition von Nation in Deutschland, die erst durch die Staatsbürgerschaftsreform der rot-grünen Koalition nach dem Regierungswechsel 1998 aufgebrochen wurde. Da auch eine europäische Identität sich in Ermangelung eines europäischen Ethnos nur politisch – über gemeinsame Ziele und Projekte – und über geteilte Werte definieren lässt, dürfte für Franzosen eine nationale politische Identität eher mit einer europäischen politischen Identität kompatibel erscheinen als für Deutsche. Kurz: Je *politischer* die Definition nationaler Identität ausfällt, desto größer ist die Chance für eine Herausbildung multipler territorialer Identitäten unter Einschluss einer europäischen politischen Identitätskomponente.

Eine weitere Erklärung der deutsch-französischen Kontraste sind die unterschiedlichen Europadis-

kurse in beiden Ländern. Stärker als in Deutschland wird die EU in Frankreich als erweiterter Rahmen für die Verfolgung politischer Ziele und Programme gedeutet, die auf nationaler Ebene kaum noch verwirklicht werden können – von einer aktiven Industriepolitik und Konjunktursteuerung bis zur Stärkung der europäischen weltpolitischen Rolle als Ergänzung oder auch Ersatz für die eigene. Traditionelle Elemente nationaler Identitätskonstruktion werden damit auf die europäische Ebene ausgedehnt.²⁹ Vielleicht müssen die integrationsfreundlichen politischen Kräfte in Frankreich die Kompatibilität zwischen nationalen politischen Zielen bzw. Werten und der EU-Politik, zwischen nationaler und europäischer Identität umso mehr betonen, als ihre einflussreichen „soveränistischen“ Gegner diese vehement in Abrede stellen. Ein weiterer Unterschied zwischen den Europadiskursen ist darin zu sehen, dass die EU in Frankreich sehr viel häufiger als Bollwerk gegen die Auswirkungen einer Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen präsentiert wird. Diese Abgrenzung nach außen befördert die Identitätsbildung im Innern.

V. Folgen für die europäische Verfassungspolitik

Inwieweit sind nun die Unterschiede zwischen den externen oder „Staatsidentitäten“ und den Bevölkerungsidentitäten folgenreich für die europäische Verfassungspolitik im Konvent? Im bisherigen Verlauf der Arbeiten des Verfassungskonvents sind – wie schon während der Regierungskonferenzen von Maastricht, Amsterdam und Nizza – ausgeprägte deutsch-französische Unterschiede sichtbar geworden.³⁰ Sie betreffen die Bereitschaft, die supranationalen Organe – Europäisches Parlament, EU-Kommission und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) – zu stärken, eine verbesserte demokratische Legitimation europäischer Politik auf EU-Ebene und nicht lediglich über nationale Regierungen oder eine neu zu schaffende Vertretung nationaler Parlamente auf EU-Ebene („Kongress der europäischen Völker“) zu suchen und in der Außenpolitik auf Mehrheitsentscheidungen zurückzugreifen.³¹ Die Unterschiedlichkeit der von den politischen Eliten vertretenen Positionen zum und im Konvent beruht nicht zuletzt auf den

29 Vgl. T. Risse (Anm. 14), S. 212.

30 *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu den Beitrag von Ulrike Guérot in dieser Ausgabe.

31 Vgl. Joachim Schild, *Französische Positionen in der ersten Phase des EU-Konvents. Raum für deutsch-französische Gemeinsamkeiten?* (SWP-Studie 26/02), Berlin August 2002.

unterschiedlichen „Staatsidentitäten“, auf divergierenden Sichtweisen des Verhältnisses von Staat, Nation und EU sowie – damit verbunden – auf einem unterschiedlichen außenpolitischen Rollenverständnis.

Die Staatsidentitäten finden auf der Bevölkerungsebene jedoch allenfalls in Ansätzen eine Entsprechung. Die weite Verbreitung multipler – nationaler *und* europäischer – Identifikationsmuster in den Bevölkerungen beider Länder lässt den Regierungen und Konventsvertretern hinreichend Spielraum bei der Suche nach einer geeigneten Verfassungsordnung für eine effiziente, transparente und legitime EU. Trotz der im Vergleich zu Frankreich geringeren Verbreitung multipler Identitäten sind doch auch in Deutschland mit Ausnahme der Jahre 1996 bis 1999 diejenigen stets in der Minderheit, die sich ausschließlich als Deutsche und nicht auch als Europäer sehen. Dass die Vorbehalte gegenüber einer europäischen Verfassung hierzulande nicht größer sind als in Frankreich, wird auch aus Antworten auf Eurobarometer-Fragen deutlich, die sich unmittelbar auf den Prozess der Verfassungsgebung und einige seiner Kernfragen beziehen. 65 Prozent der Deutschen und 59 Prozent der Franzosen bekundeten im Frühjahr 2002, dass die EU eine Verfassung haben sollte.³²

Was die Aufgabenverteilung zwischen nationaler Regierung und Europäischer Union anbelangt, so lässt sich bei den Bevölkerungen beider Länder in zwei Kernfeldern – der Außen- sowie der Verteidigungspolitik – eine Nachfrage nach „mehr Europa“ ausmachen: 75 Prozent der Deutschen und immerhin 60 Prozent der Franzosen befürworteten eine europäische Außenpolitik gegenüber Drittländern, und sogar 79 Prozent der Deutschen gegenüber 71 Prozent der Franzosen plädieren für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.³³ Allerdings fällt das Bild im Bereich der Verteidigungspolitik weniger eindeutig aus, wenn danach gefragt wird, ob die EU oder aber die nationalen Regierungen die Entscheidungen treffen sollten. Die Außenpolitik gegenüber Drittlän-

32 Die Frage lautete: „Sind Sie der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte oder nicht?“. Vorgegebene Antworten: 1. ja, sie sollte eine Verfassung haben; 2. nein, sie sollte keine Verfassung haben; 3. weiß nicht. Vgl. Europäische Kommission, Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union (Bericht Nr. 57), Brüssel, Oktober 2002, S. B.49.

33 Ebd., S. B.60. Die Frage lautete: „Wie ist Ihre Meinung zu folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.“ – „Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten“; „Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“. Vorgegebene Antworten: 1. dafür; 2. dagegen; 3. weiß nicht.

dern soll nach Meinung von jeweils 75 Prozent der Franzosen und Deutschen auf europäischer Ebene entschieden werden; über Verteidigungsfragen hingegen soll nach Ansicht von 50 Prozent der Franzosen die eigene Regierung entscheiden, 47 Prozent sprechen sich für europäische Entscheidungen aus. In Deutschland ist eine Mehrheit (54 zu 41 Prozent) zugunsten von Entscheidungen auf europäischer Ebene zu finden.³⁴

Eine Kernfrage, der sich der Verfassungskonvent stellen muss, ist die Ausweitung der Anwendungsbereiche für Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. In diesem Punkt gibt es in Deutschland wie in Frankreich erhebliche Vorbehalte. Nur eine relative Mehrheit der Deutschen (43 Prozent) und Franzosen (38 Prozent) kann sich damit anfreunden, dass in einer erweiterten EU Entscheidungen „von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten“ getroffen werden sollen; immerhin 35 Prozent der Deutschen und 32 Prozent der Franzosen sprechen sich für einstimmige Entscheidungen aller Mitgliedstaaten aus.³⁵ Auch befürwortet eine absolute Mehrheit von jeweils 51 Prozent der Bürger in beiden Ländern das Festhalten an einem Vetorecht für alle Mitgliedstaaten bei den „wichtigsten oder heikelsten Entscheidungen“, um „die wesentlichen nationalen Interessen zu erhalten“.³⁶

Wiewohl auf Bevölkerungsebene offenbar keine vorbehaltlose Unterstützung für einen Ausbau supranationaler Strukturen und Entscheidungsverfahren zu finden ist, stellt die öffentliche Meinung in Deutschland und Frankreich keine empfindliche

Schranke für das Agieren der deutschen und französischen Vertreter im Konvent dar. Im Gegensatz zu anderen aktuellen europapolitischen Themen – wie der bevorstehenden EU-Osterweiterung³⁷ – bietet der Konventsprozess aufgrund seiner „sperrigen“ verfassungsrechtlich-institutionellen Fragen vergleichsweise wenig konkrete Ansatz- und Kristallisationspunkte für eine politische Mobilisierung europaskeptischer Teile der Bevölkerung. In wichtigen Bereichen – insbesondere hinsichtlich der Fortentwicklung einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik – eilt die Öffentlichkeit den eher zaghaften politischen Eliten sogar weit voraus, in Frankreich noch stärker als in Deutschland. Die größere Verbreitung exklusiv nationaler Identifikationsmuster in der deutschen Bevölkerung schlägt sich nicht in einer ablehneren Haltung zur europäischen Verfassungsentwicklung nieder. Das Agieren der Konventsakteure beider Länder wird somit in erster Linie durch die europapolitischen Traditionen, Verfassungsideen und außenpolitischen Rollenvorstellungen der jeweiligen politischen Eliten bestimmt. Die Identifikations- und Einstellungsmuster der Bevölkerungen im Spannungsfeld zwischen Nation und Europa eröffnen den Eliten durchaus breite Handlungskorridore.

Insgesamt betrachtet findet sich ein auffälliger Kontrast zwischen den deutlichen deutsch-französischen Unterschieden im Hinblick auf die externen „Staatsidentitäten“, die auch die Positionsbestimmung beider Regierungen im Konvent stark beeinflussen, und den sehr viel geringeren Differenzen in den nationalen bzw. europäischen Identifikationsmustern auf Bevölkerungsebene sowie generell in den Bevölkerungseinstellungen zur EU und zur Integrationsentwicklung. Angesichts der stärkeren Verbreitung exklusiv nationaler Identitäten in der deutschen Bevölkerung kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass die deutschen politischen Eliten und die Bundesregierungen ihrer Bevölkerung – nicht nur im Falle der Euro-Einführung – zeitweise deutlich vorausseilen. Die französischen Regierungen sowie die europapolitisch zerrissenen und von internationalen Statusängsten geplagten französischen Eliten scheinen der Entwicklung der öffentlichen Meinung und dem Europäisierungsprozess nationaler Identität in der französischen Gesellschaft dagegen eher hinterherzuhinken.

34 Ebd., S. B.47 f. Die Frage lautete: „Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der Deutschen Bundesregierung (gouvernement français) oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.“ Abgefragte Bereiche u. a.: Verteidigung, Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union. Vorgegebene Antworten: 1. Entscheidungen durch die Bundesregierung (gouvernement français); 2. Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU; 3. weiß nicht.

35 Ebd., S. B.85. Die Frage lautete: „Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird die Zahl der Mitgliedstaaten von 15 auf mehr als 25 ansteigen. Wie sollten dann Ihrer Meinung nach die Entscheidungen in der Europäischen Union getroffen werden?“ Vorgegebene Antworten: 1. einstimmig von allen Mitgliedstaaten; 2. von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten; 3. es kommt darauf an (nur falls spontan genannt); 4. weiß nicht.

36 Ebd., S. B.53. Die Frage lautete: „In der Europäischen Union hat jedes Mitgliedsland das Recht, ein Veto bei den wichtigsten oder heikelsten Entscheidungen einzulegen. Mit anderen Worten, jedes Land kann eine solche Entscheidung blockieren, selbst wenn die anderen Länder diese Entscheidung unterstützen. Sollte dieses Vetorecht: 1. beibehalten werden, um die wesentlichen nationalen Interessen zu erhalten; 2. abgeschafft werden, um die Europäische Union leistungsfähiger zu machen?; 3. weiß nicht.“

37 In jüngeren Eurobarometer-Umfragen fielen Deutschland und Frankreich – neben Großbritannien – wiederholt als EU-Länder mit der geringsten Zustimmung zur EU-Osterweiterung auf. Vgl. etwa Europäische Kommission (Anm. 32).

Die sozialen und kulturellen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands seit 1945

Der Elysée-Vertrag von 1963 ist das Ergebnis einer politischen Entscheidung. Das Vertragswerk sollte vor allem den Rahmen für die damals neuartige französisch-deutsche Partnerschaft bilden. Im Elysée-Vertrag ging es im Kern nicht um soziale und kulturelle Beziehungen, aber sie spielten doch eine sichtbare Rolle. Erziehung, Sprachen, Familie und Jugend wurden Teil des ständigen Konsultationsprogramms der beiden Regierungen, das Deutsch-Französische Jugendwerk wurde eingerichtet. Eine Vision der gesellschaftlichen und kulturellen Annäherung enthielt der Vertragstext sicher nicht. Trotzdem ist er Teil einer französisch-deutschen Geschichte der großen gesellschaftlichen und kulturellen Divergenzen und Blockaden unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und der langsamen, schwierigen Annäherung seit den sechziger Jahren.

Im Folgenden wird zunächst die Situation vor Abschluss des Vertrages skizziert. Danach sollen die Veränderungen in den Beziehungen beider Länder seit den sechziger Jahren geschildert werden – die Abmilderung der gesellschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland einerseits und die Intensivierung der Kooperation zwischen beiden Ländern andererseits. Der Elysée-Vertrag hat an diesem ganz erstaunlichen Prozess seinen Anteil und ist gleichzeitig Ausdruck dieser Entwicklung.¹

I. Die sozialen und kulturellen Beziehungen vor 1963

Während der fünfziger Jahre konnte man nur schwer von einer ernsthaften Annäherung der französischen und der westdeutschen Kultur und Gesellschaft sprechen, ganz zu schweigen von den tief greifenden Unterschieden zwischen Frankreich und der SBZ bzw. DDR. Die Zeitgenossen hatten vor allem die Trennlinien zwischen den

¹ Da es sich um einen Vertrag zwischen Frankreich und der alten Bundesrepublik handelte, wird auf die DDR im Folgenden nur am Rande eingegangen. Man sollte sie freilich nicht völlig herauslassen, da sie Teil der deutschen Geschichte ist.

Gesellschaften beiderseits des Rheins vor Augen. Frankreich und die alte Bundesrepublik verband zwar weit mehr miteinander als jemals zuvor in den vergangenen 150 Jahren: Beide Länder waren parlamentarische Republiken und liberale Marktwirtschaften, zudem seit 1950 Mitgliedstaaten der Montanunion, seit 1957 auch der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und seit 1955 Bündnispartner in der NATO. Gleichwohl lagen sie aber aus mehreren Gründen kulturell und gesellschaftlich weit auseinander.

1. Unterschiedliche Erinnerungen und nationale Identitäten

Die Schatten von zwei Weltkriegen, in denen sich Frankreich und Deutschland als Gegner gegenübergestanden hatten, belasteten die Beziehungen in den fünfziger Jahren noch immer. Die Erinnerungen an den Tod vieler junger Deutscher und Franzosen in den Schlachten des Ersten Weltkriegs, die französische Erinnerung an die deutsche Besatzung des östlichen Landesteils im Ersten, dann großer Teile Frankreichs einschließlich der Hauptstadt Paris im Zweiten Weltkrieg, die Morde an französischen Widerstandskämpfern und Geiseln, aber auch die deutsche Erinnerung an die – unvergleichlich mildere – französische Besatzung im Rhein-Ruhr-Gebiet und im Südwesten Deutschlands waren immer noch wach.

Der Kalte Krieg schuf zwar einen gemeinsamen Gegner, brachte aber gleichzeitig neue Gegensätze hervor. In Frankreich besaß eine starke, durch den Widerstand gegen die deutsche Besatzung moralisch gestärkte kommunistische Partei großen öffentlichen Einfluss. Unmittelbar nach dem Krieg war sie Koalitionspartner in Regierungen gewesen, sie kontrollierte die größte Gewerkschaft des Landes, besaß viel Einfluss unter den französischen Intellektuellen, von denen nur einige der Partei nach dem Ungarn-Aufstand von 1956 den Rücken gekehrt hatten. In der alten Bundesrepublik dagegen waren kommunistische Strömungen durch den Konflikt mit der Sowjetunion und der DDR kompromittiert; die kommunistische Partei war in den Wahlen weit unter die Fünf-Prozent-Marke gesunken, bevor sie von der Regierung unter Konrad Adenauer verboten wurde.

Durch den Zusammenbruch seines Kolonialreichs war Frankreich den Deutschen noch fremder geworden. Diesen blieb schwer verständlich, was hinter dem Indochina- und dem Algerienkrieg, hinter den Konflikten zwischen der französischen Polizei und den in Frankreich lebenden Algeriern sowie hinter dem Zusammenbruch der IV. Republik stand und was 1959 zur V. Republik und zur Machtübernahme Charles de Gaulles führte. Frankreich machte in dieser Phase eine seiner traumatischsten Erfahrungen im 20. Jahrhundert. In der ruhigen, beschaulichen, prosperierenden Adenauer-Ära suchte man dagegen die jüngste Vergangenheit zu vergessen.

In ihrem nationalen Selbstverständnis lagen die beiden Länder denkbar weit auseinander. Den Nationalkult de Gaulles, das Berufen auf die „grande nation“, die Militärparaden und die Beschwörung der französischen Sprache und Kultur sahen die Deutschen häufig als anachronistisch an. Sie fürchteten sogar einen französischen Anspruch auf kulturelle Suprematie und verstanden meist nicht, dass de Gaulle auch die Niederlage gegen die Wehrmacht 1940, die nicht selten bitteren Erfahrungen als vierte Besatzungsmacht von 1945 und den Zusammenbruch des französischen Kolonialreichs zu kompensieren versuchte. Die Franzosen kamen umgekehrt mit den „querelles allemandes“ – der Rivalität zwischen der Bundesrepublik und der DDR – nicht zurecht, die sie als Rückkehr zur deutschen Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts interpretierten.

Ihr jeweiliges Verhältnis zu den USA trieb die beiden Länder weiter auseinander und führte bei der Verabschiedung des Elysée-Vertrags im Bundestag zu einer Verstimmung zwischen der französischen und der deutschen Regierung.² Trotz zweier Kriege hatten die Deutschen eine lange, enge Bindung an die USA: durch die Auswanderung von Millionen Deutscher nach Amerika; durch die amerikanische Wiederaufbaupolitik nach 1945; durch die Erfahrung der amerikanischen Solidarität während der Berlin-Blockade; auch durch den kulturellen und politischen Einfluss der deutschen Emigranten in den USA, von denen nicht wenige als intime Kenner des Landes in der Öffentlichkeit wirkten.

Die französischen Intellektuellen standen dem amerikanischen Kultureinfluss, vor allem der Massenkonsumgesellschaft, viel ablehnender gegenüber. Sie kritisierten auch die Rolle der USA im Kalten Krieg. In der Mehrheit unterstützten sie die unabhängige Außen- und Sicherheitspolitik Frankreichs gegenüber den USA – unter deut-

lichen Intellektuellen eine so außergewöhnliche Position, dass man sie „gaullistisch“ nannte. Die Supermacht USA wurde in Frankreich und in der Bundesrepublik ganz unterschiedlich gesehen.

2. Verschiedene Wertvorstellungen

Die Wertvorstellungen in beiden Ländern lagen damals noch sehr weit auseinander und ließen den jeweiligen Nachbarn fremd erscheinen. So hatten Ehefrauen und Mütter in Frankreich mehr Spielraum für eine eigene Berufstätigkeit und einen eigenen Wirkungskreis. Frauen arbeiteten in Frankreich nicht nur häufiger – als Angestellte, als Lehrerinnen, als Ärztinnen. Sie standen in den zahlreichen Familienbetrieben auch oft hinter der Kasse. Es war schon in den fünfziger Jahren üblich, die Kinder in Kindergärten oder in die allmählich entstehenden Ganztagschulen zu schicken, die Töchter studieren zu lassen.

In der Bundesrepublik hingegen haftete der Arbeit von Ehefrauen und Müttern eher der Makel einer finanziellen Notlage an. Deutsche Frauen gingen deshalb auch seltener einer Beschäftigung nach bzw. nahmen weniger häufig ein Studium auf. Umgekehrt erhielten die Jugendlichen hierzulande oft mehr Freiraum, sollten ihre eigene Meinung entwickeln, sich abnabeln; sie durchlebten schärfere Generationenkonflikte und wandten sich mit zunehmendem Alter auch stärker von der Herkunftsfamilie ab. Deutsche verstanden daher unter „Familie“ nur die engere Familie der Eltern und Kinder, Franzosen dagegen meist auch die weitere Verwandtschaft, Großeltern, Onkel, Tanten, Vettern und Kusinen. Sie fühlten sich an diese größere Familie auch stärker gebunden.

In der Arbeitswelt sahen Franzosen nicht nur in den fünfziger Jahren, sondern auch später betriebliche Hierarchien eher als gegeben an, standen den Unternehmern gleichzeitig misstrauischer, notfalls auch kämpferischer gegenüber, waren auf mehr Flexibilität und Improvisation am Arbeitsplatz eingestellt. Die Deutschen hingegen hielten genau umschriebene Verantwortungsbereiche für wichtiger. Seit den fünfziger Jahren legen jedoch auch die Bundesbürger mehr Wert auf Gruppenarbeit, auf Freizeit, auf stressfreie Arbeit, auf mehr Selbstverwirklichung.

Hinsichtlich der religiösen Werte bestand in Frankreich ein tiefer Gegensatz zwischen laizistischer und kirchlich gebundener Kultur, Erziehung, Politik. Dieser Gegensatz, der sich in ähnlicher Weise auch in der DDR entwickelte, blieb der alten Bundesrepublik fremd. Dort kam es allmählich zu einer Symbiose zwischen den beiden christlichen Kirchen, die für Franzosen schwer verständlich blieb.

² Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu den Beitrag von Peter A. Zervakis und Sébastien von Gossler in dieser Ausgabe.

Hinter diesen weiter existierenden Unterschieden verbargen sich fortbestehende historische Divergenzen: vor allem die ältere und solidere politische Liberalität Frankreichs, die ganz unterschiedliche Erfahrung des NS-Regimes, daneben aber auch die Verschiedenartigkeit der Industrialisierung und der sozialen Milieus, auf die unten noch zurückzukommen sein wird.

3. Zaghafte Verständigungsinitiativen

Intellektuelle und Wissenschaftler bauten nach dem Zweiten Weltkrieg kaum Brücken zwischen beiden Ländern. In ihrer Mehrzahl standen sie einer engeren französisch-deutschen Zusammenarbeit eher desinteressiert oder sogar ablehnend gegenüber, und zwar aus mehreren Gründen: Intellektuelle und Wissenschaftler waren im Ersten und Zweiten Weltkrieg teils an der Mobilisierung der nationalen Öffentlichkeit gegen das Nachbarland beteiligt gewesen wie manche Romanisten, Germanisten oder Historiker, teils hatten sie – vor allem als Franzosen – unter der Besatzung durch das andere Land gelitten oder am Widerstand teilgenommen wie der berühmte Historiker Fernand Braudel, der Jahre in deutscher Kriegsgefangenschaft zubringen musste, oder sein Kollege Marc Bloch, den die Gestapo ermordete.

Schon in der Zwischenkriegszeit hatten sich Angehörige der wissenschaftlichen und kulturellen Eliten meist als feindliche Rivalen betrachtet und behandelt. Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle waren nach so langen Jahren der Entfremdung nur noch wenig mit den wissenschaftlichen Trends und den Fachsprachen des anderen Landes vertraut; auch die Versöhnungswilligen unter ihnen fanden oft keine gemeinsame Sprache mehr. „Die Kontakte zwischen den französischen und deutschen Historikern sind schon vor langer Zeit verloren gegangen“, schrieb Fernand Braudel 1959 über sein Fach, die Geschichtswissenschaft. „Deshalb führt oft ein schlecht gewähltes Wort oder ein hastiges Argument zu einer sinnlosen Diskussion.“

Nur eine Minderheit von Wissenschaftlern und Intellektuellen engagierte sich für die Verständigung beider Länder. Dazu gehörten auf französischer Seite Angehörige des „comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle“, das 1948 von einem Kreis bekannter Germanisten, Philosophen und Journalisten an der Sorbonne gegründet wurde. Zu seinen Mitgliedern zählten auch Joseph Rovin und Alfred Grosser, die später eine wichtige Vermittlerrolle zwischen der französischen und der deutschen Öffentlichkeit spielen sollten. Dazu gehörte auch das von Jean du Riveau gegründete CECES, das ebenfalls auf den Aus-

tausch und die Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen ausgerichtet war und die in Frankreich und Deutschland heute noch bestehenden Zeitschriften „Documents“ und „Dokumente“ herausgab.

Auf deutscher Seite ist hier vor allem das 1949 gegründete „Deutsch-Französische Institut“ in Ludwigsburg zu nennen, das sich – mit dem Romanisten und Historiker Fritz Schenk an der Spitze – in der Anfangszeit vor allem auf Austausch- und Begegnungsprogramme konzentrierte und von dem damaligen württembergischen Landespolitiker Carlo Schmid unterstützt und später auch geleitet wurde. Auch das 1951 in Mainz eröffnete Institut für europäische Geschichte arbeitete vor allem an der Verständigung zwischen der französischen und deutschen Geschichtswissenschaft. Diese Verständigungsprojekte hatten allerdings alle gegen eine ablehnende oder desinteressierte Tendenz nicht nur im Wissenschaftsmilieu, sondern auch in der Öffentlichkeit zu kämpfen.

4. Fortdauer der alten Feindbilder

Die Meinungsumfragen, die seit den fünfziger Jahren durchgeführt wurden, ließen sehr klar die Fortdauer der alten Feindbilder in der Bevölkerung erkennen. In Frankreich traute man den Deutschen zehn bis fünfzehn Jahre nach der deutschen Besatzung nicht über den Weg. Nur eine Minderheit von zehn bis zwanzig Prozent der Franzosen fasste Vertrauen zu den Deutschen, umgekehrt war unter den Deutschen das Vertrauen in die Franzosen ähnlich gering.

Insgesamt deuteten die kulturellen und sozialen Beziehungen zwischen Frankreich und der alten Bundesrepublik in den fünfziger Jahren nicht auf eine besonders enge Verbindung zwischen den beiden Ländern hin. Die ganz unterschiedlichen nationalen Identitäten und Erinnerungen hatten sie einander grundlegend entfremdet. Aus dem Bereich der Zivilgesellschaft waren daher kaum breite Initiativen für besondere Beziehungen in der Zukunft zu erwarten.

Tatsächlich kamen die entscheidenden Anstöße für eine engere kulturelle und soziale Zusammenarbeit bis in die sechziger Jahre von Seiten der Regierungen, etwa die Einrichtung des Centre Européen de Recherche Nucléaire (CERN)³ oder des Deutschen Historischen Instituts in Paris, die ersten Städtepartnerschaften ebenso wie die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Der Elysée-Vertrag stellte hier eine wichtige Station dar.

³ Europäisches Zentrum für Kernforschung.

II. Annäherung der französischen und der deutschen Gesellschaft

Seit den sechziger Jahren hat sich die Annäherung der beiden Gesellschaften beschleunigt. Die Unterschiede haben sich ganz augenscheinlich nicht aufgelöst, aber beide Länder sind sich in wesentlichen Bereichen ähnlicher geworden.

1. Parallelen in der wirtschaftlichen Entwicklung

Eine erste Annäherung fand im Bereich der Wirtschaft statt. Man sollte dabei im Auge behalten, dass Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert ganz unterschiedliche Wege der Industrialisierung beschritten hatten. In Deutschland waren große Unternehmen entstanden, meist keine Familienbetriebe mehr, sondern von Managern geleitete Firmen, vor allem im Kohlebergbau, in der Stahlindustrie, in der chemischen und der Elektroindustrie. Die Bundesrepublik war zum Exportland geworden. Sie hatte einen völligen Wandel der Erwerbstätigkeit und einen raschen Durchbruch der Industriewirtschaft erlebt.

In Frankreich nahm das Wirtschaftswachstum zwar ebenfalls zu, die Entwicklung verlief aber auf ganz anderem Wege. Französische Unternehmen waren meist Mittelstandsbetriebe in Familienbesitz. Die Berufsstruktur wandelte sich nur sehr langsam. Frankreich blieb ein halb agrarisches Land. Die wichtigsten Wachstumsimpulse lieferte die Binnennachfrage der wohlhabenderen Franzosen. Die französische Wirtschaft exportierte deutlich weniger Güter als die deutsche. Auch den klassischen Schlüsselindustrien, der Schwer- und Elektroindustrie, kam nicht dieselbe Rolle zu wie in Deutschland. Diese Unterschiede waren in den fünfziger Jahren weiter prägend, verschärft noch dadurch, dass die französische Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg durch die Ausbeutungspolitik der Nationalsozialisten massiv geschwächt worden war.

Seit den sechziger Jahren hat sich Frankreich jedoch ebenfalls zu einer Exportnation entwickelt, die nicht mehr nur die traditionellen französischen Produkte wie Käse, Wein, Parfum und Mode ausführte, sondern wie die Bundesrepublik auch moderne Industrieprodukte und Dienste. Große Unternehmen entstanden; unter den bedeutendsten Konzernen der Welt sind heute – relativ gesehen – ebenso viele französische wie deutsche Firmen. In beiden Volkswirtschaften hatte sich seit den fünfziger Jahren der Autobau zur Schlüsselindustrie entwickelt. Frankreich und die Bundesrepublik arbeiteten im Raketen- und Flugzeugbau

zusammen, gründeten gemeinsam das weltweit zweitwichtigste Flugzeugunternehmen Airbus Industrie. Neue deutliche Unterschiede, die in der Nachkriegszeit zwischen der französischen „planification“ und der deutschen sozialen Marktwirtschaft entstanden waren, schliffen sich nun immer mehr ab. In den späten achtziger Jahren hatten sich beide Wirtschaften so stark angenähert, dass eine gemeinsame Europäische Zentralbank gegründet und von den Öffentlichkeiten beider Länder auch akzeptiert wurde. Das wäre in den fünfziger und sogar noch in den frühen siebziger Jahren undenkbar gewesen.

2. Angleichung der Familienstrukturen

Eine zweite Annäherung fand im Bereich der Familie statt. Frankreich und Deutschland wiesen im 19. und frühen 20. Jahrhundert ganz unterschiedliche Familienstrukturen auf. Hierzulande hatte das Bevölkerungswachstum weit über dem Frankreichs gelegen, ebenso die Kinderzahl. Allerdings war auch die Säuglings- und Müttersterblichkeit höher, die familiäre Rolle des Mannes autoritärer, die Mutterrolle erwies sich für die Frauen als bindender. Zugleich ließ sich eine deutlichere Ablösung der erwachsenen Kinder vom elterlichen Haushalt ausmachen, die eigene Haushaltsgründung erfolgte häufiger. Frankreich dagegen hatte für damalige europäische Verhältnisse ungewöhnlich niedrige Geburtenraten und zugleich eine geringere Säuglings- und Müttersterblichkeit. Die Elternphase war kürzer, es gab eine Lebensphase nach der Familie, das Frauenbild wurde nicht auf die Mutterrolle reduziert. Zugleich bestand aber die lebenslange Sicherung durch die Familie fort.

Diese Unterschiede zwischen beiden Ländern haben sich seit den fünfziger Jahren zunehmend verwischt. Auch in Frankreich hat sich die Kernfamilie ohne Großeltern und Anverwandte immer weiter durchgesetzt. Die familiären Lebenszyklen ähneln sich mehr und mehr. Die französischen Geburtenraten hatten sich den deutschen schon während der vierziger Jahre angenähert. Umgekehrt nahm die Berufstätigkeit der verheirateten Frauen und Mütter während der fünfziger und sechziger Jahre auch in der alten Bundesrepublik – und noch stärker in der DDR – zu; Deutschland und Frankreich unterscheiden sich heute auch in diesem Punkt weit weniger als um 1950.

3. Abbau der sozialen Unterschiede

Die Unterschiede in den sozialen Milieus zwischen beiden Ländern haben in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgenommen. Diese waren vor allem bei den Bauern und dem Bürgertum groß gewesen. In Frankreich war das traditionelle

bäuerliche Milieu im 19. Jahrhundert noch weit stärker vertreten. Der Bauer, ohne Berufsausbildung, in der Familienwirtschaft aufgewachsen und an diese gebunden, meist im bäuerlichen Milieu verheiratet, mit einem vom Städter scharf unterschiedenen Lebensstil, war deutlich häufiger zu finden als in Deutschland. Das Bürgertum – in Frankreich schon im 19. Jahrhundert politisch einflussreicher, liberaler, in sich geschlossener – hatte durch die aristokratischen und proletarischen Schichten weit weniger Konkurrenz erhalten als in Deutschland. Es war nicht – wie hierzulande – durch die Inflation traumatisiert und durch die NS-Zeit diskreditiert und deshalb auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der französischen Öffentlichkeit präsenter und bestimmender für den Lebensstil des ganzen Landes.

Mit Beginn der fünfziger bzw. sechziger Jahre wurden die klassischen sozialen Trennlinien des Bürgertums zu den unteren Schichten – die akademische Ausbildung einerseits und der Besitz als Sicherheit andererseits – in beiden Ländern zunehmend schwächer. Mit der raschen Öffnung der Hochschulen für breite Schichten – in Frankreich noch stärker als in der alten Bundesrepublik oder der DDR – stieg der Anteil der Universitätsabsolventen von einer verschwindend kleinen, meist männlichen Elite zu einem Drittel (oder mehr) der Jahrgänge; darunter befanden sich nun auch sehr viel mehr Frauen. In beiden Ländern stellten Akademiker nicht mehr eine winzige Insel von Gebildeten in einem Meer von Volksschulabsolventen dar. Zudem weitete sich hier wie dort der Kreis derer, die über Eigentum – Häuser, Wohnungen, Autos, Ersparnisse – verfügten. Mit dem entstehenden modernen Wohlfahrtsstaat verlor der Besitz seine einzigartige Bedeutung als soziale Sicherheit für Familien. Diese Veränderungen fanden auf beiden Seiten des Rheins in gleicher Weise statt. Die sozialen Milieus wurden ähnlicher.

Lange Zeit war Deutschland das Land der massiven sozialstaatlichen Intervention gewesen. Seit der Bismarckzeit waren staatliche Sozialversicherungen entstanden, die in Europa in vieler Hinsicht als Modell galten. Der französische Sozialstaat hatte sich davon grundsätzlich unterschieden, hatte autonome, öffentlich nur subventionierte Sozialversicherungen entwickelt. In der Nachkriegszeit deutete sich ein neuer Gegensatz an: Die schon erwähnte französische „planification“ schien plötzlich weit mehr als die westdeutsche soziale Marktwirtschaft auf den staatlichen Eingriff zu setzen, ähnlich wie die DDR. Die tief greifende Reform des Sozialstaats und die Schaffung der „sécurité sociale“ kündigte auf den ersten Blick einen noch

rigideren Staatseingriff als in der Bundesrepublik an, weil sie sich am britischen Modell einer völlig einheitlichen, nicht mehr autonomen, öffentlichen Einheitsversicherung orientierte, wie sie auch in der DDR eingeführt worden war.

Seit den sechziger Jahren verlief die Entwicklung der Sozialversicherungssysteme Frankreichs und der alten Bundesrepublik allerdings durchaus ähnlich. Beide Länder führten nach und nach obligatorische Sozialversicherungen für den größten Teil der Bevölkerung ein. Diese wurden durch eine Mischung von Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Staatsbeiträgen finanziert. Die vergleichbar hohen Sozialausgaben nahmen trotz der öffentlichen Kritik am Wohlfahrtsstaat bis heute kontinuierlich – gemessen an der Wirtschaftsleistung – zu. In den jüngeren soziologischen Einteilungen der europäischen Sozialversicherungssysteme werden deshalb Frankreich und Deutschland dem gleichen kontinentaleuropäischen Typus zugeordnet, zuweilen auch „rheinisches Modell“ genannt. Die heutigen Rentenprobleme bedrängen zwar das deutsche Sozialversicherungssystem stärker, weil die Geburtenraten niedriger sind. Aber Frankreich steht in der Zukunft vor ähnlichen Problemen.

4. Annäherung der Wertvorstellungen

Auch in der Entwicklung der Werte lassen sich deutliche Parallelen zwischen beiden Ländern ausmachen, auch wenn genaue Ergebnisse vergleichender Umfragen erst seit den achtziger Jahren vorliegen. Seither sind jedenfalls die Verschiebungen bei den Werten Arbeit, Familie, Religion und Politik sehr ähnlich. In Frankreich wie in der Bundesrepublik wird Arbeit weiterhin als wichtigster Wert angesehen, einerseits eng mit Leistung verbunden, andererseits zunehmend danach beurteilt, ob sie die Möglichkeit zur Selbstentfaltung bietet.

An zentraler Stelle steht für Franzosen wie Deutsche – nicht anders als in den fünfziger Jahren – auch die Familie. Sie entwickelte sich beiderseits des Rheins verstärkt zum Raum der Gefühlswerte, der Gefühlsbindungen zwischen den Ehepartnern sowie zwischen Eltern und Kindern. Die familiären Erziehungswerte gingen mehr und mehr in eine ähnliche Richtung. In beiden Ländern wurde die Ehe, in der die Partner demselben Land und dem gleichen sozialen Milieu, auch derselben Region oder Konfession angehören sollten, zugunsten der Liebesehe, die auf gegenseitigem Verständnis und Vertrauen aufbaut, zurückgedrängt. Religiöse Grundüberzeugungen wie der Glaube an Gott oder ein Leben nach dem Tod verloren demgegenüber in beiden Ländern nicht an Bedeutung. Allerdings

lockerten sich hier wie dort die Bindungen an die Großkirchen, synkretistische Überzeugungen und Esoterik fanden etwas größere Verbreitung, blieben aber auf eine Minderheit beschränkt.

In der Politik behielt die Sicherung der Grundrechte, der Demokratie und der Sozialstaatlichkeit in Frankreich wie in Deutschland ihre große Bedeutung. Die Veränderungen vollzogen sich weitgehend parallel: Die Bindungen an politische Parteien und große Verbände schwächten sich ab, die Neigung zur direkten politischen Partizipation und zum vorübergehenden, aktionsgebundenen politischen Engagement nahm in beiden Ländern besonders unter den besser Ausgebildeten deutlich zu. Die politischen Großthemen entwickelten sich sehr ähnlich. Dies zeigt sich selbst bei der Unterstützung der Europäischen Union; diese nahm in den achtziger Jahren leicht zu, ging in den neunziger Jahren aber zeitweise wieder leicht zurück.⁴

Diese Annäherung beider Gesellschaften hat zwar nicht zu einer Nivellierung der Unterschiede geführt, aber deren Bedeutung doch abgeschwächt. Zudem werden Differenzen von der französischen und der deutschen Öffentlichkeit zunehmend anders interpretiert. Die Einstellung zur eigenen und zu anderen europäischen Nationen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Nachbarstaaten werden heute eher als Partner betrachtet, gegen die man keinesfalls Krieg führen will, die freilich ihre jeweils eigenen Interessen vertreten und durchaus Konkurrenten auf einem gemeinsam geregelten Feld, etwa der Wirtschaft, sind. Nationale Eigenarten werden nicht mehr fast zwanghaft als Zeichen von Über- oder Unterlegenheit gewertet. Der Austausch mit und das Lernen von anderen sowie die nüchterne Analyse der Stärken und Schwächen des eigenen Landes gehören ebenso zu diesem veränderten Bild der eigenen Nation wie die Verantwortung für das gemeinsame europäische Projekt.

III. Die gesellschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit

Die gesellschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der alten Bundesrepublik hat sich seit den sechziger Jahren in einer Weise intensiviert, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nur schwer vorstellbar war. Die Anstöße zur Zusammenarbeit gingen nicht mehr

⁴ *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu den Beitrag von Joachim Schild in dieser Ausgabe.

allein von der Politik aus wie noch zu Zeiten des Elysée-Vertrages 1963. Sie kamen vielmehr immer stärker aus der Gesellschaft und dem Kulturbereich selbst, wurden allerdings oft von den Regierungen unterstützt und mitfinanziert.

Die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen verdichteten sich vor allem seit den siebziger und achtziger Jahren in einer Form, die zwar im 19. und frühen 20. Jahrhundert schon diskutiert, aber nie wirklich realisiert worden war. Die Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern nahmen zu, inzwischen gibt es circa 2200, oft um Partnerschaften mit Städten in Osteuropa ergänzt. Zahlreiche Kooperationen im Schul- und Hochschulbereich entstanden. Eine Schulbuchkommission wurde eingerichtet. Nie zuvor haben so viele deutsche Studenten in Frankreich und so viele französische Studenten in Deutschland studiert wie heute. Verbände und Gewerkschaften organisierten Treffen und Meinungsaustausch, neue Begegnungszentren entstanden.

Im Bereich der Wissenschaft dauerte es ungewöhnlich lange, bis eine engere Zusammenarbeit entstand. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Initiativen zur institutionalisierten Zusammenarbeit vor allem in der Kernphysik sowie der Geschichtswissenschaft, Germanistik und Romanistik überwiegend von den Regierungen ausgegangen und – wie schon erwähnt – nur von einer Minderheit der Wissenschaftler getragen worden. Für dieses Desinteresse der Wissenschaften an der französisch-deutschen Zusammenarbeit gab es verschiedene Gründe: das oben beschriebene Rivalitätsdenken und die alten Hoffnungen auf eine Position des eigenen Landes an der Weltspitze sowie das weit stärkere Interesse an der moderneren amerikanischen Forschung als an der Forschung jenseits des Rheins.

Erst seit den siebziger Jahren begannen Wissenschaftler selbst eine engere bilaterale Zusammenarbeit zu initiieren und zahlreiche Kooperationen, Komitees, Austauschprogramme, Gastprofessuren sowie Frankreich- und Deutschlandzentren einzurichten. Dabei zeichnet sich eine wichtige Veränderung ab, deren Auswirkungen sich noch nicht abschätzen lassen. Die Wissenschaften, die wesentlich Kulturvermittler sind, scheinen eher in der Defensive zu sein: Das französische Interesse an deutscher Sprache und Kultur nimmt offenbar ab – wie auch umgekehrt das Interesse der Deutschen an der Kultur des Nachbarn. Demgegenüber finden die Wissenschaften, die den Vergleich oder die Beziehungen zwischen beiden Ländern ins Zentrum stellen und dabei auch den breiteren europäischen Rahmen behandeln, zunehmend Anklang.

IV. Ausblick

Frankreich und Deutschland sind keine beliebigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern spielen eine entscheidende Rolle bei deren Weiterentwicklung, ohne sich gegenüber anderen Ländern abzuschotten. Die französisch-deutsche Partnerschaft war das Modell, aus dem nicht selten multilaterale Beziehungen entstanden. Die bilateralen Beziehungen haben deshalb eine Bedeutung weit über Deutschland und Frankreich hinaus. Es wäre allerdings unrealistisch zu glauben, dass die kulturellen und sozialen Beziehungen eine direkte Wirkung auf diese gemeinsame europäische Politik haben. Enge kulturelle und soziale Beziehungen führen nicht automatisch zu enger politischer Zusammenarbeit. Sie sind auch in der französisch-deutschen Partnerschaft kein Ersatz für einen kontinuierlichen politischen Austausch, für die Suche nach politischen Kompromissen und für gemeinsame Projekte. Sie sind aber ein wichtiger Kontext für diese Kooperation.

Enge soziale und kulturelle Beziehungen sind eine gute Voraussetzung dafür, dass die Veränderungen im anderen Land besser verständlich werden. Tief greifende Missverständnisse, die es in der französisch-deutschen Geschichte häufig gab, können dadurch verhindert werden. Enge Verbindungen beseitigen die Interessengegensätze zwar nicht, mildern diese aber ab. Aus engen sozialen und kulturellen Beziehungen entstehen gemeinsame Zivilgesellschaften, die gelegentliche Spannungen in den Regierungsbeziehungen überbrücken und

abzufedern vermögen, diese sogar verbessern können.

Insgesamt haben sich die sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland seit dem Abschluss des Elysée-Vertrages grundlegend gewandelt. Die beiden Gesellschaften sind sich heute weit ähnlicher als noch in den sechziger Jahren – auch wenn dies Franzosen und Deutschen oft nicht bewusst ist, da das historische Gedächtnis zu ungenau ist, häufig nicht weit zurückreicht und selten vergleicht. Die Annäherung vollzieht sich nicht nur auf der bilateralen Ebene. Sie steht in engem Kontext mit der europäischen Verflechtung, die ohne diese beiden Länder nicht zustande gekommen wäre. Man darf diesen Prozess aber nicht überschätzen; nur eine Minderheit in den beiden Ländern kennt das andere Land intensiv – auch wenn diese Gruppe einflussreich ist.

Die französisch-deutschen Beziehungen haben ihre Grenzen, die eine Herausforderung für die Zukunft darstellen. An den Schulen wird die jeweils andere Sprache immer seltener unterrichtet. Der Schüleraustausch nimmt nicht zu; er ist die Sache gut betuchter Familien geblieben. Der Studentenaustausch und die gemeinsame Doktorandenausbildung werden von der öffentlichen Hand zu wenig gefördert. Noch immer ist es sehr schwer, im jeweiligen Nachbarland in besser bezahlten Berufen Karriere zu machen; die Geschäftskulturen sind weiterhin recht verschieden, die freien Berufe hier wie dort schwer zugänglich. Bis zu einem wirklichen sozialen und kulturellen Zusammenwachsen ist es noch ein großes Stück Weg.

Brigitte Sauzay

geb. 1947; Beraterin des Bundeskanzlers für deutsch-französische Beziehungen; Direktorin des Berlin-Brandenburgischen Instituts für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa e.V. in Genshagen; zuvor Chefdolmetscherin der französischen Staatspräsidenten und Leiterin des Sprachendienstes bei der französischen Regierung.

Anschrift: Bundeskanzleramt, 11012 Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die rätselhaften Deutschen, Bonn 1986; Retour à Berlin. Ein deutsches Tagebuch, Berlin 1999.

Peter Zervakis

Dr. phil., geb. 1963; Historiker und Politikwissenschaftler; derzeit wiss. Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Anschrift: ZEI, Walter-Flex-Str. 3, 53113 Bonn.

E-Mail: Zervakis@uni-bonn.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Peter Cullen) The Post-Nice Process. Towards a European Constitution?, Baden-Baden 2002; (Hrsg. zus. mit Karl Magnus Johanson) European Political Parties between Cooperation and Integration, Baden-Baden 2002.

Sébastien von Gossler

M. A., geb. 1978; Politikwissenschaftler; derzeit Doktorand am ZEI.

Anschrift: Wenzelgasse 22, 53111 Bonn.

E-Mail: gossler@gmx.de

Ulrike Guérot

Dr. phil., geb. 1964; seit Oktober 2000 Leiterin der „Arbeitsstelle Europa“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin und verantwortlich für das Internet-Projekt „weltpolitik.net“; Lehrbeauftragte am Fachbereich Internationale Beziehungen der Humboldt-Universität Berlin.

Anschrift: DGAP, Rauchstraße 18, 10787 Berlin.

E-Mail: guerot@dgap.org

Veröffentlichungen u. a.: Die PS und Europa. Eine Untersuchung des Europadiskurses der französischen Sozialisten von 1972 bis 1995 (Politikwissenschaftliche Paperbacks), Bochum 1996; Die französische Perzeption der deutschen Europapolitik im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutsche Europapolitik (Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung, Bd. 2), Bonn 1998; Une nouvelle constitution pour le vieux continent?, in: Politique Etrangère, 65 (2001) 2; Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Existenzberechtigung?, in: Internationale Politik, 67 (2002) 1.

Michael Meimeth

Dr. phil., geb. 1955; Geschäftsführer der ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken.

Anschrift: ASKO EUROPA-STIFTUNG, Pestelstr. 2, 66119 Saarbrücken. E-Mail: m.meimeth@saarnet.de

Veröffentlichungen u. a.: Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing, (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 24), Baden-Baden 1990; (zus. mit Hanns W. Maull und Christoph Neßhöver) Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1997.

Joachim Schild

Dr. rer. pol., geb. 1962; wiss. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin; zuvor wiss. Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg.

Anschrift: Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin.

E-Mail: joachim.schild@swp-berlin.org

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Sabine Ruß u. a.) Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik, Opladen 2000; (zus. mit Michael Meimeth) Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven, Opladen 2002.

Hartmut Kaelble

Prof. Dr. Dr. hc., geb. 1940; Professor für Sozialgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

Anschrift: Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

E-Mail: KaelbleH@geschichte.hu-berlin.de

Veröffentlichungen u. a.: Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991; Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1999; Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union, München 2001.

Nächste Ausgabe

Bernd Klees

Wirtschaftsethik der Globalität

Stefan A. Schirm

Politische Optionen für die Nutzung von Globalisierung

Heribert Dieter

Globalisierung ordnungspolitisch gestalten

Die internationale Finanzarchitektur nach den Finanzkrisen

Wolfgang Hetzer

Globalisierung und Innere Sicherheit

Gesellschaftsordnung und Verfassungsreform

„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

Eine Dokumentation in Auszügen aus dem Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

Brigitte Sauzay Essay

Deutschland – Frankreich: Die Herausforderungen für die gemeinsame Zukunft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 – 4/2003, S. 3–5

■ Vierzig Jahre nach der historischen Aussöhnung unter Konrad Adenauer und Charles de Gaulle haben sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich normalisiert, und beide Staaten stehen vor denselben Herausforderungen. Um auch künftig eine Vorreiterrolle in Europa zu spielen, müssen Deutschland und Frankreich als Labor für weiter gehende Integrationsschritte dienen. Beispielhafte Felder sind die Schaffung einer transnationalen Öffentlichkeit, eines gemeinsamen Bildungsraums sowie die Harmonisierung der Wirtschafts- und Rechtssysteme.

Peter A. Zervakis/Sébastien von Gossler

40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 – 4/2003, S. 6–13

■ Am 22. Januar 2003 begehen Deutschland und Frankreich das vierzigjährige Jubiläum des „Elysée-Vertrages“. Dieser begründete die deutsch-französische Partnerschaft, die seither viele Höhen und Tiefen durchlebt hat. Weshalb lässt sich rückblickend trotz zahlreicher Probleme von einer Erfolgsgeschichte sprechen? Ein Aspekt ist sicher der „komplementäre“ Bilateralismus, die doppelte Abhängigkeit vom Partner und von der EU. Die Analyse der Erfolge und der Strukturprobleme der bilateralen Beziehungen mündet in eine Reflexion über die Zukunft des Partnerschaftsvertrages in einem erweiterten Europa.

Ulrike Guérot

Die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation für den europäischen Integrationsprozess

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 – 4/2003, S. 14–20

■ Lange Zeit war die deutsch-französische Partnerschaft die *Conditio sine qua non* für Fortschritte im europäischen Integrationsprozess. Doch seitdem die Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht ist, fehlt beiden Ländern ein gemeinsames Projekt. Dies zeigt der Streit um den Stabilitäts- und Wachstumspakt ebenso wie die Diskussion um die Finanzierung der EU-Osterweiterung oder die künftige Europäische Verfassung. Im Kern geht es bei den Auseinandersetzungen um die politische Machtbalance innerhalb der Europäischen Union.

Michael Meimeth

Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Offene Fragen und verdeckte Widersprüche

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 – 4/2003, S. 21–30

■ Deutschland und Frankreich hatten in den vergangenen Jahren wesentlichen Anteil daran, dass der Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zumindest auf institutioneller Ebene überraschend schnell vorangekommen ist. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die ESVP bisher nicht in befriedigender Weise in die transatlantischen Strukturen einfügt. Ebenso wenig vermochten Paris und Berlin eine überzeugende Antwort darauf zu geben, wie das Mischungsverhältnis zwischen militärischen und nichtmilitärischen Mitteln im Rahmen einer künftigen europäischen Politik aussehen soll.

Joachim Schild

Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich

Politische Eliten, Parteien, Bürger

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 – 4/2003, S. 31–39

■ Weitere Integrationsschritte auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung setzen eine „Europäisierung“ nationaler politischer Identitäten voraus. Diese ist in Deutschland auf der Ebene der politischen Eliten und Parteien weiter vorgeschritten als in Frankreich. Umgekehrt zeigen Umfragen, dass sich seit Mitte der achtziger Jahre konstant mehr Deutsche als Franzosen rein „national“ definieren und nicht auch als Europäer. In wichtigen Kernfragen der europäischen Integration scheinen die deutschen politischen Eliten ihrer Bevölkerung vorauszuweichen, während sie in Frankreich eher hinterherhinken.

Hartmut Kaelble

Die sozialen und kulturellen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands seit 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 – 4/2003, S. 40–46

■ Eine Vision der gesellschaftlichen und kulturellen Annäherung enthielt der Elysée-Vertrag nicht. Dennoch hatte er an der Abmilderung der Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland seinen Anteil. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Anstöße für eine engere Zusammenarbeit beider Länder zunächst von den Regierungen ausgegangen; der Partnerschaftsvertrag stellte hier eine wichtige Station dar. Bald kamen die Impulse jedoch aus der Gesellschaft und Kultur selbst. Auch wenn enge zivilgesellschaftliche Beziehungen kein Ersatz für einen politischen Austausch sind, wäre doch die europäische Verflechtung ohne die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nicht zustande gekommen.
